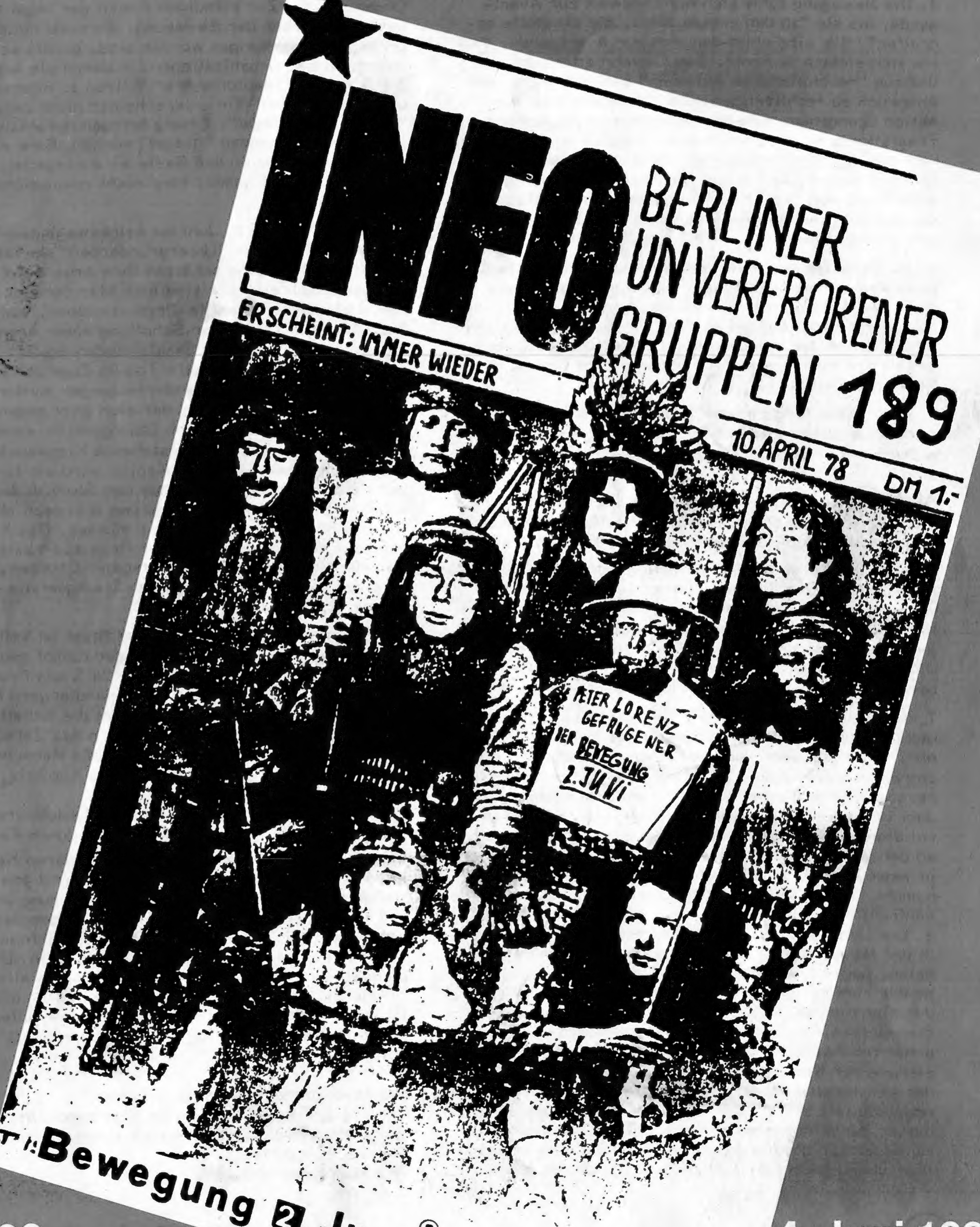
INTERIM

auswärts 2,50 DM

Wöchentliches Berlin-Info

2 DM



Nr. 196

4. Juni 1992

Bewegung 2.Juni® - Programm

Juni 1972

1. Die Bewegung versteht sich als Anfang einer Organisation verschiedener autonomer Gruppen der Stadtguerilla.

2. Die Bewegung ist bemüht, dauernd revolutionäre Praxis zu treiben. Nur so kann sie den Anspruch erheben, revolutionär zu sein. Sie versteht sich als antiautoritär, allerdings dürfen niemals der strategische Plan, theoretische und praktische Prinzipien und eine der Guerilla spezifische Disziplin fehlen.

3. Die Bewegung zählt sich nur insoweit zur Avantgarde, als sie "zu den ersten zählt, die die Waffe ergreifen". Sie wird nicht dadurch zur Avantgarde, daß sie sich einfach so nennt. Das Gewehr allein und der Vollzug "revolutionärer Aktionen" genügen nicht, den Anspruch zu rechtfertigen. Die Bewegung muß zur Aktion übergehen, eine überzeugende revolutionäre Praxis treiben, sich den Massen durch K o n t i n u i t ä t und vermittelte Aktionen verständlich machen. Sie muß zeigen, daß allein die Aktion die Avantgarde schafft und daß jegliche Avantgarde überflüssig geworden ist, wenn die Aktionen vom Volk aufgegriffen und vermasst sind.

4. Im Zeitalter des entwickelten Imperialismus bedurfte es keiner neuen Analysen, daß die Hauptaufgabe nicht der Aufbau einer Partei ist, sondern die Auslösung der revolutionären Aktion, die Schaffung einer Organisation der bewaffneten, revolutionären Gegengewalt des Volkes gegen die organisierte Gewalt des Staatsapparates.

5. Die ersten Aufgaben der Bewegung bestehen darin, sich systematisch den von ihr geleiteten Aktionen zu widmen, wenn diese anfänglich auch noch begrenzt sind.

6. Entscheidend für die Arbeit der Organisation ist die Fähigkeit der Gruppen und Initiativen. Kein Kommando und keine Koordinationsstelle, kein Zentralkomitee und keine Vollversammlung besitzt das Recht, die Autorität, die Initiative einer Gruppe zu verhindern, die darauf gerichtet ist, eine revolutionäre Aktion auszulösen. Wir gehen jedoch davon aus, daß jede Gruppe durch das Schaffen eines reichen theoretischen Fundamentes in der Lage ist, nur solche Aktionen auszulösen, die geeignet sind, dem Volk zu dienen.

7. Die militärische Linie der Bewegung 2. Juni ist nicht von der politischen Linie getrennt und ist ihr nicht untergeordnet. Wir betrachten beide Linien als untrennbar verbunden. Sie sind zwei Seiten derselben revolutionären Sache. Die Linie der Bewegung des 2. Juni ist einheitlich politisch-militärisch. Sie ist revolutionär. Die legal arbeitenden Genossen arbeiten an der Basis, in den Stadtteilen, Betrieben, Basisgruppen, in den Schulen und Universitäten und sind bemüht, an der Vereinheitlichung der städtischen Massenfront mitzuwirken.

8. Die Genossen der Bewegung betrachten ihre Arbeit in der Massenfront, in der Logistik und in den bewaffneten, taktischen Einheiten als Vollzeitarbeit. Im Zuge der zunehmenden Faschisierung der westlichen Industrienationen, im Zeichen der Prometheus- und Notstandspläne, im Zeichen der Handgranaten- und verschärften Ausländergesetze, angesichts der Militarisierung der Klassenkämpfe seitens des Kapitals und der verstärkten imperialistischen Bemühungen des Monopolkapitals besteht die Arbeit der Bewegung 2. Juni darin, durch Aufzeigen revolutionärer Interventionsmethoden zur Lösung des Grundwiderspruchs in kapitalistischen Ländern beizutragen. Dazu gehört die d i r e k t e Unterstützung von Massenkämpfen, gehört die Propagierung von Kampfmethoden nationaler und internationaler Lohnabhängigenmassen, gehört die Aufklärung über Möglichkeiten neuer Kampfmethoden. Deshalb hängt der Erfolg der revolutionären Praxis der Bewegung von der dauernden, direkten und persönlichen Teilnahme der Mitglieder der Kommandos ab.

9. Die Bewegung des 2. Juni ist nicht der bewaffnete Arm einer Partei oder einer Organisation. Die bewaffneten, taktischen Einheiten der Bewegung sind die selbständigen politisch-militärischen Kommandos der Organisation. Zur ständigen Arbeit der legal arbeitenden Genossen der Bewegung, die noch nicht in den Untergrund gezwungen worden sind, gehört es jedoch, innerhalb der Organisationen, in denen sie wirken, die Schaffung revolutionärer Milizen zu propagieren und zu initiieren. Wir unterscheiden nicht zwischen "legal" und "illegal". Erfolg bringen nur Aktionen, die die Herrschenden "illegal" nennen. Eine erfolgreiche legale Aktion der Basis wird illegalisiert. Wer das nicht in Kauf nimmt, kann nicht revolutionär genannt werden.

10. Die Bewegung 2. Juni ist keineswegs dem "romantischen Mythos" der "Untergrundarbeit" verfallen. Die Kader der Bewegung schätzen ihre Arbeit und ihr Risiko realistisch ein. Sie sind sich klar darüber, zusammen mit anderen Guerilla-Organisationen, wie z.B. die RAF, als Vorhut zur Schaffung einer Armee des Volkes zu hochgradigen Staatsfeinden erklärt zu werden. Daß der revolutionäre Tod im Zuge der verschärften Klassenauseinandersetzungen zunehmen wird, ist uns klar. Der Terror, der sich jetzt gegen die Kader und Propagandisten der Stadtguerilla wendet, ist nur Vorbereitung auf bevorstehende Klassenkämpfe. Der Krieg gegen Staat und Kapital wird ein langwieriger Krieg werden. Und gerade das Studium der deutschen Arbeiterbewegung zeigt uns überdeutlich, daß wir das Kriegführen l e r n e n müssen. Das Kriegführen aber lernen wir nur in der Praxis. Praxis heißt für uns: Schaffung militanter legaler Gruppen, Schaffung von Milizen, Schaffung von Stadtguerilla - bis zur Armee des Volkes.

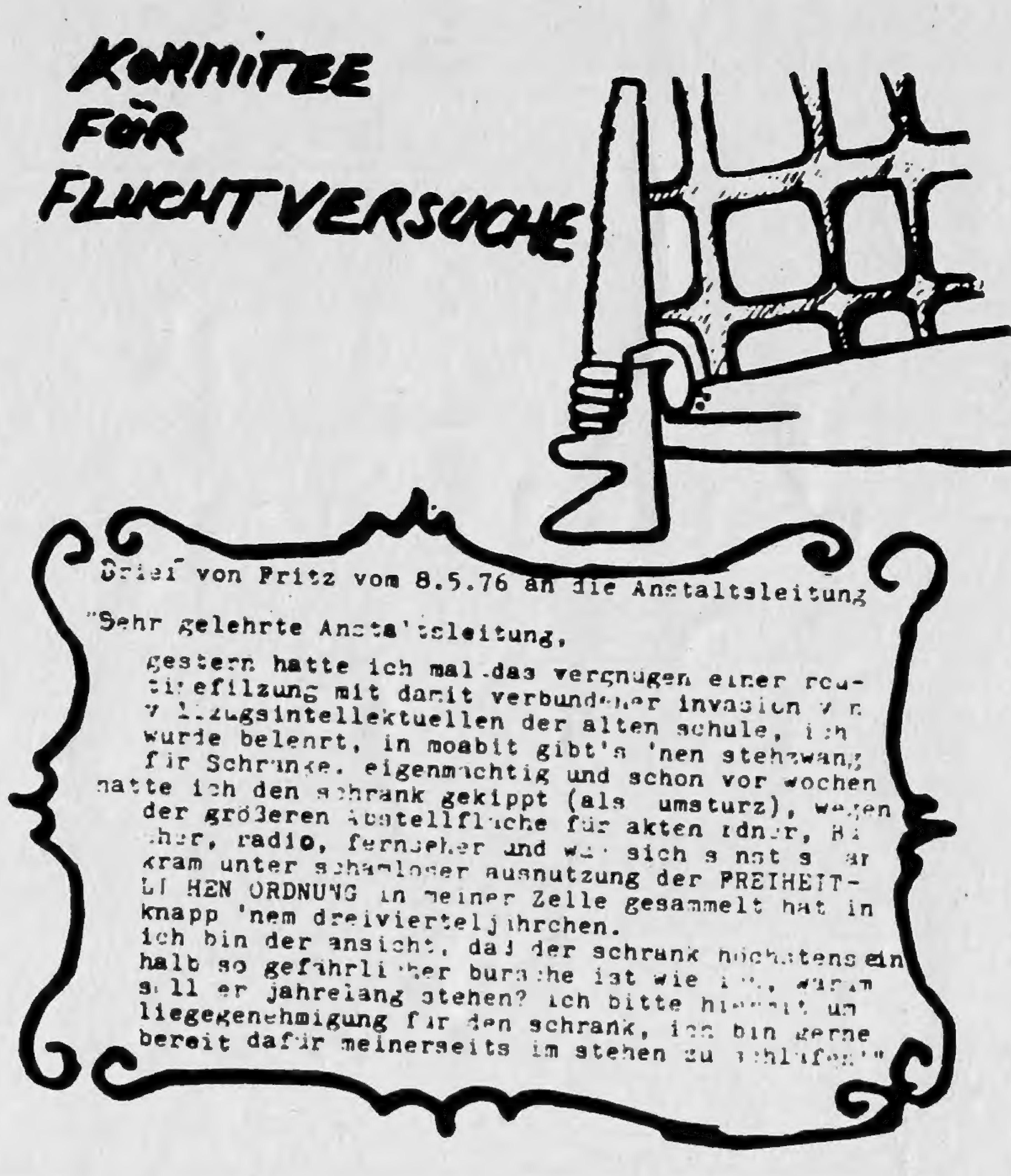
11. Der Kampf gegen Kapital und Staat ist kein Kampf gegen Charaktermasken. Es ist der Kampf gegen die 1,3 % der Bevölkerung, die über 74 % des Produktionsvermögens verfügen, samt ihren Handlangern in Uniform und zivil. Unser Ziel ist nicht die Schaffung einer "Diktatur des Proletariats" sondern das Zerschlagen der Herrschaft der Schweine über die Menschen, ist das Zerschlagen der Herrschaft des Kapitals, der Parteien, des Staates.
Das Ziel ist die Errichtung einer Rätedemokratie.
Das Regime der Schweine wird nicht durch Formeln beseitigt, sondern durch den revolutionären Kampf. Dieser Kampf kann nicht national geführt und gewonnen werden, er ist international. Die Bewegung arbeitet mit allen sozialistischen Guerilla-Gruppen der Welt zusammen, ja, dieses Programm lehnt sich an das unserer brasilianischen Freunde der MLB an. Die Bewegung 2. Juni ist Teil einer weltweiten sozialistischen Offensive, sie kämpft Schulter an Schulter mit der IRA, den Weathermen, der Gauche Proletarienne, den Roten Brigaden und allen anderen Guerilla-Organisationen.

Die revolutionäre Guerilla aufbauen!
Der organisierten Gewalt des Staatsapparates die organisierte revolutionäre Gewalt entgegensetzen!
Sieg im Volkskrieg!
Alle Macht dem Volk!

Bewegung 2. Juni

„Bewegung 2. Juni" ist ein politischer Begriff. Er bezeichnet die alltägliche Konkretisierung des aus der Jugendrevolte der 60er Jahre gewachsenen politischen Widerstandes. Das heißt, daß die Bewegung 2. Juni von all jenen verkörpert wird, die versuchten und versuchen, dem alltäglichen kapitalistischen Terror Widerstand und Alternative entgegenzusetzen. Dazu gehören Hausbesetzer und Jugendliche, die ihre Jugendzentren in Selbstverwaltung übernehmen, dazu gehören Knast- und Frauengruppen, Kinderläden und Alterntivzeitungen, die Organisatoren von Mietstreiks und Abtreibungsfahrten genauso wie die internationalistischen Solidaritätskomitees mit den Völkern in Vietnam, Iran, Palästina, Angola, West-Sahara oder sonstwo. Die bewaffneten Kommandos waren Ausdruck und Ergebnis dieser Bewegung, sie kamen aus ihr, wurden von ihr genährt und waren von ihr abhängig – auch wenn das heute einige nicht mehr wahrhaben wollen.

Wir wissen nicht so viel über die RAF. Aktive RAF-Leute sagen immer, daß bei ihnen Zärtlichkeit und Kollektivität herrschen. Beim 2. Juni unterdrucken die Frauen die Männer und die Proleten die Studenten, so wie umgekehrt. Entscheidungen werden durch Würfeln oder Schlägereien getroffen, aber immer falsch.
Unser Verhältnis zur RAF ist sehr erotisch und verwandtschaftlich.



Brief von Fritz vom 8.5.76 an die Anstaltsleitung

"Sehr gelehrte Anstaltsleitung,
gestern hatte ich mal das vergnügen einer routinefilzung mit damit verbundener invasion von bezugsintellektuellen der alten schule, ich wurde belehrt, in moabit gibt's 'nen stehzwang für Schränke. eigenmächtig und schon vor wochen hatte ich den schrank gekippt (als umsturz), wegen der größeren abstellfläche für akten ordner, bücher, radio, fernseher und was sich sonst so an kram unter schamloser ausnutzung der FREIHEITLICHEN ORDNUNG in meiner Zelle gesammelt hat in knapp 'nem dreivierteljährchen.
ich bin der ansicht, daß der schrank höchstens ein halb so gefährlicher bursche ist wie ich, warum soll er jahrelang stehen? ich bitte hiermit um liegegenehmigung für den schrank, ich bin gerne bereit dafür meinerseits im stehen zu schlafen!"

Impressum

Herausgeberin:
Interim e. V.
Gneisenaustr. 2a
1000 Berlin 61

Redaktionsanschrift: s. o.

V.I.S.d.P.: Charlotte Schulz

Gesamtherstellung:
Eigendruck im Selbstverlag

VORWORT

Heute, wo wir dieses Vorwort schreiben, ist der 2.Juni. Daraus ergab sich für uns das Titelbild und der Abdruck des Programms der Bewegung 2.Juni von 1972 (dieses und einige Kleinigkeiten sind übernommen aus: Der Blues. Gesammelte Texte der Bewegung 2.Juni). Erinnerung an eine Gruppe und ihre spezifische Form des bewaffneten Kampfes, die in den siebziger Jahren sehr wichtig war, in der aktuellen Diskussion aber nicht vorkommt. Warum eigentlich?
Andreas Vogel, Autor des Redebeitrags auf der Münster-Demo, war Gefangener aus der Bewegung 2.Juni. In seinem Text spricht er die Themen an, die auch Schwerpunkte im Heft sind: bewaffneter Kampf und Gefangene, Rebellion in Los Angeles, Weltwirtschafts- Weltherrschaftsordnung.
Einen Beitrag über die Kontinuität der Prozesse gegen Antifaschisten im Nationalsozialismus und heute mußte verschoben werden. (Die Vorlage war außerdem sehr schlecht, zu schwacher Druck.) Ebenfalls verschoben wurde die Fortsetzung (Teil 4) des Textes von ProKo.
Hinweisen wollen wir noch auf die aktuelle nr. der ZAG -Zeitungsprojekt antirassistischer und antifaschistischer Gruppen- Nr. 3, Mai/Juni 92, besonders auf den Artikel zum Begriff "Überbevölkerun" und die "ökorassistische" werbekampagne von Esprit. Außerdem fanden wir auch den Artikel über den "Leuchtenden Pfad" in den peruanischen Anden- ein Annäherung sehr lesenswert. Der ist erschienen in: Perspektiven. internat. StudentInnenzeitung Nr. 11, Feb.92 - die Zeitung kann an den Unis kostenlos mitgenommen werden.

Ordner:
Sendero Luminoso
Los Angeles (Radiokommentar)
Bonzen raus (aus Kreuzberg)
Demo 4.6. Bremen
Vorschlag f. Unterschriften + Demo
für "Freiheit f. polit. Gefangene"
dicke Luft über'm KOMM

Inhalt:

TAKE
OFF-
DER
FREIHEIT
ENTGEGEN



"MIT DEN RICHTIGEN WERKZEUGEN"
Rede auf der Demonstration gegen das G7-Treffen in Münster am 9.5.92
Von Andreas-Thomas Vogel

Ich spreche auch aus den Zusammenschlüssen und Aktivitäten gegen den Weltwirtschaftsgipfel in München in diesem Jahr. Ich habe in der Guerilla gekämpft und habe in 10 Jahren Knast die verschiedenen Varianten der Isolationshaft zu spüren gekriegt - und sie haben mir zugesetzt. Was ich euch zu sagen haben ist geprägt von meinen Erfahrungen in politischen Initiativen seit ich draußen bin, von meinen Erfahrungen in der Guerilla und als Gefangener. Ich denke, das ist gut so.

Es sind stürmische Zeit für emanzipatorische Politik. Der Kapitalismus hat sich als Weltsystem durchgesetzt, aber gleichzeitig ist er auch gescheitert. Die Nachkriegsordnung mit den beiden Machtblöcken USA und Sowjetunion hatte nur verdeckt, auf welchem Pulverfaß wir sitzen. Was die HERRschenden als "Sieg des Kapitalismus" verkaufen wollen, ist in Wahrheit eine globale Krise des kapitalistischen Weltmarktsystems. Die Politik der HERRschenden ist angesichts dessen nur Krisenmangement.
Das sage ich nicht, um uns Mut zu machen. Tatsächlich sind die Aussichten eher katastrophal.

Wir sehen Los Angeles und die Niederschlagung der Ghetto-Aufstände in den USA. Der Genosse von dort berichtete eben davon. Wir sehen das fortgesetzte Morden in Jugoslawien, die weltweiten Fluchtbewegungen, die ungehemmte Naturzerstörung, die Hungerkatastrophen und die Ausbreitung der Seuchen. Es existieren unvereinbare Realitäten in der Welt - die auch vor den Wohlstandsinseln dieser Weltordnung nicht haltmachen. Die Bankpaläste und die Slumhütten - wir sehen sie mehr im Süden als im Norden, aber rund um den Globus.

Die Parole dieser Demo "**G7 - sie organisieren die Armut der Völker**" bringt die Entwicklung auf den Punkt. Alle wissen das! Der jüngste UN-Entwicklungsbericht nennt die Zahlen. Sie belegen, daß das kapitalistische Profitsystem die Mehrheit der Menschen in tiefstes Elend gestürzt hat. 1/10 der Menschheit lebt auf Kosten aller Anderen. 30 Jahre "Entwicklungspolitik" genannte Zurichtung für den Weltmarkt waren für die Menschen in den armen Ländern eine einzige Katastrophe. Noch nie in der uns bekannten Geschichte haben so viele Menschen im Elend gelebt, müssen Millionen täglich um ihr Leben bangen.

Das sind die einfachen Wahrheiten, die gegen die alte "Neue Weltordnung" sprechen.

Auch in der Metropole ist die HERRschaft auf einer neune Stufe angelangt. Sie greift immer mehr nach dem menschlichen Wesen und seinen Fähigkeiten an sich. Die Profitrate ist an zunehmenden Rassismus, Drogenprobleme, Obdachlosigkeit und Selbstmorde gekoppelt. Das alles sind Anzeichen materieller und sinnlicher Verelendung. Mit der ehemaligen DDR wird nicht nur ein ganzes Land durch den kapitalistischen Fleischwolf gedreht.
Das Leid ist grenzenlos.

Dagegen der Zynismus dieses G7-Treffens. Auch des Weltwirtschaftsgipfels in München im Juli und der 500 Jahrs-Feiern. Ein Tanz auf dem Vulkan!
So einfach wie die Wahrheiten über diese menschenfeindliche Ordnung sind, so schwer ist es Alternativen und Lösungen von unten her zu erkämpfen. "Von unten", weil alle Konzepte einer Krisenbewältigung, sei es die "globale Revolution" des club of rome, eine "Welttreuhand" des Nordens über den Süden oder ein "ökologischer Umbau" nur weitere autoritäre Systeme installieren, die die Menschen unterdrücken. An den Problemen ändern sie nichts.

Die Indigenas Amerikas rufen auf zum Aufstand und Generalstreik gegen das "500jährige Reich"!
Und wir in den Wohlstandsinseln dieser Welt?

Wie zäh der Kampf sein muß, um etwas zu erreichen wissen wir aus dem Kampf um die Zusammenlegung und die Freiheit der politischen Gefangenen.
In diesem Land leben einige tausend, die wie ich die Erfahrung von Widerstand und Knast haben. Hunderte sind es, die wie wir in der Isolationsfolter um unsere menschliche Würde und Zukunft gekämpft haben. Ich rede von der Zeit seit Mitte/Ende der 60er Jahre bis heute; von den Rebellionen und Kämpfen, die diese Entwicklung geprägt haben. Da kommen wir her. Da waren wir Teil.
In diesem Land leben aber auch tausende, die im Nazi-Faschismus gefoltert wurden und diese Hölle überlebt haben. Sie wurden wenige Jahre später Opfer der adenauerschen KommunistInnen-Verfolgung.
Aber ist das denn vorbei? In Hamburg wird gegenwärtig zwei Männern wegen ihrem antifaschistischen Kampf der Prozeß gemacht. Nach 50 Jahren!
Ich kann nicht für sie sprechen, aber ich will daran erinnern.

22 Jahre erbitterten Kampf gegen die Isolationsfolter liegen hinter uns. Neun unserer Genossinnen und Genossen wurden im Knast getötet. Heute vor 16 Jahren Ulrike Meinhof.
Jetzt hat ein Teil im Machtapparat erkannt, daß es für die nachteilig werden könnte, an der harten Haltung festzuhalten.
Jetzt sollen einige Gefangene nach 17 und mehr Jahren freikommen. **Das wird auch Zeit!**

Natürlich haben die HERRschenden nicht plötzlich ihre Liebe zu den Menschenrechten entdeckt. Ja sicher, es soll Widerstand kleinkriegen und die politische Sprengkraft dieses Konflikts aushebeln.
Aber es ist eine politische Entscheidung.

Wir sind realistisch. Es gibt eine kleine Chance, an einem Punkt zu einem Fortschritt zu kommen. Ein winzig kleiner Riß ist aufgemacht worden - und es ist die Sache von uns allen mit den richtigen Werkzeugen jetzt ein genügend großes Loch in die Mauern zu schlagen, damit unsere gefangenen Schwestern und Brüder rauskommen können.
Es ist nicht damit getan, daß sich die Gefangenen äußern! Auch nicht, daß die RAF eine Feuerpause einlegt! Wir dürfen da nicht zuschauen und abwarten. Alle müssen sich einmischen. Sonst fängt die Regierung noch an zu glauben, sie könne so weitermachen.
Wir sind nicht alle - raus mit den Gefangenen!

Aber noch sind die revolutionären Gefangenen von einander getrennt! Noch wird die Isolierung in Trakts und alle anderen Elemente des Sonderhaftstatut weiter als Druckmittel eingesetzt! Immer noch soll damit ein Frieden mit der HERRschenden Zuständen erzwungen werden. Aber diesen Frieden wird es nicht geben!

Die Gewalt und der Druck aus der Verwertungslogik des Kapitals wirken weiter ungehemmt. Alle Bereiche der Gesellschaft müssen die enormen Kosten der imperialen Ausweitung der Vorherrschaft des "weißen Mannes" in Form von Zerstörung und Leid bezahlen. Deswegen ist es absurd von irgendwem zu verlangen, den gewaltsamen Formen, die Rebellionen und organisierter Widerstand annehmen, "abzuschwören". Macht von unten gegen die Verhältnisse von oben ist keine Glaubensfrage! Sie kommt aus diesen Verhältnissen.

Die Frage ist nur, ob wir uns der staatlichen Logik der Konfrontation unterwerfen und sie übernehmen. Unsere Gründe aufzustehen und zu versuchen die imperialistische Ordnung der Gesellschaft zum Teufel zu jagen, lassen sich nicht auf die Knarre reduzieren. **Das** war und ist immer nur eins. Aber nie der ganze Befreiungskampf. Deswegen sind wir heute noch da - oder auch wieder da. Mit Leib und Seele. An unterschiedlichen Orten der sozialen Konfrontation.

Ein argentinischer Revolutionär sagte, im Verhältnis zu vor 25 Jahren, als er sich in seinem Land der Guerilla anschloß, haben sich die Gründe für den Kampf vertausendfacht. Aber die Kämpfe selbst haben dem nicht standgehalten.
Ich glaube, daß kann ich für die Metropole und die BRD genauso sagen. Wir haben eine Summe reichhaltiger, auch schmerzhafter Erfahrungen, zu denen vor allen anderen Dingen gehört, daß wir alle in unseren Anstrengungen keine gesamtgesellschaftliche Perspektive mehr entfaltet haben. Das finde ich entscheidender als Kategorien wie Sieg oder Niederlage.

So widersprüchlich das ist: in der Entwicklung liegt auch eine Chance. Wir können heute die Kampferfahrungen aus über 20 Jahren revolutionärer Politik in den unterschiedlichsten Ansätzen reflektieren, um daraus zu lernen. Und wir müssen das auch, um den Herausforderungen entsprechend handeln zu können. Die alten Strategien der Linken greifen längst nicht mehr. Sie stammen aus einer abgeschlossenen Phase. Es geht also auch um den Bruch mit althergebrachten politischen Orientierungskoordinaten.
Aber gleichzeitig eskalieren die Verhältnisse tagtäglich. Das zwingt uns zum Handeln. Dadrin sind wir natürlich noch geprägt von den Denkweisen, die sich herausgebildet haben. Wir müssen sie sortieren, denn nicht alles gehört auf den Müllhaufen.

Wir brauchen eine neue revolutionäre Bewegung. Eine, die die Gesellschaft erfaßt und Lösungen für die sozialen Probleme entwickelt. Dafür bedarf es viel Verständigung, Austausch und Diskussion. Gerade auch mit den Menschen aus Basis- und Widerstandsentwicklungen anderer Länder und Kontinente. Nur zusammen, und aus der Gesamtheit der Erfahrungen und ausgehend von der Gesamtheit der Verhältnisse können wir Antworten finden. **Nur zusammen werden wir weiterkommen.**

Es gibt auf unserer Seite noch zu viele Trennungen - oder es bilden sich auch neue heraus.
Wir müssen die Faschisten und Rassisten zurückschlagen - und gleichzeitig der Regierung Dampf machen, damit die politischen Gefangenen rauskommen!
Wir müssen Solidaritätsaktionen mit den Kämpfen anderer Völker durchführen - und gleichzeitig Häuser und Zentren erkämpfen!
Wir müssen verhindern, daß deutsche Banker und Soldaten andere Länder plattmachen - und gleichzeitig eine Widerstandskultur entwickeln!
Wir müssen gegen beschissene Arbeitsbedingungen, den Verkehrsterror und die Umweltvergiftung protestieren - und gleichzeitig die sexistischen Verhältnisse in unserem Alltag und den Institutionen bekämpfen!
Wir müssen unter uns eine offene Diskussion führen - und gleichzeitig eine kämpferische internationale Kommunikation organisieren!
Nicht alle können alles machen. Aber um die bewußt gesuchte Verbindung geht es!

Laßt uns dafür auch die Mobilisierung gegen den Weltwirtschaftsgipfel in München nutzen. In der Vorbereitung und natürlich auch danach. Wir hoffen, aus diesen vielen Ansätzen und Kämpfen heraus unsere Wut über die HERRschende Weltordnung auf die Straße zu bringen und lautstark werden zu lassen.

500 JAHRE KOLONIALISMUS UND KAPITALISMUS SIND 500 JAHRE ZUVIEL!

"ES FEHLT DER NEUE GEDANKE"

Das Gespräch in der Justizvollzugsanstalt Celle mußte ohne mündliche Vorbereitung geführt werden, der auf druckbare Länge gekürzte und redigierte Text mußte über das Anwaltsbüro zu den Gefangenen in den Knast, deren (umfangreiche) Änderungswünsche aus dem Knast über das Anwaltsbüro in die Redaktion gebracht werden, mündliche Rückfragen waren nicht möglich, und so kam es, daß das Anwaltsbüro erst nach Redaktionsschluß für den Innenteil des Heftes noch zwei kleinere Wünsche übermitteln konnte. So hätten die Gefangenen die erste Überschrift »Es fehlt der neue Gedanke« der später von der Redaktion gewählten (»Sie wollen uns auslöschen«) vorgezogen, und bei der Antwort von Knut Folkerts, die mit »Viel wichtiger finde ich…« beginnt, müßte es statt »eine Sekunde« heißen: »eine historische Sekunde«.





KONKRET-Gespräch

mit den Gefangenen aus der RAF Karl-Heinz Dellwo, Knut Folkerts und Lutz Taufer in der Justizvollzugsanstalt Celle über die jüngste Erklärung der RAF. Dellwo und Taufer sind seit April 1975 in Haft, verurteilt zu jeweils zwei Mal lebenslänglich wegen Mord und Geiselnahme (Angriff auf die BRD-Botschaft in Stockholm), Folkerts ist seit September 1977 in Haft, verurteilt zu lebenslänglich (Anschlag auf Generalbundesanwalt Buback). An diesem ersten Gespräch mit Journalisten, das die Gefangenen führen konnten, nahmen teil: Thomas Ebermann, Rosita Timm, Hermann L. Gremliza und die Fotografin Marily Stroux

Gremliza: »Wenn es richtig ist, daß der amerikanische Imperialismus ein Papiertiger ist, d.h. daß er letzten Endes besiegt werden kann; und wenn die These der chinesischen Kommunisten richtig ist, daß der Sieg über den amerikanischen Imperialismus dadurch möglich geworden ist, daß an allen Ecken und Enden der Welt der Kampf gegen ihn geführt wird, so daß dadurch die Kräfte des Imperialismus zersplittert werden und durch ihre Zersplitterung schlagbar werden — wenn das richtig ist, dann gibt es keinen Grund, irgendein Land und irgendeine Region aus dem antiimperialistischen Kampf deswegen auszuschließen oder auszuklammern, weil die Kräfte der Revolution dort besonders schwach, weil die Kräfte der Reaktion dort besonders stark sind. Wie es falsch ist, die Kräfte der Revolution zu entmutigen, indem man sie unterschätzt, ist es falsch, ihnen Auseinandersetzungen vorzuschlagen, in denen sie nur verheizt und kaputtgemacht werden können.«

Das war ein Zitat aus dem RAF-Papier »Das Konzept Stadtguerilla« vom April 1971. Das letzte Papier der RAF, über das wir hier reden wollen, zieht genau 21 Jahre später das Resümee aus diesem Gründungsdokument: Weil der Imperialismus sich nicht als Papiertiger erwiesen hat, sondern als unschlagbar, wird vorgeschlagen, keine weiteren Kräfte mehr in einem aussichtslosen Kampf zu verheizen. Ist es so gemeint?

Taufer: Die Welt der 70er Jahre ist eine andere Welt als die der 90er Jahre. Damals lebten, dachten und kämpften wir als Teilnehmer eines weltweiten Aufstands gegen das US-imperialistische Weltsystem. Die Welt war zweigeteilt, die Sowjetunion zwang dem Imperialismus ein globales Kräfteverhältnis auf, das seinen Bewegungsspielraum gegenüber den Völkern und Befreiungsbewegungen des Trikont beschnitt. In Lateinamerika etwa gab es in jedem Land mindestens eine bewaffnet kämpfende Befreiungsorganisation, erfolgreiche, siegreiche Befreiungsbewegungen gab es in Afrika, Nahost, Asien. Es gab vor allem in Vietnam ein kleines Bauernvolk, das in Pyjamas und auf Gummireifensandalen die mächtigste Militärmaschine der Welt in eine aussichtslose Lage trieb. Nicht zuletzt waren da die Revolten in den Metropolen selbst. Wie wir heute wissen, haben die Bewegungen gegen den Vietnamkrieg, vor allem die in den USA, erheblich dazu beigetragen, daß Nixon und Kissinger den Krieg bereits 1969 für verloren hielten.

Wenn bundesdeutsche Politiker damals immer wieder auf eine sich ausbreitende »Staatsverdrossenheit« hinwiesen, wenn Mitte der 70er Jahre eine zentrale Untersuchung der Trilateralen Kommission »crisis of democracy« hieß, nachdem in den Metropolen der frische Wind der Basisdemokratie wehte, wenn schließlich der damalige Bundeskanzler Willy Brandt immer wieder davon sprach, in Vietnam werde die Freiheit Westberlins verteidigt, kennzeichnet das das allgemein vorherrschende Bewußtsein einer globalen Entscheidungssituation.

Unsere Einschätzung damals war, daß sich der Imperialismus »in der strategischen Defensive« befindet. Es waren weltweit und zeitgleich Kräfte gegen das US-dominierte imperialistische Weltsystem heraufgewachsen, und vor dem Hintergrund von Auschwitz und Vietnam war es politisch und moralisch denkbar, auch mit dem Versuch des bewaffneten Kampfs in den Zentren des Imperialismus, diesem Aufstand mit allen Kräften beizutreten. Die schillernde Haltung, die Politik, Wirtschaft, Justiz, Militär zur faschistischen Vergangenheit, und die eindeutige Position, die sie für den Genozid in Vietnam einnahmen, ließ darüber hinaus die Frage offen, ob der Faschismus in Deutschland wieder hervorkriechen könnte. Der bewaffnete Kampf in der Bundesrepublik war gewissermaßen auch der Versuch einer nachholenden Résistance.

Die Einschätzung eines absehbaren Zusammenbruchs des US-imperialistischen Systems hat sich als falsch herausgestellt. Heute leben wir in einer völlig veränderten Welt. War das Bestreben in den 60er und 70er Jahren, durch die Schaffung von »zwei, drei, vielen Vietnams« dem westlichen System sukzessive Ausbeutungs- und Bereicherungsquellen wegzunehmen, und gab es mit diesem Rückenwind die Forderung der Blockfreien nach einer neuen Weltwirtschaftsordnung, sieht es heute umgekehrt aus: Der Imperialismus ist es, der ganze Völker wie ausgequetschte Zitronen wegschmeißt. Ihre billigen Rohstoffe und Arbeitskräfte werden nicht mehr gebraucht, somit haben sie ihre Existenzberechtigung verloren.

Die Welt besteht nicht mehr aus den beiden Polen Dritte Welt—Metropolen. Es sind zwei Welten — die Welt des Besitzes und die Welt der Besitzlosen. Es gibt diese beiden Welten in der Bundesrepublik, in den USA, in Brasilien, Chile, Ägypten, Indien, Nigeria. Es gibt sie überall. Der Anspruch auf eine neue Weltordnung und der diffuse Aufstand liegen in den USA heute nur ein paar Häuserblocks auseinander. Nachdem die Marines in Grenada und Panama gelandet sind, landen sie in Los Angeles. Die Marginalisierten, also die gewaltige Mehrheit der Menschen, sehen sich im Zustand des Robinson Crusoe. Schiffbrüchige des Imperialismus und des Weltmarkts, sind sie vollkommen auf sich zurückgeworfen, gezwungen, sich bei der Organisation ihres Lebens und ihrer sozialen Welt auf das zu verlassen, was sie an sich und um sich herum entdecken.

Die kommende Ära wird die Ära der sozialen Bewegungen sein, der ökonomischen und sozialen Erfindungen. Vorausgesetzt, es gelingt, den dazu nötigen Raum aufzumachen und konkreter Utopie endlich einmal einen diesseitigen Sinn zu geben. Denn die Alternative wäre eine sich ausbreitende diffuse Gewalt und Destruktivität von jenen und gegen jene, die um ihr Überleben kämpfen. Und was dann eine RAF zur Gewaltfrage sagen würde, wäre dieser Eskalation gegenüber völlig gleichgültig.

Von dieser veränderten Weltlage spricht die Erklärung der RAF. Es ist keine Kapitulation, es ist die konsequente Neuorientierung auf eine Situation, zu der die bewaffnete Aktion quer liegt.

Gremliza: Habt ihr dieser Erklärung etwas hinzuzufügen oder etwas an ihr zu kritisieren?

Dellwo: Ich finde die Erklärung richtig. Ihr Kern ist, daß wir einerseits an bestimmte Grenzen gekommen sind und daß wir andererseits nicht aufgeben sollten. Ich würde nicht kritisieren, was andere von sich aus erst mal herausfinden und wie sie's ausdrücken.

Die RAF ist an eine Grenze gekommen, und alle haben das Gefühl, über zwanzig Jahre etwas gemacht zu haben, aber im Moment auf einer Stelle zu treten. Die RAF in ihrer Entstehungszeit, das Konzept Stadtguerilla, das war: die Machtfrage stellen. Auch unsere Ohnmacht aufbrechen, in der wir uns im Konkreten gegen die Politik der Herrschenden immer wiedergefunden haben. Wir wollten für die Linke einen Raum schaffen, die Illegalität, in dem du erst mal Subjekt sein kannst — politisches Subjekt, das zum Angriff kommt. Der Staat und die Politik der herrschenden Klasse, die Systemfrage — das war tabu, und die unten müssen unterlegen sein. Auch das mußte angegriffen werden. Den Menschen klein halten, das ist die Logik der Macht. Wir haben zurückgeschossen, das Verhältnis, das sie nach unten haben, umgedreht und auf sie selbst gerichtet.

Heute fehlt etwas anderes. Das ist nicht durch die Staatsmacht begrenzt. Es fehlt der neue soziale Gedanke, so etwas wie ein neuer historischer sozialer Sinn für die Gesellschaft. Ich weiß, daß er etwas mit der Eigengeltung von Mensch und Natur zu tun hat, die wir uns zurückerobern müssen. Aber unsere erste Schranke ist heute die Entfremdung in der Gesellschaft.

Sicher hatten wir auch das im Kopf: Enteignung oder Vergesellschaftung der Produktionsmittel, das ist ein Ziel, daraus läßt sich was machen. Aber es blieb vage. Mehr ging es darum: Du konntest hier nicht leben, nicht in dieser vom Kapital dominierten Gegenwart — du wolltest auch nicht bei den weltweiten Verbrechen zusehen — und nicht mit dieser Vergangenheit. Deine Zurichtung für dieses System war schon bestimmt, bevor du überhaupt erst für ein eigenes Leben erwacht bist. Dagegen mußtest du dich erst einmal aufrichten und behaupten.

Mit dem Zusammenbruch des Realsozialismus ist ja nicht unsere Orientierung zerfallen. Dessen Gesellschaftsstruktur war ja nicht unser Ziel. Aber er war das vorhandene Gegensystem zum Kapitalismus. Und eine andere Vorstellung — auf das System als Ganzes bezogen — ist noch nicht neu geboren. Wir haben ja immer gesagt: Wir haben keine Geschichte, wir fangen am Punkt Null an. Heute denke ich, das war vielleicht noch totaler, als wir es schon begriffen hatten. Eine Zentralperspektive haben wir derzeit nicht. Vielleicht wird es auch nie wieder eine geben, das muß nicht unbedingt ein Mangel sein. Die alte ist den Menschen äußerlich geblieben. Sie hat ihnen nicht geholfen, den Blick auf die Welt und aufs Leben neu zu öffnen. Hier müssen wir im Konkreten was Neues finden, und das Konkrete ist identisch mit dem Alltäglichen in der Gesellschaft. In dieses Alltägliche müssen wir das Moment der Transformation bringen. Nur so können wir einen neuen Blick auf das System als Ganzes entwickeln. Ich will, daß im Alltäglichen ein

Bruch mit dem System läuft. Danach müssen wir suchen.

Gremliza: Wenn ich die Situation von 1970/71 mit der von heute vergleiche, dann erkenne ich *eine einzige bedeutende* Veränderung: daß es die Staaten des realen Sozialismus nicht mehr gibt und damit auch die meisten der Bewegungen nicht mehr, die von dort eine Art Rückendeckung bezogen haben.

Taufer: Eine positive oder eine negative Veränderung — das ist hier die Frage, denn die Rückendeckung, die es da gegeben hat, war ja eine recht zwiespältige Angelegenheit, bereits im Vietnamkrieg. Sie hat eine gewisse zentralperspektivische Mentalität aufrechterhalten, und wir erfahren heute in Diskussionen etwa mit den Tupamaros, daß dieser Zusammenbruch der realsozialistischen Staaten auch einen befreienden Effekt auf die Linke, auf die politischen Bewegungen hatte. Sie sind auf sich selbst zurückgeworfen und überlegen, wie sie aus den ganz konkreten eigenen Bedingungen und der eigenen Geschichte eine sozial emanzipative Perspektive entwickeln können. Und das muß die Linke hier auch tun.

Gremliza: Was ich an der Linken beobachte, und vor allem an den Teilen, die stets schärfste Kritik am Realsozialismus geübt haben, ist keineswegs befreites Aufatmen und Suche nach neuen emanzipatorischen Perspektiven, sondern endgültiger Abschied von jedem Widerstand und Anschluß ans siegreiche Vaterland.

Taufer: Was die Liebe zum Vaterland angeht, die von vielen entdeckt wird — das hat u.a. seinen Ursprung auch darin, daß der Geist der grundsätzlichen Opposition gegen den Kapitalismus von 68 über die Legende von der endgültigen Demokratie liquidiert wurde, die 68 bewirkt haben soll. Ich denke, daß die Diskussion, die die RAF jetzt angestoßen hat, auch die Chance bietet, die letzten 25 Jahre noch einmal neu zu bewerten.

Ebermann: Mein Gefühl bei der Lektüre der RAF-Erklärung ist gewesen: die Konsequenz ist gut und die Begründung ist teilweise sehr schlecht. Es scheint mir, es ist nicht genug Eingeständnis der Tiefe der Niederlage.

Dellwo: Und wenn wir das Gefühl einer Niederlage nicht haben?

Ebermann: Dann ist es eine politische Differenz, in der man, wenn man kein Zyniker ist, hofft, mehr Unrecht zu haben als der, der die Lage schwärzer sieht.

Folkerts: Sieg und Niederlage sind wirklich relative Begriffe. Wir haben Niederlagen verkraften müssen und Verluste erlitten, drinnen und draußen mußten wir extreme Härten überstehen, aber auch jetzt, wo wir in einer schwierigen Übergangssituation stehen, würden wir nie sagen, daß wir unterlegen sind. Wir haben in all diesen Jahren einiges akkumuliert, was wir gerne vergesellschaften, mit anderen Erfahrungen zusammenbringen wollen. Dazu wollen wir die Kommunikation mit vielen, mit der Linken und was davon übriggeblieben ist, und mit Kräften, die aus den Widersprüchen neu entstehen. Wir haben in dieser langen Konfrontation Erfahrungen gewonnen, Stärken erfahren, auch wenn wir keine großen Siege vorweisen können — sie sind vielleicht unscheinbar und nicht spektakulär, aber ich bin mir sicher, wir haben uns etwas erkämpft.

Dellwo: Auch ich habe nicht das Gefühl, daß wir eine Niederlage erlitten haben. Wir sind jetzt 17 Jahre drin, der Knut ist 15 Jahre drin, wir haben hier die ganze Zeit erfahren, wie sie dich niedermachen wollten. Aber das ist nicht gelungen, sondern im Gegenteil: Du hast das Gefühl, du bist da durchgekommen. Wir sind, auf die RAF bezogen, an eine bestimmte Grenze gekommen, aber ich frage mich doch: Haben wir irgendetwas erreicht, oder haben wir gar nichts erreicht? Haben wir — was wir ja wollten — etwas historisch Neues gesetzt? Was ist mit den Erfahrungen, die es nicht gab, bevor wir sie gemacht haben?

Taufer: Es ist jetzt ein bißchen *en mode* bei der Linken, von allen möglichen Niederlagen zu reden. Was ich persönlich aus dem Knast heraus nie kapiert habe. Wenn es irgendwo in Westeuropa eine starke Linke gegeben hat seit 1966, angefangen mit dem

»Wir wollen die Kommunikation mit der Linken und was davon übriggeblieben ist« (Folkerts)

ersten *Sit in* an der FU bis hin zu den letzten RAF-Aktionen, dann in der Bundesrepublik. Wo sonst hat es in Westeuropa eine Linke gegeben, die dermaßen regenerationsfähig war?

Ich bin unbedingt für eine tiefinnere Suche nach den Fehlern und Schwächen der letzten 25 Jahre, aber unser Erkenntnisinteresse wird dabei doch ganz entscheidend davon abhängen, ob wir mit einem grundsätzlichen historischen Pessimismus oder mit Zuversicht an die Arbeit gehen. Die Linke ist in der BRD und weltweit an eine bestimmte Grenze gestoßen, ist in eine tiefe Krise gestürzt, und ich behaupte, das ist eine einmalige Chance, aus der Vergangenheit all das zu lernen, was wir bisher glaubten, nicht lernen zu müssen.

Es sind viele wichtige Erfahrungen gemacht worden, auch von uns. Wir waren hier in einer totalitären Situation, wir waren 10 Jahre lang in diesem Hochsicherheitstrakt, das war so ein Drittes Reich im Kleinen, und sie haben uns nicht geschafft, obwohl sie jede Lebensäußerung überwacht haben mit Videokameras, Mikrofonen, Gehirnwäsche und allem drum und dran. Wir haben hier Erfahrungen gesammelt, die man in unseren Breitengraden tatsächlich nur in diesem Hochsicherheitstrakt sammeln konnte. Da haben wir auch über uns und über die Linke, auch über die Frage, was ist Niederlage, was ist nicht Niederlage, eine ganze Menge Erfahrungen gemacht, die jetzt draußen gebraucht werden, denke ich.

Ebermann: Man kann natürlich sagen, Niederlage ist erst, wenn sie uns geschafft, wenn sie uns unseres politischen Denkens, unserer Systemgegnerschaft beraubt haben. Wenn man diesen Begriff von Niederlage hat, dann habt ihr keine erlitten und ich auch nicht. Soweit ist es noch nicht und kommt es hoffentlich nie.

Dann gibt es einen Begriff von Niederlage, der, weil das konkrete Ziel nicht erreicht wurde, alle im Kampf darum gemachten Erfahrungen behandelt nach dem Motto »Klappe zu, Affe tot« — kein zukünftig Rebellierender soll daraus lernen können, also begrabt den Scheiß. Diese Haltung ist ja gerade gegenüber Leuten sehr verbreitet, die mit ihren konkreten Zielen gescheitert sind, die macht auch die Kritik am Realsozialismus so widerwärtig — jeder muß noch mal schnell sagen: Ich hab da auch nichts von gehalten. Ich habe wirklich viele Seiten mit Kritik am Realsozialismus gefüllt, aber ich habe immer gehofft, daß die DDR sich halten kann gegen die BRD, und ich habe immer gehofft, daß bestimmte Planungen, z.B. eine Rüstung so hinzukriegen, daß man die dort killen kann, ohne daß hier allzuviel passiert, nicht aufgehen werden; ich habe gehofft, daß die Totrüstung und die ökonomische Durchdringung nicht gelingen. Wenn ich dies alles jetzt streiche und sage: Das war ja gar kein Sozialismus, wo war da die Emanzipation, war die Entfremdung nicht genauso groß oder die Warenbeziehung genauso ausgeprägt, mache ich auch kaputt, was man daraus würde lernen können.

Auch diesen zweiten Begriff von Niederlage meine ich nicht. Sondern wenn ich von Niederlage spreche, dann vom gesellschaftlichen Kräfteverhältnis. Die haben erstens euch nicht geschafft und mich nicht geschafft, zweitens ist es nicht so, daß das eine Zeit war, wo man nur Scheiß gemacht hat — aber das gesellschaftliche Kräfteverhältnis stellt uns in eine Position, die so einsam ist, wie ich sie, seit ich halbwegs erwachsen bin, nicht erlebt habe.

Dellwo: Willst du behaupten, das System sei heute stabiler als vor 20 Jahren?

Ebermann: Ja, ich glaube, das System ist heute stabiler. Ich weigere mich ja zu sagen, daß unsere Hoffnung, die Einkreisung der Metropolen möge mit unserer Mitwirkung gelingen, reiner Spinnkram war, sondern ich versuche einen Blick auf unsere Biografie und Geschichte zu behalten, der noch sieht, daß es einige Jahre lang wirklich auf des Messers Schneide stand, welche Kräfte sich in der Welt durchsetzen. Die Parole »Schafft zwei, drei, viele Vietnam« haben wir nicht gerufen, weil wir nicht ganz dicht waren, sondern da lag damals wirklich eine Chance.

Es gibt ja jetzt so eine Geschichtsschreibung, daß wir ganz idiotische Träumer waren, und wenn wir damals schon realistisch gewesen wären, dann hätten wir in all unserem Handeln die Siege des Imperialismus antizipieren müssen — eine furchtbare Geschichtsschreibung für Stubenhocker, die sich jetzt noch freuen, daß sie schon vor 20 Jahren keinen Stein aufgehoben haben. Aber heute sind wir mit bestimmten Auffassungen erstmals außerhalb des Disputs. Ich habe das immer so erlebt: Wenn in der Gesellschaft ge-

stritten wurde, war da eine bestimmte Spannbreite, und man war darin äußerster Flügel, aber doch mit Berührungspunkten zum linksreformistischen Lager oder zu dem oder jenem fortschrittlichen sozialdemokratischen Abgeordneten oder einem aufgeschlossenen Rundfunk- oder Fernsehmoderator oder Leitartikler. Heute gibt es ganz viele Diskussionen — etwa zur Sowjetunion oder zu Jugoslawien oder zur Staatsverschuldung oder was mit der DDR geschehen soll —, und in dem Disput hat man gar keinen Platz mehr.

Folkerts: Das ist nur ein Ausdruck davon, daß der ganze Bezugsrahmen, in dem die Linke sich bestimmt hatte, auseinandergeflogen ist. Die Ost-West-Demarkationslinie, die antikolonialen Kämpfe und die Bewegungen in den Metropolen und deren Zusammenhänge, die auch reale revolutionäre Möglichkeiten enthielten — diese historische Phase, ausgehend von der Oktoberrevolution, ist zu Ende und fordert eine Zäsur. Eine Neukonstituierung emanzipatorischer Kräfte kann und wird nicht in den alten Bahnen laufen, die waren ja — wie die Apo — selbst historisch bedingt. Es werden sich neue gesellschaftliche Orte, Verhältnisse und Beziehungen, auch international, herausbilden. Und was die einsame Position betrifft — wir machen uns davon nicht abhängig. In der Illegalität haben wir gelernt, gegen den Strom zu schwimmen, in der Einsamkeit der Isolationshaft, wie man sich trotzdem gegen die Übermacht behauptet. Daraus haben wir ein Grundvertrauen gewonnen, in uns und zugleich in die potentiellen Fähigkeiten von Menschen, die aufbrechen.

Taufer: Wenn die Linke hier heute dermaßen schwach ist, dann hat das auch damit zu tun, daß sie eine glaubwürdige Utopie nicht mehr anzubieten hat.

Ebermann: Nein, ich glaube, du hast unrecht. An Utopien herrscht überhaupt kein Mangel, aber kein Arsch will sie hören. Wenn du allein die Kritik der Produktivität nimmst, auch ein weitverbreitetes Phänomen noch vor wenigen Jahren, mit guten und schlechten Seiten, mit Überidealisierung von Alternativbetrieben und Romantisierung zurückliegender handwerklicher Tätigkeit bis hin zur absurden Selbstausbeutung, so gab es trotzdem eine Debatte darum, ob diese Produktivität, die Ankettung des Menschen an den industriellen Arbeitsvorgang, die Demütigung des Menschen durch Maschine und Fließband, nicht etwas Bekämpfenswertes ist.

Etwa 5 bis 10 Prozent der Gesellschaft träumten irgendwie davon, daß es anders doch schöner wäre. Das ist ja der Ursprung von Utopie. Und das ist weg. Der Wunsch, Entfremdung zu überwinden, ist so wenig präsent in der Gesellschaft, daß man sagen muß, ideologisch haben die im Moment wirklich gewonnen, indem sie die Köpfe ganz und gar dafür gekriegt haben, daß dies die beste der denkbaren Welten ist.

Folkerts: Das liegt vielleicht daran, daß du die Gegenwart in den alten Formen betrachtest. Man muß lernen, genau hinzusehen, wie sich Widersprüche neu ausdrücken, wo sie sich in der Gesellschaft neu artikulieren. Natürlich brauchen die eine Linke, und so beißt sich das natürlich in den Schwanz — es gibt diese linke Kraft nicht, und so überlagert das Reaktionäre alles.

Timm: Der Hauptwiderspruch zwischen Thomas und euch ist doch die Einschätzung der Stabilität des imperialistischen Systems. Und mein Eindruck ist, daß Thomas vor allem die ökonomische Seite sieht: die ökonomische Stabilität und Verbreiterung, die ökonomischen Möglichkeiten, die sich ergeben haben und die jetzt auch in Bezug auf die ehemals realsozialistischen Länder die große Rolle spielen. Ich erinnere aber jetzt mal an Vietnam und was sich da abgespielt hat: die ökonomische, militärische Stärke der USA und dagegen ein Volk, das wenig mehr hatte als die eigene Idee, den eigenen Unabhängigkeitswillen, den die ökonomische, die militärische Stärke nicht brechen konnte.

Heute sehen wir einerseits diese ökonomische Stärke und andererseits, wie das, was tragende bürgerliche Ideen oder Ideale sind, verworfen wird, wie niemand mehr hinter ihnen steht, auch die herrschende Klasse nicht. Wenn sie hier jetzt anfingen mit »mehr Demokratie wagen« oder so, empfänden das alle nur noch als lächerlich. Und eine weitere Schwierigkeit ist, wovon man heute ausgehen soll. Wie sollst du überhaupt noch etwas analysieren, wenn du vor allem den Blick darauf richtest, was veröffentlichte Meinung ist. Wenn alles, was sich tut, aber nicht veröffentlichte Meinung wird, immer nur in diesen kleinen Kreisen bleibt — Entwicklungen beispielsweise wie im Hamburger Stadtteil St. Georg, wo sich die sozialpädagogische Initiative, der Einwohnerverein, die Grauen Panther, das Kindertagesheim und so weiter zusammengetan haben wegen der Drogenpolitik, die vom Hamburger Senat gefahren wird. Und da geht es nicht um die ideologische Richtung Heroinfreigabe, sondern sie sagen ganz praktisch: Das, was die Polizei macht in St. Georg, ist zu unserem Nachteil. Wenn die Junkies vertrieben werden aus der offenen Szene vorm Hauptbahnhof, werden sie vertrieben in die Eingänge der Häuser, dann liegen dort die Spritzen. Folge daraus ist, sie schließen sich zusammen und fordern: Polizei raus aus diesem Viertel. Das ist was Konkretes, und nur da kannst du heute ansetzen.

Ebermann: Wahrscheinlich werden die da was Sinnvolles machen. Aber so kann man doch nicht über Politik und Gesellschaft reden.

Timm: Warum nicht?



Karl-Heinz Dellwo: »Die versuchen uns zu zwingen, daß wir unsere eigene Geschichte leugnen und verwerfen. Sie wollen ein Bekenntnis für ihre Herrschaft«

Ebermann: Ich komme jetzt mit einem Gegenbeispiel und einem Zitat. Zuerst das Gegenbeispiel: In Schleswig-Holstein hat man alle, die Asyl suchen, vor den Sozialämtern zusammengetrieben, um den sogenannten Mißbrauch zu dokumentieren. Dagegen haben in ganz Schleswig-Holstein weniger als zweihundert Menschen demonstriert. Ich glaube aber, daß die Voraussetzung für das, was jetzt ideologische Hegemonie der Herrschenden bedeutet, darin besteht, daß sie durchgesetzt haben, daß in der Welt, so beschissen sie ist — und davon gehen alle aus —, die Brutalität, daß jeder sich selbst der Nächste ist, ideologisch durchgesetzt ist, und daß sich das widerspiegelt in der absoluten Nichtexistenz von Opposition gegen den Rassismus, der sich an den Flüchtlingen entlädt.

Taufer: Das sehe ich mehr oder weniger auch so, aber in historischen Situationen, in denen die Kräfte der Solidarität und der Freiheit ziemlich untergebuttert wurden und die Macht eine ideologische Hegemonie besaß, war es doch häufiger der Fall, daß sich Gegenkräfte entwickelt haben. In den USA sieht man jetzt, daß die Herrschenden keine Lösung im Sinne einer praktikablen Gesellschaftlichkeit mehr haben. Und das betrifft ja inzwischen nicht nur die Schwarzen in den

Gettos, das tangiert auch den Mittelstand, auch wenn der erst mal nach rechts tendiert. Die Frage ist doch, wie können wir diese Kräfte entwickeln, und dazu gehört natürlich wieder die Durcharbeitung der Geschichte der letzten 25 Jahre, um aus den Fehlern und aus den Stärken zu lernen.

Dellwo: Thomas meint, daß das System in diesen zwanzig Jahren stabiler geworden ist. Das sehe ich nicht. Wir mußten ganz bestimmte Prozesse durchmachen und auch bestimmte falsche Wege erst mal gehen, wir sind eine ganze Menge falscher Wege gegangen, die werden wir nicht wiederholen, aber gegangen werden mußten sie. Doch unsere Ratlosigkeit und daß wir da jetzt im Moment ein Vakuum haben, weil wir die Frage nach dem, was man Zentralperspektive nennt, nicht beantworten können, und daß der Realsozialismus als erste Aufhebungsform der Geschichte gescheitert ist und daß wir jetzt keine neue haben — das alles bedeutet keineswegs, daß das System stabiler geworden ist.

Wir könnten jetzt viel zusammenzählen, warum wir das System heute schwächer, weil instabiler, sehen als damals. Aber letztlich bringt uns das nicht weiter, weil wir ja auch wissen, daß die Kaputtheit der anderen Seite nicht unsere Stärke ist. Es gibt keinen Automatismus von Elend und Befreiung. Umgekehrt wäre dann allerdings seine Stabilität, unterstellt man sie mal, nicht Ursache unserer Schwäche. Ich kann so aber auch nicht denken. Ob das System nun stabiler ist oder nicht — wer sein Leben in dieser Gesellschaft nicht verwerfen will, muß aus dem herrschenden gesellschaftlichen Konsens raus und eine eigene Vernunft setzen, leben und darum kämpfen, daß sie als Gegenrealität in der Gesellschaft existiert und entwickelt werden kann. So verstehe ich auch die Erklärung unserer Genossen.

Wir nähern uns der Situation aus einer unterschiedlichen Geschichte. Wir haben damals unsere Isolierung akzeptiert als Ausgangsbedingung. Das war manchmal hart, dafür haben wir uns nicht verloren, das heißt: Wir sind immer wieder dazu gekommen, den Bruch mit dem System materiell zu machen. Andere haben diese Isolierung gefürchtet und finden sich nun selbst in ihr wieder, nun aber dahin abgetrieben. Ich finde es einfach falsch, nun zu sagen: Das liegt an der Stärke des Systems, statt sich selbst zu kritisieren, daß man die ganze Zeit auch immer etwas preisgegeben hat. Das, was damals von vielen verdrängt worden ist, daß der Bruch mit dem System etwas Reales in unserem Leben sein muß — und wenn das für mich gilt, ist es auch mal egal, ob ich damit alleine stehe —, kommt als Bedingung für jede weitere Entwicklung zurück. Es müßte aber heute auch einfacher zu lösen sein, weil sich die Kompetenzfrage einfacher stellt. Wieviel Kompetenz wird dem Kapitalismus noch zur Lösung dringender Lebensprobleme von den Menschen zugetraut? Und ist das nicht auch ein Zeichen dafür, daß das System politisch instabiler ist?

Taufer: Es sei denn, man definiert Stabilität des Systems so, daß man sagt: Diese ganze Brutalität, der Egoismus, die hemmungslose Bereicherungssucht sind die Mechanismen, um Gesellschaftlichkeit aufrecht zu erhalten oder gar zu entwickeln. Dann könnte man von Stabilität sprechen. Aber dieser Egoismus und diese Brutalität sind ja auch ungeheuer destruktiv gegenüber Gesellschaftlichkeit überhaupt.



Knut Folkerts: »Das Wort Versöhnung ist völlig falsch. Die Widersprüche sind antagonistisch und sie werden antagonistisch bleiben«

Ebermann: Vielleicht kann ich mich besser verständlich machen, wenn ich mal eine Passage aus der RAF-Erklärung vorlese: »Es ist eine wichtige Frage, wie lange noch der Staat den Rassismus gegen die Flüchtlinge schüren und sie als Untermenschen behandeln kann, um sich und die Wirtschaft damit aus der Verantwortung für Arbeitslosigkeit, Wohnungsnot, Altersarmut usw. zu ziehen, und wie lange er noch diese Menschen wieder ins Elend zurückschicken kann, das er ständig mitproduziert.«

So was finde ich grausam. Wir leben in einer Zeit, wo nahezu alles, was auf diesem Gebiet mal in Teilbereichen der Gesellschaft Fuß fassen konnte — offene Grenzen zum Beispiel hatten bis in liberalkirchliche Kreise doch einen ganz guten Klang —, völlig abgeräumt wird zugunsten des Konsenses, daß man mit den Flüchtlingen hart und erbarmungslos umspringen muß. Und dagegen gibt es keinen relevanten gesellschaftlichen Widerstand. Wenn ich das kontrastiere mit dieser Passage, die doch wenigstens den Gedanken nahelegt, die Frage, wie es da weiter geht, sei eine halbwegs offene, und vielleicht sogar die Suggestion bedeutet, daß die Einstellung bewaffneter Aktionen an diese Frage geknüpft ist, dann scheint es mir so zu sein, daß die Autoren immer noch die Behauptung brauchen, sie hätten gerade große Siege errungen und könnten deswegen folgenden praktischen Schritt machen.

Das wird noch deutlicher an einer anderen Stelle, wo es heißt, »daß es Fraktionen im Apparat gibt, die begriffen haben, daß sie Widerstand und gesellschaftliche Widersprüche nicht mit polizeilich-militärischen Mitteln in den Griff kriegen«. Erstens haben alle Fraktionen des Staates schon immer begriffen, daß diese Mittel nicht pur anzuwenden sind, und zweitens wird auch zukünftig das alle Politik strukturierende Element die Repression sein.

Die beiden Zitate haben offensichtlich eine Beziehung zueinander. Die lautet etwa so: Weil es gut voran gehen kann, wechseln wir die Kampfform.

Dellwo: Ich verstehe es anders. Es ist hier einmal eine Guerilla entstanden, die sich auch dann nicht mehr aus der Geschichte eliminieren ließe, wenn sie aufhören würde. Sie kann auch jederzeit wieder entstehen. Das wollten sie eigentlich damit sagen. Für mich hat RAF bedeutet: ein bestimmtes Vernichtungsverhältnis aufzubrechen, das von diesem Staat immer gegen Minderheiten, gegen Opposition eingesetzt wurde. Wir wissen, was man hier nach 45 mit der KPD gemacht hat, wir wissen, wie auf die 68er reagiert wurde, ich weiß, wie damals in Hamburg unsere Hausbesetzung vom MEK mit der MP im Anschlag — und sie hätten auch geschossen — abgeräumt wurde. Dagegen haben wir etwas gesetzt, und wir haben dagegen bis heute etwas gehalten. Die RAF haben sie nicht austreten können. Die Gefangenen haben sie im Knast nicht fertig machen können.

Wir haben auch eine Potenz erkämpft, die Fähigkeit, eine bestimmte Art von Widerstand zu machen, wenn es notwendig ist. Das ist bis jetzt auf uns reduziert geblieben, auf die, die in der Illegalität waren oder im Gefängnis und auch auf ein paar Leute drumherum. Und diese Haltung, die Bereitschaft, für etwas auch mal einzustehen, das würde ich gern verallgemeinern. Ich rede

jetzt nicht von der Form unseres Kampfes, die wird ja auch neu bestimmt werden müssen. Sondern daß man einfach mal den Willen hat, an einer Sache festzuhalten, und den Willen, sie durchzusetzen, die Lösung einer konkreten Frage von uns aus bestimmt und beantwortet haben will.

Für die meisten Linken hat das nicht gegolten. Die sind immer irgendwo an einer bestimmten Grenze stehengeblieben und haben ihre Sache preisgegeben, und das ist es, was hier angesprochen ist in der Erklärung der RAF: daß auch ihr euch die Fähigkeit zum Widerstand erkämpfen müßtet. Ich hab heute Mittag noch gedacht, guck mal, ihr seid länger als ich in der Linken und seid nie im Knast gewesen. Warum eigentlich nicht? Warum habt ihr nicht mal ne Sache durchgekämpft, auch mal einen Preis bezahlt? Da fehlt doch an dieser Linken etwas. Ich glaube, dahin müssen wir kommen.

Gremliza: Wir müssen die Linke in den Knast kriegen?

Dellwo: Nicht die Linke in den Knast kriegen, aber wir müssen dahin kommen, daß wir auf bestimmten Sachen insistieren. Wenn wir hier um Zusammenlegung gekämpft haben, da sind wir bis an die Grenze gegangen, wir haben auch tote Gefangene gehabt, aber du hast gewußt, diesen Preis, den mußt du zahlen, sonst kannst du einfach nicht überleben. Du mußt kämpfen. Wenn du hier im Isolationstrakt sitzt und merkst, daß die ganze Sache darauf hinausläuft, dich als Menschen auszulöschen, dann weißt du, das wäre die Niederlage, da setzt du was dagegen, deine Selbstbehauptung, und dann kannst du auch eine Sache durchkämpfen.

Und wenn ihr sagt, es sei so ungeheuer viel verschwunden, dann wird das auch daran gelegen haben, daß ihr nicht gesagt habt, das lassen wir uns nicht nehmen. Ein bißchen Selbstkritik könnte euch da nicht schaden.

Timm: Wenn es jetzt um Diskussionen und Neuorientierungen gehen soll, muß auch die Erklärung der RAF kritisiert werden können. Es gibt da einen Fehler, eine Ungenauigkeit in der Einschätzung. Die RAF beschreibt die Veränderung des politischen Kräfteverhältnisses und nimmt als Grundlage die Äußerungen Kinkels zu den Gefangenen. Daß Kinkel sagt, mit den Gefangenen muß jetzt was passieren, wird so gedeutet, als gebe es Fraktionen im Staat, die bereit seien, mit gesellschaftlichen Widersprüchen anders umzugehen als bisher, und beispielhaft wird angeführt die Ausländer- und Asylfrage, und genau da gibt es nicht die geringsten Indizien, wirklich nicht die geringsten, für eine Rücknahme der Repression, sondern sie wird verschärft. An dem Punkt haben wir wirklich absolut nichts geschafft.

Dellwo: Du würdest aber zustimmen, daß sie das, was der Kinkel heute macht, vor zehn Jahren nicht gemacht hätten?

Timm: In der Frage der Gefangenen bewegt sich etwas, aber was die Gründe dafür sind, ist uns allen noch nicht klar.

Folkerts: Da gibt es ein Mißverständnis. Die RAF führt die Politik gegen Immigranten nicht als Beispiel an, es gäbe Teile im Apparat, die mit gesellschaftlichen Widersprüchen anders umgehen. Die Aussage in ihrer Erklärung geht doch genau vom Gegenteil aus und verweist auf die Notwendigkeit gesellschaftlicher Kämpfe, in denen sich entscheiden wird, wie politisch Raum für alle diese existentiellen Fragen eröffnet werden kann und wie der herrschende Konsens zu schleifen ist.

Was die Gefangenen betrifft: Es gibt Fraktionierungen in den Apparaten, die wir aber nicht überschätzen, denn es geht denen, die nach neuen Wegen suchen, ums gleiche Ziel. Aber Kinkels Äußerungen sind — wie auch immer — ein politischer Ausdruck dieser Widersprüche, die lange herangereift sind. Das ist deshalb besonders bemerkenswert, weil es ein Apparat ist, der ein sehr starkes Beharrungsvermögen hat: der Staatsschutzkomplex mit seinen faschistischen Wurzeln, seiner relativen Selbständigkeit, der zusammen mit den Medien eine Selbstlegitimationsmaschine bildet. Obwohl schon lange an den Fakten evident ist, daß sie die RAF wie auch die Gefangenen nicht kaputtkriegen, haben sie das über Jahre fortgesetzt. Die psychologischen Kampagnen, die Lügen und Fälschungen sollten die politische Konsequenz aus dieser Perspektivlosigkeit verhindern. Mit der Erfindung von Fahndungserfolgen — wie diesem »absolut glaubwürdigen Kronzeugen« zu Beginn des Jahres — wollten sie die Fähigkeit vortäuschen, sie könnten die RAF doch noch besiegen, jetzt, da angeblich gerade einer aus der Mitte der RAF zu ihnen übergelaufen sei. Nach 22 Jahren bringen sie sich selbst auf den Begriff: Die von Bundesanwaltschaft, BKA, Verfassungsschutz und Medien behauptete Wirklichkeit ist identisch mit der Wahnwelt eines psychisch Kranken.

Taufer: Ich finde es wichtig, zu betonen, daß die RAF-Erklärung keine Reaktion auf Kinkel ist, sondern erstes Ergebnis einer Diskussion, die seit zwei Jahren läuft und die sich daraus ergeben hat, daß die ungeheuren Veränderungen in der Welt nach einer Neubestimmung verlangt haben.

Gremliza: Aber man kann nicht gut bestreiten, daß die Wirkung des Schreibens in die Richtung geht, die ihr für ein Mißverständnis haltet: Die RAF antwortet auf Kinkels Verlangen nach einem deutlichen Zeichen, und sie zieht die weiße Fahne auf, um die Gefangenen herauszukriegen. Ihr könnt sagen, das sieht die Öffentlichkeit falsch, und das sieht Herr Kinkel falsch. Aber auch mir fällt es schwer zu glauben, daß die Autoren der Erklärung diese Wirkung nicht vorausgesehen und also gewollt haben sollen.

Folkerts: Der zeitliche Ablauf drängt diese Interpretation vielleicht auf. Aber die Entscheidung ist aus der gesamten Entwicklung notwendig und richtig. Wie damit weiter gearbeitet wird, hängt sehr davon ab, wie Linke sich da einmischen, artikulieren und auch intervenieren, damit es nicht diese defätistische Tendenz bekommt. Natürlich, es ist eine offene Situation, das weiß die andere Seite auch, sie will natürlich alles für sich, für uns nichts.

Ebermann: Der ganze Film hat zwei unterschiedliche Adressaten.

Folkerts: Die Erklärung der RAF ist an die Gesellschaft gerichtet, an alle, die auf der Suche nach Wegen sind, wie menschenwürdiges Leben hier und weltweit konkret durchgesetzt werden kann. Das gilt auch für die Erklärungen von uns Gefangenen. Wir äußern uns natürlich auch gegenüber dem Staat deutlich, damit er von den Tatsachen ausgeht, statt von Illusionen und dem primitiven Kalkül seiner »Spezialisten«, wie zuletzt bei der Ankündigung der Freilassung einiger Gefangener und zugleich neuer Verfahren gegen andere.

Ebermann: Alles, was irgendwie der Möglichkeit dient, daß die Gefangenen rauskommen, ist sowieso mehr als legitim, das ist — wie man so sagt — über jede Kritik erhaben. Ich gehe davon aus, daß ihr selber die Grenzen definiert habt, von denen es, wenn ich das richtig verstehe, zwei gibt: Die eine Grenze liegt da, wo man einen anderen reinreißt, und die zweite da, wo man seine eigene Vergangenheit so in den Dreck zieht, daß niemals mehr jemand Lust hat, daraus was zu lernen. Alles andere muß gemacht werden, und ihr müßt wissen, daß wir diejenigen sind, die eure Entlassung am wenigsten befördern können. Darüber entscheidet das Gefüge der herrschenden Politik bzw. der akzeptierten Opposition im Rahmen der herrschenden Politik, und deshalb sind die zu Recht der eine Adressat der RAF-Erklärung.

Der andere Adressat ist die Restlinke, und da muß wahrscheinlich ein bißchen streng darauf geachtet werden, daß euer hoffentlich jetzt möglich erscheinender Erfolg nicht abgebucht wird auf das Konto, daß wir uns in einem Prozeß der Liberalisierung und Zivilisierung der Gesellschaft befinden. Es gibt starke Kräfte, die versuchen, diese Platte aufzulegen und ganz bestimmte Selbstkritiken abzuholen.

Unter diesem Aspekt finde ich auch solche Passagen so schädlich, in denen man zum Ausdruck bringt, daß die Dinge in Deutschland in die richtige Richtung laufen. Für mich steht beispielsweise Robert Kurz, den ihr jetzt häufig zitiert, nicht für ökonomische Analyse, sondern für die politische Aussage, daß hierzulande, weil die Gerichtsassessoren, oder wie das Pack heißt, jetzt einen Brillanten im Ohr haben und sich die Haare zum Zopf binden, die Liberalität ausgebrochen ist, daß hier der Kosmopolit gerade heranwächst, daß selbst der Nazi kein Nazi sein kann, weil er seine Frau in Singapur kauft. Für diese ganzen reingeschmuggelten Ideologie-Ersatzstücke steht Kurz.

»Guck in den Spiegel, dann siehst du ein revolutionäres Subjekt oder du siehst keins« (Dellwo)

Dellwo: Da muß ich widersprechen, so habe ich Kurz nicht verstanden.

Ebermann: Es gibt zwei Themen, die die Jahrhunderte überdauern: das eine ist, ob die Welt untergeht, und das andere ist

ob die Menschheit sich gerade zivilisiert. Da gibt es immer Propheten. Und von diesem zweiten ist Kurz der Prophet schlechthin.

Folkerts: Viel wichtiger finde ich seine Feststellung, daß der Sieg des Kapitalismus über den Staatssozialismus eine Sekunde gedauert hat und daß dieser Sieg seine eigene Krise verschärfen und vervielfältigen wird. Wenn du nicht nur die Oberflächenerscheinung anguckst, sondern die anwachsende globale Krisenpotenz, die auf die Zentren zurückkommen wird, in der BRD beschleunigt durch die Annexion der DDR, dann kannst du nicht mehr sagen, daß das System hier stabiler geworden sei.

Ebermann: Was versteht man unter Stabilität? Jeder blöde Reformist sagt, daß der IWF und die Weltbank versagt haben. Das erkennt man dann jeweils daran, daß die Ideale, die die beiden Institutionen in ihre Präambel geschrieben haben, irgendwie nicht Wirklichkeit werden. Tatsächlich funktionieren sie perfekt. Ich kann natürlich immer wieder sagen, daß, weil sie's nicht ruhig haben, keine Stabilität gegeben ist. Aber sie brauchen die Ruhe nicht. Die können ganze Stadtteile von New York unbeaufsichtigt lassen, so lange sie wissen, daß die Leute sich gegenseitig abmurksen, gegenseitig die Spritze setzen. Solange das kein Material ist, das der Verwertung dient, ist es ihnen egal.

Folkerts: Der Emanzipationsgedanke muß wirklich aus der Tiefe und geschichtlichen Reife neu begründet werden, weil ja eine ganze Epoche zu Ende gekommen ist. Befreiung — was ist das heute? Heute sind Aufhebungen möglich, wie sie bisher nicht möglich waren. Die strukturelle Massenarbeitslosigkeit ist z.B. ein Negativausdruck für die tendenziell mögliche Aufhebung der Arbeit. Wir brauchen ein Wirklichkeitsmoment in der Gegenwart, auch weil es ein langandauernder Übergangsprozeß sein wird. Befreiung kann keine Abstraktion bleiben, kein fernes Ziel. Die Ziele müssen in der Lebenswirklichkeit beginnen, als Aneignungsbewegung.

Ebermann: Ich habe Taufers Brief an die Tübinger gelesen, wo er diesen Tupamaro zu Wort kommen läßt, der sagt, worüber er nicht reden kann und worüber er reden kann, wenn er in die Elendsviertel geht, also was es bedeutet, Schwätzer zu sein, wenn Menschen in extremer materieller Not sind. Bezogen auf die, die nicht in dieser Lebenslage sind, die also nicht die Sorge haben, ob sie ein Bett haben, wenn sie krank sind, oder wie ihre Kinder am nächsten Tag ernährt werden, also bezogen auf viele hierzulande, kann für mich der emanzipatorische Ansatz tatsächlich nur darin liegen, ob es gelingt, eine Kritik der Bedürfnisse hinzukriegen.

Gremliza: Es hat sich bei den Massen in der BRD die Meinung gebildet, daß jede Verbesserung der Lage der anderen Menschen auf der Erde zu einer Verschlechterung ihrer eigenen materiellen Lage hier führen wird. Diese Meinung ist zutreffend, und weil sie es ist, wird jeder Blick auf das Elend der Welt vermieden, der die Unterstützung emanzipatorischer Bewegungen dort herausfordern müßte. Nieder mit der internationalen Solidarität — wer für sich und seine Bedürfnisse etwas tun will, tut gut daran, sich dem teuren deutschen Vaterland anzuschließen. Deshalb finde ich es fast rührend, welche Chancen ihr entdeckt haben wollt, die Bedürfnisse deutscher Massen auf eine emanzipatorische Politik zu lenken.

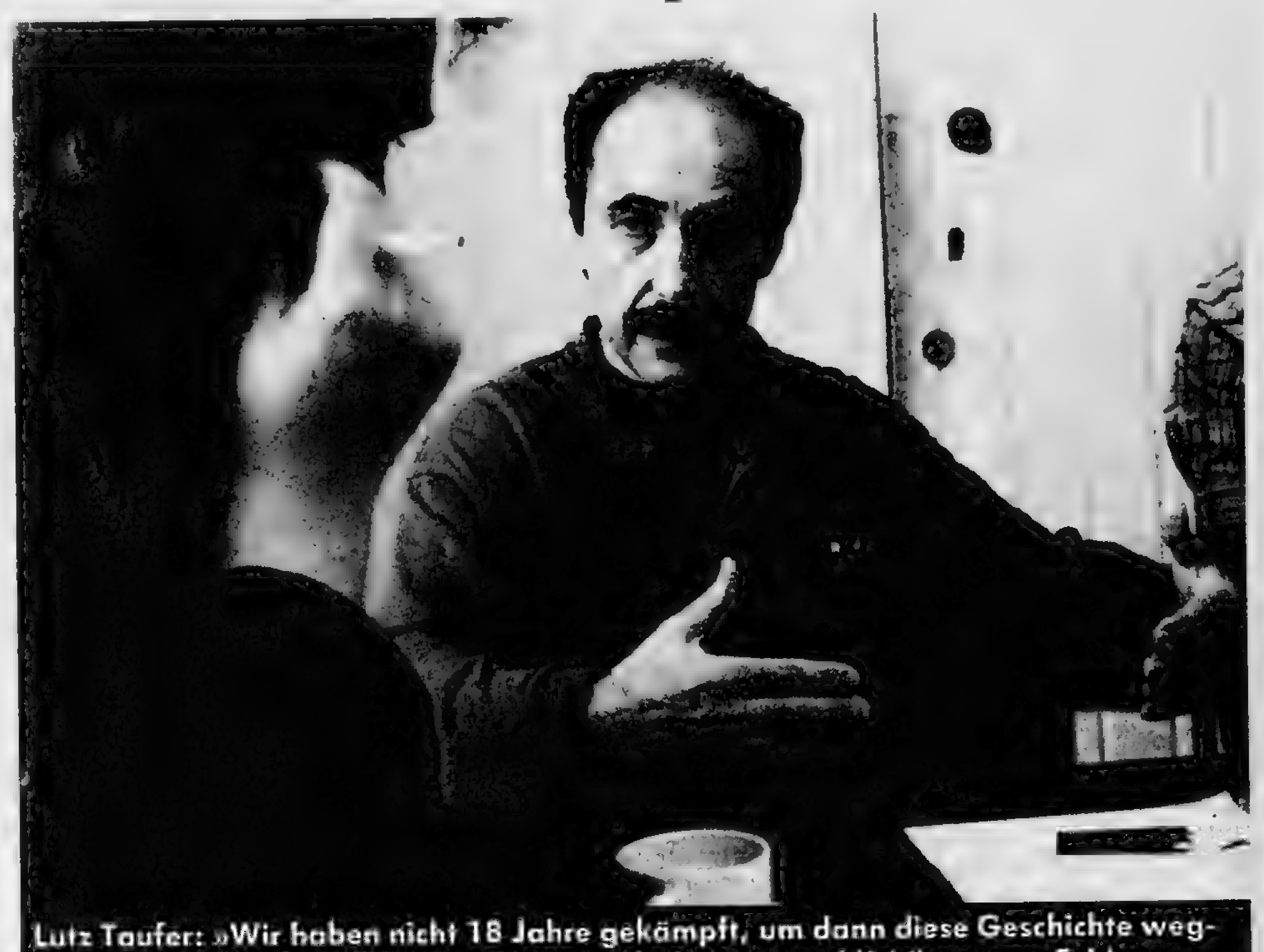
Taufer: Die Rede war erst mal von der Linken und ihrer Geschichte und nicht von den deutschen Massen. Und in dem Zusammenhang ist das, was da mit der Kritik der Bedürfnisse angesprochen ist, ein entscheidender Punkt. Der von der Linken und insbesondere von der Metropolenlinken geführte illusionäre Prozeß, der jetzt zu Ende geht, ist eben auch gerade daran gescheitert, daß neue Bedürfnisse nicht in die Welt gesetzt worden sind. Das ist es, was die Tupamaros etwa in Uruguay jetzt versuchen. Wenn man denen, die in den Slums wohnen, nichts zu essen haben, ihre Töchter mit 12 Jahren auf den Strich schicken, um nicht zu krepieren, von Sozialismus redet, fühlen sie sich nicht ernst genommen.

Gremliza: Und wenn man bei denen, die in den Slums wohnen, nichts zu essen haben, ihre Töchter mit 12 Jahren auf den Strich schicken, um nicht zu krepieren, das Bedürfnis nach was zu fressen kritisiert, anstatt ihnen ganz realsozialistisch einen Frachter voll Weizen zu schicken, kriegt man hoffentlich eins aufs Maul.

Taufer: Es ist ein Grundübel der sozialistischen Bewegung der letzten hundert Jahre, daß sie versucht hat, den Leuten ein idealistisches Ziel aufzuschwätzen. Aber dort, wo der Kapitalismus den Menschen diesseitige Entfaltungsmöglichkeiten bietet, in der Regel nach Art der Wölfe, war im Realsozialismus ein weißer Fleck. Kritik der Bedürfnisse, das hatten wir 68 schon mal. Da ist in der Tat was Neues in die Welt gesetzt worden bei uns, was im übrigen von einem Freund aus Uruguay, wo es das so nicht gibt bis jetzt, als er es hier kennenlernte, als Bereicherung, »Errungenschaft« empfunden wurde.

68 ist die Kritik der Bedürfnisse entweder in einem moralischen Schilderwald steckengeblieben, von den Grausamkeiten mal gar nicht zu reden, oder, wo Alternativen erprobt wurden, ist das Ganze doch recht vorsichtig, betulich und manchmal einfältig geblieben. Ohne Imagination und jenen Mut, den man bei uns lernen mußte. Und so konnte dann auch die Rückkehr ins Gewesene als realistischer Kompromiß erscheinen. Das Bedürfnis nach fundamentaler Veränderung wird dort entstehen, wo schon mal Leben in und aus einem anderen Bedürfnisland geschmeckt werden kann. Und wo das so gut schmeckt, daß die anderen Bedürfnisse recht alt dabei aussehen.

Bei der Aufarbeitung des Realsozialismus hört man jetzt oft den Begriff Gebrauchswert. Der Realsozialismus war Aufhebung des Warenverhältnisses und insbesondere Aufhebung des passivierenden Warenfetischs sowenig wie die Marktwirtschaft. Eine gebrauchswertorientierte Gesellschaftlichkeit wäre eine, die das Prinzip Eigeninitiative/Selbstbestimmung als erste prioritär setzt und nicht die traditionelle Bedürfnisbefriedigung. Selbstbestimmung — das spricht nicht nur von einer Andersorganisation der individuell-subjektiven Semantik. Wo eine solche neue Mentalität entsteht, bekommen die Konsumbedürfnisse einen ganz anderen Stellenwert, weil die persönliche und soziale Tätigkeit eine ganz andere Art von Bedürfnisbefriedigung ist als die Konsumarbeit. Die Konsumorgien, die ökonomischen Wucherungen, zerstören die Welt. Ich kann mir nicht vorstellen, daß dieser Text mittelfristig nicht diskutierbar sein soll.



Lutz Taufer: »Wir haben nicht 18 Jahre gekämpft, um dann diese Geschichte wegzuschmeißen — bei aller notwendigen Aufarbeitung und Kritik unserer Fehler«

Dellwo: Hermann, du scheinst beeindruckt von unserem Optimismus?

Gremliza: Beeindruckt? Erschlagen. Das ist kein Optimismus. Wir reden von verschiedenen Welten.

Dellwo: Ich gehe nicht davon aus, daß von diesem System noch eine positive Entwicklung zu erwarten ist. Selbst wenn sie

wollten — es ist materiell nicht möglich. Es geht aber gleichzeitig um die Selbstbehauptung des Menschen. Ihr redet viel von der Linken und meint damit die politische Linke, die aus der 68er Bewegung hervorgegangen ist. Aber der Widerspruch jetzt geht weit über das hinaus, was man die Linke nennen kann. Würdet ihr die Leute in der Hamburger Hafenstraße oder in der Mainzer Straße in Berlin Linke nennen? Ich sehe das anders. Vielleicht kann man den ganzen Begriff »Linke« nicht mehr anwenden.

Ebermann: Vielleicht haben wir jetzt eine Zeit, in der nichts anderes möglich ist, als daß ein paar Leute versuchen, emanzipatorisches Gedankengut über die Jahre zu retten.

Dellwo: Was ich bei Robert Kurz gut verstanden habe, ist der Unterschied zwischen der Zeit des Fordismus, der noch massenhaft die Leute eingesaugt hat, und der heutigen Zeit der Automation, wo die Leute massenhaft auf die Straße geworfen, als definitiv unbrauchbar weggestellt werden. In der ehemaligen DDR beispielsweise werden alle, die über 45 sind, nicht mehr gebraucht und mit Umschulungs-, ABM- und Sozialprogrammen so lange ruhiggestellt, bis sie zu alt sind, noch Widerstand zu leisten. Ist das nicht eine Sache, aus der noch etwas entstehen kann?

Ich will jetzt nicht fragen: Wo ist hier ein revolutionäres Subjekt? Früher hat man das erst in der Dritten Welt gesucht, dann bei den Marginalisierten — ich habe dazu mal gesagt: Guck in den Spiegel, dann siehst du ein revolutionäres Subjekt oder du siehst keins. Die Frage an uns heißt: Können wir an uns etwas entwickeln, woran andere etwas wiedererkennen. Erst wenn wir das verneinen müßten, befänden wir uns in einer Niederlage.

Ebermann: Wenn ich das so höre, muß ich an Poder Popular, an Volksmacht denken: Räume schaffen, in denen der ideologische wie der materielle Einfluß der Herrschenden begrenzt ist. Und deshalb muß das Wort Hafenstraße, weil es das sinnfälligste Beispiel zu sein scheint, auch immer fallen, wobei ein bißchen von dem abstrahiert werden muß, was dort jetzt real los ist. Die werben inzwischen für sich als Pippi Langstrumpf.

Dellwo: Ich weiß das nicht.

Gremliza: Mir scheint, die Hafenstraße funktioniert heute als relativ erfolgreicher Modellversuch sozialer Selbsttherapie.

Taufer: Hängt das nicht damit zusammen, daß der Emanzipationsprozeß auch dort ziemlich oberflächlich geblieben ist? Und hat das nicht auch mit eurem Pessimismus zu tun? Sicher, ich sehe auch, daß die Linke stagniert. Aber es hat doch in den letzten 25 Jahren einen sehr kräftigen, sehr vielfältigen, sehr originären linken Prozeß gegeben, einen Prozeß, der immer und immer wieder vom Staat enteignet worden ist. Die Fähigkeit, gesellschaftliche Innovationen zu konzipieren und voranzutreiben, hat nach 1945 nur die Linke bewiesen, und heute sind solche gesellschaftsinnovatorischen Initiativen wieder fällig. Leute von rechts, wie etwa Rohrmoser, sehen die Lage des Systems viel pessimistischer als die Linke. Die Linke aber sitzt da und beweint ihre Niederlage.

Gremliza: Bedingung für alles ist, daß man die Realität, auch wenn sie weh tut, wenigstens zur Kenntnis nimmt. Real ist eine Niederlage, und nur wer sich an dieser Erkenntnis nicht vorbeimogelt, wird in der Lage sein, aus ihr zu lernen, indem er die eigenen Fehler erkennt, die vermeidlichen, aber auch die unvermeidlichen, die die Übermacht der Herrschenden erzwungen hat.

Dellwo: Muß das unbedingt »Niederlage« heißen? Wir sprechen von einer Grenze, an die wir gestoßen sind. Wir haben natürlich auch mehr gewollt. Dennoch haben wir unheimlich wichtige Erfahrungen gemacht. Und wir haben uns gehalten. Das war nicht einfach, aber es geht.

Ebermann: Ich habe einen abgrundtiefen Haß auf das ganze Gesocks, das zu jeder Scheiße sagt, es lägen in ihr »Chancen und Gefahren«. Daß wir uns überhaupt streiten über »Grenze« oder »Niederlage« und daß wir dabei so vehement werden, liegt daran, daß das Wort »Chancen und Gefahren« der Schlüssel für alle Schweinereien ist.

Folkerts: Aber was hat das mit uns zu tun?

Gremliza: Bis heute nichts.

Taufer: Richtig ist natürlich, ob man es nun Grenze oder Niederlage nennt, daß es darauf ankommt, ein selbstbewußtes, aber auch aufrichtiges und selbstkritisches Verhältnis zur eigenen Geschichte zu gewinnen.

Folkerts: Der Anlaß für dieses Gespräch ist die Erklärung der RAF. Das wesentliche daran ist, *daß* dieser Schritt gemacht wurde. Das sollte euer Thema sein und weniger die Kritik an einzelnen Punkten.

Gremliza: Ich kritisiere die Erklärung noch gar nicht, sondern ich versuche herauszukriegen, was sie bedeutet. Was bedeutet es, wenn die RAF ihre Angriffe auf Personen einstellt? Was wird die RAF stattdessen tun? Würde es die RAF, wenn die Gefangenen freigelassen würden, weiterhin geben und als was? Aus der Erklärung erfahre ich nichts dazu.

Folkerts: Das kann man heute nicht sagen. Das ist ein offener Prozeß.

Gremliza: Aber die Entscheidung der RAF, den bewaffneten Kampf einzustellen, ist auch eure Entscheidung?

Folkerts: Dahinter gehen wir auch nicht zurück. Aber wenn du den Text liest, weißt du, daß er einen Anfang und ein Ende hat. Man kann sich aus der Situation nicht voluntaristisch herauskatapultieren. Der Übergang ist selbst materieller Kampfprozeß, der entscheidet, welche Möglichkeiten man eröffnen kann. Somit ist auch an alle etwas zurückgegeben: die Verantwortung für die Veränderung der Situation.

Gremliza: Für Kinkels »Versöhnung«?

Folkerts: Das Wort »Versöhnung« ist völlig falsch. Die Widersprüche sind antagonistisch, sie haben uns hervorgebracht, und sie werden auch in Zukunft antagonistisch bleiben. Die RAF hat mit ihrer Erklärung politisch offen gemacht, in welchen Formen und in welcher Schärfe die Widersprüche ausgetragen werden.

Gremliza: Wenn die Gefangenen keine Versöhnung wollen, also dem Staat nichts anbieten, bleibt die Frage der Freilassung allein dem Kalkül der Herrschenden überlassen: Ob sie euch, sicherheitshalber, lieber im Knast haben wollen oder ob sie für die Hoffnung, einmal wieder ohne Leibwächter mit ihrem Fiffi Gassi gehen zu können, euch rauslassen. Das haben Herr Kinkel, Frau Vollmer und Herr Waigel mit ihrer Klientel auszuhandeln — die Linke ist da nicht gefragt.

Folkerts: Es hat tatsächlich Einfluß von seiten der Wirtschaftselite gegeben. Zwanzig Jahre haben sie diesem Staatsschutzapparat Geld und Macht in den Rachen geworfen, ohne daß er das versprochene Ergebnis bringen konnte. Das ging so weit, daß Großkonzerne dem BND Barschecks schickten, mit denen Geheimoperationen finanziert werden sollten, in denen Söldner — neben dem offiziellen Apparat — RAF-Mitglieder im Ausland aufspüren und liquidieren sollten. Präsident des BND in jenen Jahren war u.a. Kinkel.

Gremliza: Mag sein, daß sie mit euch nicht so gut fertig geworden sind, wie sie es sich gewünscht haben. Aber ihr werdet uns nicht sagen wollen, daß es sich bei der RAF-Erklärung um die Kapitulationsurkunde des Staates vor der RAF handelt?

Folkerts: Es ist keine Selbstüberschätzung, nach 22 Jahren festzustellen, daß sie die RAF nicht zerstören konnten. Die RAF ist handlungsfähig, und sie hat gezeigt, daß sie politisch agieren kann. Von der Gegenseite kann man das nicht sagen.

Dellwo: Ich finde, daß sich die Erklärung doch primär an die Linke richtet — mit der Frage, ob wir heute, anders als Mitte der siebziger Jahre, als das nicht möglich war, in anderen Kämpfen einen Zusammenhang herstellen können. Wenn wir das können, dann können wir auch dieses »Kriegsverhältnis« mit dem Staat erst mal auflösen, und das bietet dann der anderen Seite die

»Wenn wir den Frieden machen würden, den man von uns verlangt, wäre das langfristig auch eine Belastung für die Linke« (Taufer)

Möglichkeit, das Verhältnis zu uns zu ändern. Wenn das *nicht* möglich ist, wenn keiner was tut und alle nur jammern, werden wir uns fragen müssen, was wir dann machen. Wir sagen zu dieser Linken: Wir alle haben in den letzten 25 Jahren etwas versucht, wir haben alle bestimmte Erfahrungen gemacht, laßt uns jetzt mal ein Resümee daraus ziehen.

Gremliza: Worin soll die politische Antwort des Staates bestehen?

Dellwo: Freiheit für alle Gefangenen.

Gremliza: Gibt es Bedingungen für die Art der Freilassung? Müßte es eine Amnestie sein?

Dellwo: Die Form ist für mich zweitrangig, solange in einem überschaubaren Zeitraum alle Gefangenen freikommen. Was es mit uns nicht geben wird, sind Regelungen wie Freilassung nach 15 Jahren, daß also manche noch fünf oder zehn Jahre im Knast sitzen würden. Auf welche Weise das die andere Seite machen will, ist deren Sache. Ich will mich nicht mit deren normativen Problemen befassen.

Gremliza: Lassen sich die Gefangenen irgendwelche Bedingungen stellen?

Dellwo: Die versuchen uns zu zwingen, daß wir unsere eigene Geschichte leugnen und verwerfen. Sie wollen ein Bekenntnis für ihre Herrschaft. Und damit nicht genug, wie das Anhörungsverfahren zu Günter Sonnenberg gezeigt hat. Günter war nach seinem Kopfschuß in der gleichen Situation wie Rudi Dutschke. Er mußte alles neu lernen. Sie haben ihn jahrelang in die Isolation gesteckt. Er hat nicht nur gegen die Isolation, sondern auch gegen seine Verletzungsfolgen kämpfen müssen. In vielen Hungerstreiks, die er ja alle mitgeführt hat, ist es darum gegangen, daß er mit anderen zusammengelegt wird, zum Sprechenlernen, gegen seine Epilepsie-Anfälle, einfach, daß er einen Genossen um sich hat, dem er vertrauen kann. Das war schon aus medizinischer Sicht begründet. Sie haben ihm daraufhin irgendwann einen Fernseher auf die Zelle gestellt und gesagt, damit könne er sich ja auseinandersetzen. Sie wollten ihn kretinisieren. Jetzt beim Anhörungsverfahren sagen sie ihm: Sie können sich selbst artikulieren, Sie machen auch körperlich einen guten Eindruck, da müssen Sie doch zugeben, daß wir Sie gut behandelt haben. Er sollte die ganze Schweinerei, die sie mit ihm gemacht haben, jetzt leugnen und sich auch noch bedanken. An Zynismus mangelt es denen nicht.

Folkerts: Und dann haben sie, die angeblich keine politischen Gefangenen kennen, von Sonnenberg ausschließlich politische Stellungnahmen zur RAF-Erklärung verlangt. Zu Bernd Rössners Haftunfähigkeit meinte die Bundesanwaltschaft Anfang April, daß er nach 17 Jahren noch weiter inhaftiert bleiben müsse, um einen »Gesinnungswechsel« zu erreichen. Zu Ali Jansen schrieb das OLG Frankfurt Mitte April: »Die langjährige Asthmaerkrankung mag zwar seine Strafempfindlichkeit erhöhen. Eine daraus sich ergebende Sinneswandlung ist jedoch nicht feststellbar.«

Das alles zeigt, daß die Staatsschutzjustiz keine Instanz sein kann. Auch das müßte aus der Vergangenheit klar werden: Stammheim steht weltweit nicht für den gelungenen Versuch, Fundamentalopposition mittels Justiz zu eliminieren und die Auseinandersetzung zugleich zu entpolitisieren.

Dellwo: Auch wenn sie vor allem das wollen, bin ich nicht bereit, meine Vergangenheit zu verwerfen. Wenn wir heute auch sagen, wir sind an eine Grenze gestoßen, finde ich es richtig, daß die RAF entstanden ist; es gibt eine historische und eine moralische Legitimation, hier in dieser Gesellschaft den bewaffneten Kampf geführt zu haben.

Folkerts: Wir wundern uns natürlich nicht, daß die auf diesem Punkt so sehr bestehen: Sie gehen davon aus, daß, wer die Geschichte definiert, auch Gegenwart und Zukunft bestimmt. In ihrem Universum aus Geld und Ware soll nichts anderes bestehen. In diesem Wahn befangen, halten sie sich für den Endpunkt der Geschichte, aber kein einziges gesellschaftliches Problem können sie auch nur ansatzweise vernünftig lösen.

Ebermann: Was ihr beide da erklärt, kommt mir zu untaktisch vor.

Dellwo: Das mag sein, aber das müssen sie hinnehmen. Wir können hier nicht taktieren. Sie können sagen, daß sie uns zu Recht bekämpft haben und bekämpfen mußten — das alles interessiert mich nicht.





Aber sie müssen akzeptieren, daß sie unser Selbstverständnis nicht haben brechen können. Wenn sie das nicht hinnehmen, sehe ich keine Möglichkeit, wie es zu einer Lösung kommen soll. Wir werden mit denen nie zu einer gemeinsamen Sicht der Dinge kommen.

Ebermann: Das Wort Kapitulation schreckt mich nicht. Wenn man einer Übermacht unterliegt, ist Kapitulation das Vernünftigste. Wenn eine Übermacht da ist, wie Lenin sie aus Anlaß des Friedens von Brest-Litowsk beschrieb, dann muß man gegen alle die Schwätzer vorgehen, die die heldenhafte Pose verlangen.

Taufer: Es geht nicht um die heldenhafte Pose, sondern es geht um unsere Geschichte. Wir haben nicht 18 Jahre gekämpft, um dann diese Geschichte wegzuschmeißen — bei aller notwendigen Aufarbeitung und Kritik unserer Fehler.

Folkerts: Sie wollen uns und unsere Geschichte nach wie vor auslöschen.

Dellwo: Ich kann das ganz einfach nicht, ich kann da nicht hingehen und mich taktisch äußern. Wenn sie es darauf ankommen lassen und solche Anforderungen stellen, dann kann man nur zu seiner Sache stehen. Es hat immer zu wenig Leute in dieser Linken gegeben, die auch mal ihren Kopf für etwas hinhalten. Ich meine das ganz undramatisch. Ich laß mir von denen auch keine moralischen Vorhaltungen machen. Wir haben eine andere Moral.

Ebermann: Das ist wahr, keiner, der in einer Lebenssituation ist wie zum Beispiel ich, weiß genau, was politische Differenz etwa zu euch war und was Rücksichtnahme auf die eigene Sicherheit. Die ganze Geschichte der Linken und der RAF war niemals nur eine Geschichte der politischen Differenz, sondern immer auch eine Geschichte vorhandener oder fehlender Bereitschaft, das, was man für richtig hält, auch zu tun. Die Bereitschaft zur Konsequenz muß unbedingt verteidigt werden gegen die Propaganda, daß der Erfolg das alleinige Kriterium für politisches Handeln sei. Wenn wir das nicht tun, werden wir zukünftig auch das nicht mehr machen können, was sehr individuell getan werden müßte. Es gibt ja immer wieder Situationen, wo man am großen Lauf der Geschichte gar nichts ändern kann und dennoch sehr unterschiedliche Möglichkeiten des persönlichen Verhaltens hat. Beispiel Nationalsozialismus: Da konnte man bestimmt keine erfolgversprechende Gegenmacht organisieren. Aber man konnte einen Verfolgten verstecken, und man hätte dieses Verstecken weit überhöht, wenn man gesagt hätte, man arbeite damit gerade an dem Projekt, Hitler zu stürzen. Man konnte es bloß tun oder lassen.

Taufer: Das ist ein wichtiger Punkt. Es geht nicht nur um unsere Situation, wenn wir auf einer korrekten und kritischen Aufarbeitung unserer Geschichte bestehen. Es geht auch um die Linke draußen. Und wenn du den Frieden von Brest-Litowsk anführst: Der taktische Kompromiß, den Lenin da gemacht hat, war nicht nur eine Entlastung für die Oktoberrevolution, er war auch eine Belastung für andere. Wenn wir den Frieden machen würden, den man von uns verlangt, wäre das langfristig auch eine Belastung für die Linke. ■

ZUM RAF-PAPIER

"Es stirbt allerdings ein jeder. Frage ist nur wie und wie Du gelebt hast und die Sache ist ja ganz klar: KÄMPFEND GEGEN DIE SCHWEINE als MENSCH FÜR DIE BEFREIUNG DES MENSCHEN: Revolutionär, im Kampf - bei aller Liebe zum Leben: den Tod verachtend. Das ist für mich: dem Volk dienen - RAF."

(aus dem letzten Brief von Holger, 31.10.74)

Wir haben am 22.4.92 gesagt: "Der Kampf geht gemeinsam weiter."
Wir wollen jetzt (22.5.92) genauer sagen, welche Notwendigkeit/Bedeutung militanter Widerstand in der BRD hat. Wir verstehen dies auch als Antwort auf das, was die Genossinnen aus der Guerilla am 10.4.92 formuliert haben. Wir akzeptieren die Entscheidung der Genossinnen als eine Entscheidung, die sie für sich treffen. Zugleich kritisieren wir das, was in ihrer Erklärung in einer ganzen Reihe von Passagen politisch zum Ausdruck gebracht wird, in scharfer Form.
Zur Klarstellung: Die taz irrt, wenn sie uns in ihrer Ausgabe vom 25.4.92 als "RAF-Splittergruppe" bezeichnet. Wir begreifen uns als Teil des Widerstands in der BRD. Wir haben unsere eigene Formen militanter Politik und werden diese weiterentwickeln. Sonstige Spekulationen überlassen wir jenen, die die Verfolgung von Menschen, die in der BRD Widerstand leisten, ihren Beruf nennen.
Während die Herrschenden aus dem, was sie das "Ende der RAF" nennen, das Ende des militanten Widerstands in der BRD schlußfolgern und dies, propagandistisch aufbereitet, in ihren Medien verkünden lassen, ist unsere Vorgehensweise diametral entgegengesetzt: wir wollen aus den theoretisch/praktischen Erfahrungen der Guerilla (und das heißt eben auch: aus ihren Fehlern) lernen und zur Weiterentwicklung von militanter Politik in diesem Land beitragen. Dies geschieht zu einer Zeit, in der die Totalität des Systems den Menschen, die hier nach einer gesellschaftlichen Alternative suchen, praktisch keinen realen Freiraum mehr läßt.
In den 22 Jahren, in denen die ROTE ARMEE FRAKTION bewaffnet gekämpft hat, zeigte sie immer wieder, daß Angriffe auf das Herz des Staates auch in der BRD, d.h. in einer der hochgerüsteten Zentralen des imperialistischen Gesamtsystems, möglich sind. In den letzten Jahren waren diese Angriffe nicht mehr Bestandteile einer Strategie, ohne die revolutionäre Politik aber nicht möglich ist. Dafür trägt die Guerilla nicht allein die Verantwortung, sondern es sind Versäumnisse von allen, für die "zusammen kämpfen" keine hohle Phrase ist.
Es sind also nicht die Angriffe als solche, die wir kritisieren; dadurch, daß sie nicht in eine umfassende Politik eingebettet waren, konnten die Angriffe ihre potentielle politische Wirkung nicht mehr entfalten. Trotzdem: über die gelungenen Aktionen gegen Herrhausen und Rohwedder haben sich mehr Menschen still und heimlich gefreut, als es die Genossinnen vermuten und die Herrschenden zugeben wollen. Wir grüßen das Kommando Ulrich Wessel!
Für uns steht die inhaltliche Bestimmung revolutionärer Politik im Vordergrund.
Selbstverständlicher Bestandteil dieser Politik ist weltweit der Kampf für die Freiheit der Genossinnen, die in den Knästen/Lagern des Imperialismus sitzen.

Was die Genossinnen betrifft, die von der BRD gefangengehalten werden, sind unsere Forderungen: Freilassung aller Gefangenen aus RAF und Widerstand in einem überschaubaren Zeitraum, insbesondere die sofortige Freilassung von Isabel, Ali und Bernd, die haftunfähig sind! Sofortige Zusammenlegung der Gefangenen aus RAF und Widerstand! Keine neuen Prozesse gegen Genossinnen, die bereits im Knast sitzen! Angelika und Ute dürfen nicht erneut eingeknastet werden! Für die ausländischen Genossinnen: sofortige Freilassung und die Möglichkeit, in ein Land ihrer Wahl ausreisen zu können!

Die Guerilla hebt in ihrer Erklärung die "Fraktionierung" der Staatsschutzapparate in einer Weise hervor, die wir für unangebracht halten. Einheitliches Ziel der Strategen wie Stahl (BAW), Werthebach (BfW) oder dem mittlerweile zum Außenminister avancierten Kinkel ist die Befriedung der Verhältnisse im Innern der BRD, d.h. der Auftrag der herschenden Eliten an die Politik lautet:

Es darf keinen sichtbaren Widerstand geben, der in der Lage wäre, der Totalität des Systems eine Grenze zu setzen. Die Staatsschutzapparate sind aber mit der Tatsache konfrontiert, daß das Mittel der Vernichtungshaft für dieses Ziel nur bedingt tauglich ist. Kinkels Initiative ist der Versuch, für eine längere Phase den Widerstand in der BRD zu lähmen, in der Hoffnung, ihn letztendlich beseitigen zu können.

Für Kinkel sind die Gefangenen nur Mittel zum Zweck; die Menschenverachtung seiner Politik wird in manchen seiner Äußerungen, in denen er die Geiselfunktion der Gefangenen kaum noch verschleiert, sehr deutlich. Die in der KGT koordinierten Figuren glauben, die Menschen, über die der Staat im Knast unmittelbare Verfügungsgewalt hat, gegen die Menschen ausspielen zu können, die gegen dieses System aufstehen. Das ist der Kern des Befriedungskalküls.

Kinkel nannte im ZDF unser erstes Schreiben ein "Störmanöver" gegen seine Politik. Was Karieristen wie er offenbar nicht begreifen können: es ist das System selbst, aus dem die Widersprüche kommen. Solange das System hier und weltweit Menschen unterdrückt, wird es Widerstand dagegen geben.

Die Tatsache, daß wir in einem Land kämpfen, in dem es bisher keine einzige erfolgreiche und zugleich befreiende Revolution gab, in einem Land, in dem als besonders bösartige Variante des Faschismus der "Nationalsozialismus" regieren konnte, in einem Land, in dem es nur spärliche Widerstandstraditionen gibt, erhöht die Bedeutung von Kontinuität im Widerstand. Daraus folgt: das was Genossinnen in ihrer Analyse als richtig/entscheidend vor Jahren erkannt haben, muß auf die aktuelle gesellschaftliche/politische Situation bezogen treffend angewandt werden.

Am 6.5.76, zwei Tage vor ihrem Tod, wurde Ulrike in Stammheim vom italienischen RA Capelli besucht. In ihrem Bericht vom 7.5. über das Gespräch sagt sie u.a.: "Die Funktion der reaktionären Integration Westeuropas für die Konterrevolution in der Dritten Welt und die Entwicklung des Nord-Süd-Antagonismus, überhaupt der Zusammenhang Kampf in den Metropolen und Entwicklung der Front in der Dritten Welt - die Rede davon erstaunte ihn (d.h. den Capelli)."

Militanter Widerstand in der BRD hat als strategisches Ziel: die Verbindung herstellen zwischen den Kämpfen im Trikont und dem, was hier (potentiell) an Widerstand vorhanden/entwickelbar ist. Wir wolen das näher erläutern.

Zum einen: angesichts des Ausmaßes an Ausbeutung/Vernichtung menschlicher Existenz im Trikont ist es die verdammte moralische Pflicht von allen, die sich in der BRD als linksradikal begreifen, hier immer neu zum Angriff zu kommen. Deshalb verstehen wir auch das Entsetzen der ausländischen Genossinnen, mit denen wir geredet haben, über die Erklärung der Guerilla; sie können nicht verstehen, wie Genossinnen, die wissen müßten, daßder Krieg, den die imperialistischen Eliten gegen die Menschen im Trikont führen, jeden Tag weitergeht, es vor sich selbst verantworten können, den bewaffneten Kampf in der BRD einzustellen.

In einer Front mit denen, die im Trikont Widerstand leisten, zusammen kämfen!

Zum anderen: wir müssen ausgehen von der aktuellen gesellschaftlichen Realität in der BRD. Die relative Stabilität des Systems in den Metropolen beruht darauf, daß es den Herrschenden immer wieder gelingt, eine tatsächliche/vermeindliche Interessenidentität mit Menschen bis weit in den "Mittelstand" zu erzeugen. Das System ist (noch) in der Lage, die integrativen Mechanismen, die dazu notwendig sind, der jeweils aktuellen Situation anzupassen. Das ist jedoch nur ein (wenn auch der bestimmende) Teil der Realität in der BRD.

Auszugehen haben wir von den sozialen Konflikten/Stimmungslagen, die es in den "unteren Schichten" dieser Gesellschaft gibt; und hier ist die Situation z.B. so:

im Asylbewerberheim in Hünxe erleidet die 8-jährige Zeinap beim Überfall einer Skin-Clique so schwere Verbrennungen, daß sie ihr Leben lang entstellt bleiben wird; in Magdeburg wird der 23-jährige Torsten auf einer Geburtstagsfeier von einem Skinhead erschlagen; ein 28-jähriger Iraner verhindert seine drohende Abschiebung in die Türkei auf dem Weg zum Rhein-Main-Flughafen, indem er sich im BGS-Fahrzeug die Pulsadern aufschneidet; ein 18-jähriger wird von den Schließern, nachdem er um 15.30 Uhr in den Höchster Knast transportiert wurde, um 18 Uhr erhängt aufgefunden; in der BRD nehmen sich "statistisch" pro Tag vier Jugendliche das Leben; ein 44-jähriger Arbeitsloser in Zepernick erhängt sich in seinem Vorgarten unmittelbar vor der gerichtlichen Zwangsräumung; von 14000 Selbstmorden 1990 wurden 4100 von Menschen verübt, die älter als 60 waren; in Oschersleben besetzen 50 Arbeitslose das Landratsamt und beginnen einen Hungerstreik; nach 18 Jahren setzen Arbeiterinnen im "öffentlichen Dienst" wieder einen Streik gegen den Willen der Arbeitgeber und der Gewerkschaftsfunktionäre durch; in BaWü und SH gehen 30% erst gar nicht zur "Wahl", während zwei faschistoide Parteien "Erfolge" erzielen.

Auszugehen haben wir von dieser Realität in ihrer ganzen Widersprüchlichkeit. Auszugehen haben wir von den Mechanismen, mit denen das System die Angst vor Armut (angesichts von 3 Millionen Arbeitslosen und 352000 Obdachlosen) für seine Zwecke funktionalisiert. Dort, wo die integrativen Mechanismen versagen, entlarvt sich die herrschende Politik als das, was sie gegenüber dem Trikont sowieso ist: nämlich als menschenverachtend. Diese Politik versucht darauf

hinzuwirken, daß sich Haß/Wut/Verzweiflung/Resignation gegen die eigene Person oder gegen noch Schwächere richtet und nicht gegen die Herrschenden.
Indem militante Aktionen diese Strategie durchkreuzen, entfalten sie ihre politische Wirkung: aus der jeden Tag in der Metropole erfahrenen Destruktion menschlicher Werte heraus wird im Angriff auf die Eliten, die Konzerne, die Repressionsorgane usw. der Ausweg gefunden, d.h.: der Schritt vollzogen, ohne den es keine Freiheit geben kann.
Freiheit ist nur möglich im Kampf um Befreiung!
Alle Menschen, die in den Metropolen Widerstand leisten, entdecken, daß ihr Gegner im Kampf um Befreiung derselbe ist, gegen den die Völker im Trikont ein menschenwürdiges Leben zu erkämpfen versuchen.
Internationale Solidarität ist das, was die Herrschenden am meisten fürchten.

Wir wollen noch auf drei Einzelpunkte aus der Erklärung der Guerilla hinweisen, die nicht unwidersprochen bleiben dürfen:

Der erste Punkt betrifft den Zusamenbruch der Staaten, die sich "sozialistisch" nannten.
Die Guerilla stellt "katastrophale auswirkungen für millionen von menschen weltweit" fest. Das muß präzisiert werden: katastrophale Auswirkungen hat dieser Zusammenbruch tatsächlich für die Menschen etwa in Cuba oder Vietnam (ein Beispiel: 1991 erkrankten erstmals 1,1 Millionen VietnamesInnen an Malaria, von denen 4500 starben; vorher hatte die SU kostenlos für die Versorgung mit Medikamenten gesorgt). Auch hat sich die materielle Situation für eine Reihe von Befreiungsbewegungen verschlechtert. Aber: wenn die Guerilla feststellt, daß "alle, die rund um den globus um befreiung kämpfen, auf sich selbst zurückgeworfen" wurden, so ist das schlicht falsch.
Auch vor 1989 war klar: jedes Land entwickelt antiimperialistischen Widerstand aus seinen eigenen authentischen Bedingungen. Diejenigen, die 1992 überall auf der Welt genauso Widerstand leisten wie 1985 oder 1989, demonstrieren eindrucksvoll, daß die Unterstellung, sie würden völlig von den "sozialistischen" Staaten abhängen und für deren Ziele arbeiten, im wesentlichen eine imperialistische Propagandalüge war.
Die Klarheit der Konfrontation (auf der einen Seite: der Imperialismus; auf der anderen Seite Menschen die um Befreiung kämpfen) ermöglicht RevolutionärInnen hier und im Trikont ein neues Selbstbewußtsein !

Der zweite Punkt betrifft den Begriff "soziale Gefangene", den die GenossInnen benutzen, sogar ohne das Wort "sozial" wenigstens mit Anführungszeichen zu versehen. Wir lehnen diesen Begriff ab. Das Knastsystem der BRD ist ein spezifischer Ausdruck des Gesamtsystems, das wir bekämpfen. Wir grüßen alle Gefangenen, die in den Knästen der BRD sitzen!

Der dritte Punkt betrifft folgendes: die Guerilla formuliert, daß es "die frage" sei, "ob deutsche soldaten wieder gegen andere völker marschieren...". Tatsache ist: auf der 33.

Kommandeurstagung in Leipzig haben Figuren wie Rühe oder Naumann keinen Zweifel daran gelassen, daß sie langfristig bewaffnete Out-of-area Einsätze der BRD Streitkräfte anstreben.
Entscheidend ist aber die derzeitige Rolle der BRD im Nato-Block: die neuen Stationierungs-verträge implizieren, daß die BRD auf unabsehbare Zeit Durchgangsstation/Nachschublager für die weltweiten militärischen Interventionen des US-Imperialismus bleiben soll. Sogar abgesehen davon ist die Rolle der BRD eindeutig: mit 6.455 Milliarden Dollar gehört sie zu den 4 größten Financiers des Golfkriegs.
Treffend dargestellt wurde der Unterschied zwischen US- und BRD-Imperialismus schon 1971 im "Konzept Stadtguerilla": "Nicht weniger aggressiv als der US-Imperialismus ist sie (d.h. die BRD) doch weniger angreifbar."
Kohl sagte auf dem Jahreskongreß der US-amerikanischen Zeitungsverleger in New York: "Wir nehmen die Einladung Präsident Bushs an, 'partners in leadership' zu sein." Der Gegner hat sich dadurch hinreichend selbst charakterisiert.
Überall in der Welt leisten Menschen, die in antiimperialistischen/antikapitalistischen/antirassistischen/antipatriachalen Kämpfen gegen das System aufstehen, militanten Widerstand:
von Los Angeles bis Lima, von Durban bis Qalqilia, von Cizre bis Cagayan.

**IN DER BRD SIND MILITANTE AKTIONEN NICHT NUR MORALISCH NOTWENDIG,
SONDERN AUCH POLITISCH SINNVOLL !
WIDERSTAND HEISST ANGRIFF !**

"Aber das sind wir, da kommen wir her: die Brut aus den Vernichtungs- und Zerstörungsprozessen der Metropolengesellschaft, aus dem Krieg aller gegen alle, der Konkurrenz jeder gegen jeden, des Systems, in dem das Gesetz der Angst, des Leistungsdrucks herrscht, des einer-auf-die-Kosten-des-anderen, der Spaltung des Volks in Männer und Frauen, Junge und Alte, Gesunde und Kranke, Ausländer und Deutsche und der Prestigekämpfe. Und da kommen wir her: aus der Isolation im Reihenhaus, in den Betonsilos der Vorstädte, den Zellengefängnissen, Asylen und Trakts. Aus der Gehirnwäsche durch die Medien, den Konsum, die Prügelstrafe, die Ideologie der Gewaltlosigkeit; aus der Depression, der Krankheit, der Deklassierung, aus der Beleidigung und Erniedrigung des Menschen, aller ausgebeuteten Menschen im Imperialismus. Bis wir die Not jedes einzelnen von uns als Notwendigkeit der Befreiung vom Imperialismus, als Notwendigkeit zum antiimperialistischen Kampf begriffen haben und begriffen, daß es mit der Vernichtung dieses Systems nichts zu verlieren, im bewaffneten Kampf aber alles zu gewinnen gibt:
die kollektive Befreiung, Leben, Menschlichkeit, Identität; daß die Sache des Volkes, der Massen, der Fließbandarbeiter, der Lumpen, der Gefangenen, der Lehrlinge, der untersten Massen hier und der Befreiungsbewegungen der Dritten Welt unsere Sache ist. Unsere Sache: bewaffneter, antiimperialistischer Kampf die Sache der Massen und umgekehrt - auch wenn das erst in einem langwierigen Prozeß der militär-politischen Offensive der Guerilla, der Entfesselung des Volkskriegs real werden kann, real werden wird."
(aus der Rede von Ulrike zu der Befreiung von Andreas, Moabit, 13.9.74)



Anmerkungen zum RZ-Papier "Gerd Albartus ist tot"

1. Das Papier provoziert viele Gedanken, und ich möchte mich schon von Vornherein dafür entschuldigen, daß ich mir nicht die angemessene Zeit nehmen kann, um vollständig darauf zu antworten. Ich beziehe mich auf eine englische Übersetzung des Papiers.

2. Das Papier versucht sich mit vielen - zu vielen - politischen Fragestellungen und Themen auf unterschiedlichen Abstraktionsebenen auseinanderzusetzen - dem Tod von Gerd Albartus, der Selbstkritik zu Entebbe, der (ideologischen und strategischen) Beschaffenheit von internationaler Solidarität in den Metropolen, das Verhältnis der deutschen Linken zu Antisemitismus und zu Israel. Diese im wahrsten Sinne des Wortes Fragen auf Leben und Tod können nicht auf diese Art abgehandelt werden. Es geht nicht nur darum, daß das Papier viele Fragen unbeantwortet läßt: die Art und Weise, wie Fragestellungen und Themen - wenn auch unbeabsichtigt - miteinander verbunden werden, grenzt an Prinzipienlosigkeit. Um spezifisch zu sein, der rein sachliche Satz "Gerd Albartus ist tot" ist offensichtlich geschrieben worden, um eine tiefe emotionale Reaktion hervorzurufen; eine Reaktion, die die/der LeserIn (zumindest dieser Leser) überwinden muß, um sich objektiver und politisch mit dem, was folgt, auseinanderzusetzen. Das ist nicht fair.

3. Ich stimme mit der RZ überein, daß der momentane Triumphalismus der kapitalistischen Länder keine Entschuldigung dafür sein kann, Kritik und Selbstkritik abzublocken. Es ist wichtiger, daß wir uns in dieser Zeit stärken, als daß wir uns darüber Sorgen machen, daß wir angesichts der Gegner geschwächt werden. Ich glaube, daß alle Bewegungen, einschließlich der palästinensischen Bewegung, wenn nötig in einer konstruktiven Weise kritisiert werde können und müssen. Ich habe selbst einen Artikel in einer linken US-Zeitschrift veröffentlicht, in dem ich diejenigen, die für den Angriff auf die Achille Lauro und die Ermordung von Klinghoffer verantwortlich waren, wegen Antisemitismus kritisiert habe und bestimmte Angriffe auf Fluggesellschaften und Flughäfen als terroristisch in ihrer Gleichgültigkeit gegenüber dem Leben von ZivilistInnen kritisiert habe.

4. Ich habe eine Kritik an der RZ für die Art und Weise, wie sie die Ermordung von Gerd Albartus diskutieren. Er scheint ein wundervoller Genosse gewesen zu sein, und ich trauere um seinen Tod. Aber ich weiß immer noch nicht, wer ihn hingerichtet hat. Die RZ sagen, daß sie keine konkreten Zusammenhänge diskutieren können. Ich finde das sehr problematisch. Wessen Sicherheit schützen sie, indem sie sich weigern, einfach die Gruppe zu spezifizieren ? Angesichts der Abwesenheit dieser einen konkreten Information (keine andere detaillierte Information wäre notwendig), stimme ich der Kritik zu, daß dieses emotional beladene öffentliche Papier ein schlechtes Licht auf den gesamten palästinensischen Widerstand wirft. Ich stimme mit dem Statement der RZ " ... weil fast niemand im Stande ist, das Geflecht der palästinensischen Organisationen und Fraktionen zu durchschauen ..." nicht überein und bin darüber eigentlich verärgert. Ich hatte auch den Eindruck, daß es in

dem Papier eine Andeutung gab, daß Gerd getöt wurde, weil er schwul war. Andererseits gibt es seitens der Rz in dem Papier eine nominelle Weigerung, über Motive zu spekulieren, die dann von Spekulation gefolt wird. " ... dort stoßen Ansichten und Verhaltensweisen, die nicht mit den gewohnten Mustern übereinstimmen, auf Mißtrauen und Ablehnung" und " ... und daß in einer solchen Welt eine schwule Identität per se auf Argwohn stößt...". Wenn die RZ glauben, daß Gerd getötet wurde, weil er schwul war, dann sollten sie das sagen und klar machen, daß sie sich nicht sicher sind. Wenn Homophobie in dieser Gruppe [des palästinensischen Widerstands] so extrem ist, dann müssen wir das wissen. Andeutungen jedoch führen zu Mißtrauen, aber geben uns keine Informationen oder Möglichkeiten zur Auseinandersetzung. Das schwächt politisch und persönlich.

5. Den Statements, daß es oberflächlich und kurzsichtig wäre, bewußte Entscheidungen mit dem Zwang der Situation, in denen sie getroffen wurden, zu entschuldigen , stimme ich zu. Wir müssen diese Zwänge verstehen, um zu verstehen, warum ein schreckliches Unrecht verübt wurde, aber wir werden unsere Fehler niemals dadurch korrigieren, wenn wir uns nur an den Bedingungen orientieren. Es stimmt auch, daß es viele Organisationen gibt, die unter brutalen Bedingungen gekämpft haben und trotzdem der Brutalität nicht erlegen sind.
Aber ich denke, daß die RZ die Unterscheidung zwischen den zwei Arten von Organisationen zu rigide trifft, wenn sie z.B. die Schuld der Männerherrschaft oder dem leninistischen Organisierungsmodell zuschreibt. Organisationen, wie auch Individuen, haben die Fähigkeit sowohl große Fehler zu begehen als auch, sie zu berichtigen. Um einen großen deutschen Denker zu zitieren (Goethe): "Ich habe niemals von einem Verbrechen gehört, von dem ich mir nicht vorstellen könnte, es selbst zu begehen."
Es dient der breiteren politischen Argumentation der RZ, diese rigiden Unterscheidungen zu treffen, aber ich bin nicht sicher, ob das mit den Lehren aus der jüngsten Geschichte übereinstimmt. Es war sicherlich kein Zufall, daß die RZ ein Zitat von einem revolutionären Dichter, der von seiner eigenen Organisation getötet wurde, benutzt hat. Ist die ERP dazu verdammt " die Sprache der zukünftigen Diktatoren zu sprechen" ? Sollten wir nicht der Tatsache Beachtung schenken, daß Commandante Villalobos die Gelegenheit seiner ersten öffentlichen Rede an das Volk von El Salvador dazu nutzte, um eine Selbstkritik seiner Organisation für die Ermordung von Roque Dalton abzugeben ? Sicherlich wurde die FLP in El Salvador durch die internen Morde ziemlich zerrüttet, und trotzdem scheinen sie in der Lage gewesenen zu sein, sich zu verändern und eine positive Rolle im Kampf der Menschen zu haben. Ich kann die Zukunft in El Salvador nicht vorhersehen, aber ich bin zuversichtlich, daß die ERP und FLP weder die Revolution verraten werden noch romantische Verlierer sein werden.
Mein Punkt ist einfach - Organisationen und Bewegungen sind komplex, und ihre Aktionen und ihre Politik können sich mit der Zeit und als Ergebnis sowohl von internen Auseinandersetzungen als auch durch Auseinandersetzungen mit Anderen verändern. Die RZ vermittelt wenig von der Art und Weise der Auseinandersetzung zwischen den Organisationen, die stattgefunden hat.

6. Ich habe einige Erfahrungen im Aufbau von Beziehungen zwischen antiimperialistischen Gruppen und Organisationen aus nationalen Befreiungsbewegungen gemacht, obwohl meine Erfahrung wahrscheinlich sehr begrenzt ist im Vergleich zu denen der RZ. Ich fand diese Erfahrungen wichtig, politisch und persönlich bereichernd, manchmal frustrierend und fast immer schwierig. Als RevolutionärInnen aus den Metropolen vertreten wir weder viel von einer sozialen Bewegung, noch haben wir ausgedehnte Erfahrungen in vielen Bereichen des Kampfes. Es gibt sowohl auf einer strategischen als auch auf einer taktischen Ebene oft eine große Diskrepanz zwischen unseren Organisationen und denen unserer GenossInnen aus den nationalen Befreiungsbewegungen. Wir können leicht dazu kommen, daß wir das Gefühl haben, daß wir wenig anzubieten haben, außer bestimmten Arten von materieller Unterstützung. Im Bewußtsein unserer eigenen Unerfahrenheit und vielleicht unseres eigenen Rassismus oder nationalem Chauvinismus neigen wir dazu, Vorschlägen, die gemacht werden, unkritisch zuzustimmen.
In meiner Erfahrung gibt es mindestens zwei Hauptfehler in dieser Art von Verhältnis. Der erste ist, daß wir und die GenossInnen aus den nationalen Befreiungsgruppen auf einer politischen Ebene alle als RevolutionärInnen in unseren jeweiligen Ländern handeln. Das macht unsere Kämpfe nicht gleich, aber es macht uns zu GenossInnen und schafft eine Basis für Beziehungen mit hohen Prinzipien, die auf gegenseitigem Respekt und Kritik/Selbstkritik basieren. Der zweite Fehler ist, daß wir selten "unkritisch" sind; vielmehr halten wir unsere Kritik zurück und führen keine offene Auseinandersetzung mit der anderen Organisation. Stattdessen wächst die Ablehnung und bricht oft an einem kritischen Punkt abrupt und übertrieben heraus. Anstatt daß wir unkritisch waren, waren wir tatsächlich ohne Prinzipien, indem wir die Auseinandersetzung um die Fragen nicht geführt haben.
Organisationen in den Metropolen müssen für unsere Politik und unsere eigene Sicherheit verantwortlich sein. Es kann gut sein, daß in Beziehungen zwischen Organisationen Unterschiede und Differenzen aufkommen, und sie können entweder an einem bestimmten Punkt in der Geschichte gelöst werden oder eben nicht. Wenn nötig, können Beziehungen auf einer organisatorischen Ebene beendet werden, aber ich würde das nicht als ein Ende unserer antiimperialistischen Verantwortlichkeiten oder als Unfähigkeit zu Veränderungen über eine längere Zeit ansehen. Unsere und ihre Organisationen können sich verändern. In meiner eigenen Erfahrung habe ich gesehen, daß Gruppen in Bezug auf gesellschaftliche Fragen wie Frauenbefreiung und Rechte von Schwulen und Lesben ihre eigenen tief verwurzelten Positionen kritisiert und in der Praxis verändert haben.
Es ist oft sehr schwierig, gemeinsame Projekte durchzuführen, oder Kader aus einer Gruppe direkt unter die Führung einer anderen Gruppe zu stellen. Dafür müssen Richtlinien aufgestellt werden, die so detailliert wie möglich sein sollten. Es ist jedoch meine Feststellung, daß oft die Handvoll Kader, die an einem solchen Unternehmen beteiligt sind, qualitativ mehr zu internationaler Solidarität beitragen könnten, indem sie in den Metropolen bleiben und dort kämpfen. Das muß nicht auf gelegentliche Einzelpersonen mit besonderen Fähigkeiten zutreffen, und das sind die Fälle, wo klare Übereinkünfte notwendig sind.

7. Ich habe gehört, daß einige Leute die Fakten, wie sie von der RZ zu Entebbe dargestellt werden, in Frage stellen. Ich weiß nicht, was ich von der Selbstkritik halten soll, wenn die Tatsachen falsch sind, so daß ich für mein Anliegen, sie so akzeptieren werde, wie sie [in dem Papier] dargestellt werden.
Zuerst, Entebbe:
Wenn es eine "Selektion" von jüdischen Passagieren gab, war sie antisemitisch und muß von Menschen mit Prinzipien abgelehnt werden. Aber ich habe Schwierigkeiten mit der Selbstkritik der RZ in Bezug auf Antisemitismus. Irgendwie wird die "Besonderheit" der Beziehung der Deutschen zu den Juden und zum Holocaust zu der moralischen Grundlage für die politische Unterstützung des theokratischen [auf Religion basierend, Anm. d. Ü.] Staats Israel. Dieses "besondere Verhältnis" ist vom deutschen Staat für seine massive Unterstützung für Israel benutzt worden; jetzt benutzt eine revolutionäre Gruppe die gleiche Begründung, um zu fast (nicht völlig) der gleichen Schlußfolgerung zu kommen. Das scheint nicht richtig zu sein.
Meiner Ansicht nach müssen progressive Menschen aller Nationalitäten Antisemitismus ablehnen, weil Antisemitismus eine Philosophie und Praxis ist, die Haß gegen eine bestimmte religiöse Gruppe fördert, der alleine auf Religionszugehörigkeit und zu einem gewissen Ausmaß auf genetischer Abstammung basiert. Wir kämpfen für Gleichberechtigung und ein Ende von allen Formen von Diskriminierung und Unterdrückung; wir glauben, daß Individuen aufgrund ihrer Handlungen und nicht ihrer Rasse, ihres Geschlechts, ihrer Religion, und ihrer sexuellen Zuordnung beurteilt werden sollen. D.h., wenn Antisemitismus von Deutschen abgelehnt werden muß, dann muß er genauso von AmerikanerInnen, von PolInnen, von PalästinenserInnen etc. abgelehnt werden. Weil Antisemitismus moralisch falsch und verabscheuungswürdig ist, und nicht wegen des Holocaust. Gleichzeitig kann ich verstehen, daß Antisemitismus ein akuteres Problem in Deutschland sein mag, während Rassismus gegen Schwarze Menschen ein akuteres Problem in den USA sein mag. Es gibt jedoch bestimmte politische und kulturelle Grundsätze, die sowohl Rassismus als auch Antisemitismus zugrunde liegen, und es überrascht mich nicht, die wachsende rassistische Gewalt in Europa und das Wiedererstarken von Antisemitismus in den USA zu sehen.
Das Papier der RZ führt diesen Grundsätze einen Schritt weiter, um politische Unterstützung für den momentan bestehenden Staat Israel zu rechtfertigen. Wieder denke ich, daß die "Besonderheit" irreführend ist. Wenn es stimmen würde, daß es richtig ist, daß es einen theokratischen jüdischen Staat gibt, dann ist genauso richtig für mich in den USA wie für die RZ in der BRD, diesen Staat zu unterstützen.
Viele Jahre lang hatte ich den Eindruck, daß die israelischen Aktionen - Aktionen eines aggressiven und unterdrückerischem Staats - aus aus der Tatsache stammen, daß Israel eine Siedlerkolonie ist. Daher war die palästinensische Forderung nach einem säkularem, demokratischen Staat ganz klar die korrekte und progressive Lösung für das Problem. Wenn das für mich jedoch die korrekte Lösung war, dann war sie auch für die RZ korrekt. Und wenn der PNC [Palästinensische Nationalkongreß] eine Zweistaaten-Lösung verlangt, würde ich sagen, daß es für uns alle richtig ist, dies zu unterstützen und die Realität zu erkennen, daß der israelische Staat real physisch existiert und der palästinensische Staat nicht. Wenn die RZ nicht die Israelis gegenüber den PalästinenserInnen privilegieren wollen, dann sollten sie erkennen, daß das Thema immer noch Unterstützung für die PalästinenserInnen ist. Genauso wie sie erkennen konnten, daß wir auf der Linken nicht zu sehr darüber besorgt sein sollten, denjenigen "Munition zu liefern", die ohnehin nicht schlecht bewaffnet sind, so sollten sie auch erkennen können, daß die Israelis dieser Tage ziemlich gut bewaffnet sind und die Unterstützung der RZ wirklich nicht benötigen.
Ich verstehe die Begründung der RZ nicht; so lange wie Euro-AmerikanerInnen Antisemitismus nicht "ausrotten" können, hat Israel als ein theokratischer Staat das Recht , PalästinenserInnen auszuweisen und zu unterdrücken. Ich weiß, daß es das alles sehr einfach macht, aber dies scheint mir ihre dem zugrundeliegende Position zu sein. Selbst wenn ich für einen Moment ihre Maßstäbe akzeptiere, ist es denn wahr, daß Israel als ein theorkratischer und expansionistischer Staat die Fähigkeit der Juden zu überleben gesichert hat ? Wenn die BRD und die USA Israel nicht massive militärische und wirtschaftliche Unterstützung geben würden, würde Israel in einer relativ kurzen Zeit zusammenbrechen.
Wie die RZ, bin auch ich von der Stärke des Nationalismus überrascht; die Ereignisse in Mittel- und Ost-Europa sind sicherlich auffallend gewesen. Trotzdem kommt es mir so vor, daß die RZ unter dem Deckmantel des "Realismus" einem tiefen Zynismus zum Opfer gefallen sind. Während sie einerseits behaupten, daß sie ihre Kritik nicht auf den gesamten palästinensischen Befreiungskampf verallgemeinern, scheinen sie andererseits ziemlich sicher zu sein, daß die PalästinenserInnen sich in "Monster" verwandeln würden, sobald sie als ein Nationalstaat zusammengeballt wären. Ich nehme dann an, daß die RZ auch nicht den Republikanischen Kampf in Nordirland unterstützen kann, weil siegreiche RepublikanerInnen LoyalistInnen nur auf die gleiche Art behandeln würden, wie sie selbst behandelt worden sind. Aber ist das wahr ? Selbst bei der Durchführung des bewaffneten Kampfes versuchen die RepublikanerInnen ihre Ziele politisch und nicht sektiererisch zu halten. Es sind Fehler gemacht worden, aber sie werden eingestanden und kritisiert. Und umgekehrt - tun das die Briten und Loyalisten auch ? Haben die AfrikanerInnen in Zimbabwe, Angola oder Mosambik die EuropäerInnen auf die gleiche Weise behandelt, wie sie selbst während der Kolonialzeit behandelt wurden ?
Ich habe den Eindruck, daß die RZ und ich in einigermaßen unterschiedlichen historischen Zeiten gelebt haben. Ich weiß, daß in kürzlich befreiten Ländern tiefe soziale Probleme weiterhin exisitieren, aber ist es nicht klar, daß sie niemals gelöst werden können, während die Herrschaft durch andere Staaten weiter existiert ? Die RZ hat ein Recht auf ihr eigenes politisches Leben, unabhängig davon wie beschränkt und besonders es in Bezug auf die "Besonderheit" von Deutschland sein mag, aber es scheint mir, daß sie nahe daran sind, eine gesamte historischen Realität zu negieren.
Ein letztes Wort zum Thema Antisemtismus: Ich bin mir überhaupt nicht sicher, daß die RZ das inzwischen verstanden hat. Bei dem Versuch , zu erklären, wie ihre Kader jüdische Passagiere "selektieren" konnten, führen sie " historische Amnesie und moralischen Desintegration " an. Das kann sein ... aber vielleicht war der Grund Antisemitismus, unabhängig davon, wie

"antifaschistisch" die GenossInnen waren. Wenn du ihn [Antisemitismus] bekämpfen willst, dann mußt du ihn erkennen und ihn als das benennen, was er ist.

Zweitens, die Entführung von Schleyer:
Die RZ kritisiert die Entführung der Lufthansa Maschine. Ich stimme ihrer Kritik zu. Wie ich schon vorher angeführt habe, habe ich ähnliche Aktionen öffentlich kritisiert. Obwohl die letzendlichen Motivationen und Ziele der Linken humanistisch sind, denke ich, daß etwas Wahres an der Beobachtung ist, daß Gewalt Sensibilitäten abstumpfen kann. Selbstgerechtigkeit, ein Verständnis der schrecklichen Ungerechtigkeiten, die vom imperialistischen System verübt werden, und eine tiefe Überzeugung, daß wir für die Zukunft kämpfen müssen, kann manchmal zu der "das Ergebnis rechtfertigt die Mittel" Philosophie führen, wie sie von der RZ diskutiert wird. Ich bin inzwischen zu der Ansicht gekommen, daß es wahrscheinlicher ist, daß "die Mittel das Ergebnis gestalten werden".
Ich möchte jedoch auch darauf hinweisen, daß mehrere der wichtigsten palästinensischen Organisationen Flugzeugentführungen als eine Taktik auch abgelehnt haben. Ich denke, daß es wichtig ist, auf diese Tatsache hinzuweisen. Seit einer Anzahl von Jahren ist es die offizielle Politik des Exekutivkomitees der PLO, das extra-territoriale Aktionen gegen Israel nicht von mit der PLO verbundenen Gruppen ausgeführt werden. D.h. , es scheint, daß das Verständnis der RZ von revolutionärer Moral von den meisten palästinensischen Gruppen geteilt wird.

8. Ich möchte nur noch eine weitere Anmerkung machen. In der Mitte des Papiers scheinen die RZ zu sagen, daß die Grundlage für ihren Antiimperialismus ein Verständnis war, daß nationale Befreiung und soziale Befreiung ein gemeinsamer Prozeß wäre. Es ist klar, daß dies nicht immer der Fall war, obwohl ich ihr Statement, " daß die Machtübernahme den sozialen Gehalt der Revolution in fast allen Fällen eher zerstörte als entfaltete" für übertrieben und irreführend halte. Stammt diese Beobachtung aus Diskussionen mit den Frauen aus Nicaragua, Cuba oder Vietnam ?

Ich stimme nicht mit der Analyse der RZ über die Grundlage von Antiimperialismus überein. Selbstbestimmung ist weltweit als ein Menschenrecht anerkannt und sollte allein auf dieser Grundlage unterstützt werden. Ich denke auch, daß das Erreichen von Selbstbestimmung von unterdrückten Nationen in der Zeit nach dem 2. Weltkrieg zumindest zeitweise die US-geführte imperialistische Koalition und das gesamte Modell kapitalistischer Akkumulation geschwächt hat. Es mag vielleicht einen erfolgreichen Versuch der Bourgeoisien geben, dieses Modell zu reformieren, aber dies ist mehr unsere Veranwortung in den Metropolen als eine Reflektion auf [die Fehler] der kürzlich befreiten Länder. Schließlich glaube ich im Gegensatz zu der RZ nicht, daß nationale Befreiung "in fast allen Fällen" zu Rückschritten im Prozeß der sozialen Befreiung geführt hat.

Das Papier wirft noch viele andere Fragen auf, die Anmerkungen verdienen, und könnte Diskussionen über die komplexen ungelösten Fragen bei der Zusammenführung von internationaler Solidarität mit Befreiungspolitik in den Metropolen anregen. Ich habe weder die Energie noch die politische Klarheit, mich in diese Fragen hineinzustürzen, aber ich kann sagen, daß ich von der Kontinuität des Konzepts von "Selbst"-Bestimmung beeindruckt bin, das so vielen sozialen Kämpfen in den Metropolen zugrundeliegt und der "Selbstbestimmung" von unterdrückten Nationen. Was alle diese Kämpfe mit "Revolution" zu tun haben, ist etwas, das wir alle sowohl in der Theorie und in der Praxis herausfinden müssen. Ich bin nicht sicher, ob wir in dieser konkreten Zuspitzung zu einer Antwort kommen können, und ich denke nicht, daß wir uns damit lähmen sollten, "revolutionäre" Strategien herauszufinden. Hoffentlich ist unser Verständnis für Recht und Unrecht, Gerechtigkeit und Ungerechtigkeit intakt, und kann uns in einer düsteren Zeit, in der alte Theorien und Strategien sich als ernstlich fehlerhaft erwiesen haben, den Weg weisen.

ein US-amerikanischer politischer Gefangener aus dem weißen anti-imperialistischen Widerstand

im April 1992

Anmerkung der ÜbersetzerIn: Dieser Text bezieht sich auf das RZ-Papier "Gerd Albartus ist tot". Da es unmöglich ist, die gesamte Papierflut zu diesem RZ-Papier zu übersetzen (das gilt auch für andere Erklärungen), können GenossInnen aus anderen Ländern -sowohl in den Knästen als auch draußen - Diskussionen hier immer nur bruchstückhaft vermittelt werden.

---

5. Juni: Video: "Daß alle sich erheben"
Guatemala/BRD 1992, 55 min. OmU, von Ludger Pfanz und Gülsel Özkan.
Ein Video über Guatemala und die Kampagne "500 Jahre Widerstand"
(El Locco, 18:00 Uhr)

6. Juni Workshop zur Umsetzung der Kampagne "500 Jahre Widerstand"
Mit Marlen Chow, Koordinatorin der Kontinentalen 500-Jahr-Kampagne, und Cyril Omier, Koordinator des MADA, das für die Autonomie der nicaraguanischen Atlantikküste eintritt.
In Arbeitsgruppen sollen hierbei zwei Aspekte diskutiert werden: Autonomiebestrebunge als Teil einer Kontinentalen Kampagne und die politischen Grenzen und Möglichkeiten kontinentaler Organisierung. (Anmeldung unter 693 40 29 erwünscht) (FDCL, Projekttutorium Conquista am LAI, Autonomia)
(Kaufhaus Kato, 11:00 Uhr)

6. Juni: Karnevalsumzug "Feiern wir die 500 Jahre Eroberung"
Vom Kudamm zum Winterfeldplatz. (Quilombo)

6. Juni: 16mm Film: Sonne der Hyänen
NL/Tunesien 1977, 100 min., Regie: Ridha Behi
Die ökonomischen und sozialen Verhältnisse in einem nordafrikanischen Fischerdorf werden zerstört, als dort ein deutscher Konzern, unterstützt von der einheimischen Regierung, ein modernes TouristInnenzentrum errichtet. Eine augenöffnende Kritik und sehenswerte Stellungnahme zum Tourismus in Ländern der "Dritten Welt".
(El Locco, 18:00 Uhr)

6. Juni: Video: Amor Amerika
BRD/Argentinien, 1989, 107 min. von Ciro Cappellari
Der Film erzählt die Geschichte der Eroberung des südlichen Argentiniens und die daraus folgenden Geschichten der Unterdrückung der Urvölker, die Geschichte vom Überleben eines Genoids.
(El Locco, 21:00 Uhr)

7. Juni: Video: El banquete del gobierno
Von Bernardo Sequeira, 16mm
(Lateinamerikanische Frauengruppe in Zusammenarbeit mit Nozizwe und Autofocus)
(Kaufhaus Kato, 18:00 Uhr)

7. Juni: Riots in Los Angeles und anderswo
Hintergrund, Analyse und Ausblick (angefragt, Termin noch nicht sicher)
(Kaufhaus Kato, 19:30)

7. Juni: Video: Amor Amerika
BRD/Argentinien, 1989, 107 min. von Ciro Cappellari
Der Film erzählt die Geschichte der Eroberung des südlichen Argentiniens und die daraus folgenden Geschichten der Unterdrückung der Urvölker, die Geschichte vom Überleben eines Genoids.
(El Locco, 21:00 Uhr)

7. Juni: Video: "Daß alle sich erheben"
Guatemala/BRD 1992, 55 min. OmU, von Ludger Pfanz und Gülsel Özkan.
Ein Video über Guatemala und die Kampagne "500 Jahre Widerstand"
(El Locco, 21:00 Uhr)

NEUKÖLLN

Demnächst in diesem Haus ...



Kindl-Festsäle (Hermannstraße)

Unsere Demo am 21.05. unter dem Motto: Wir lassen uns nicht vertreiben - Gegen ein Neukölln der Reichen, sollte ein weiterer Schritt zur Gegenmacht sein. Die Umstrukturierungsdampfwalze sollte auch in Neukölln zum Stehen gebracht werden. Aber wie sollte dies angesichts der Masse von ca. 73 DemoteilnehmerInnen gelingen?
Ein Schwerpunkt neben Anti-Rassismus war unsere Forderung: Her mit den Kindl-Festsälen. Diese sind ein wichtiges Teil der Umstrukturierungspläne der Verplanungsstrategen. Wegen der Planung eines Luxushotels durch die Bauwert-Spekulantenbande, stehen die Säle seit geraumer Zeit leer.

Das ist doch echt Scheiße!

Wir wollen kein Luxushotel mit feinen Pinkels, wir wollen ein Kiezzentrum nach unseren Vorstellungen, gerade auch weil immer mehr von unseren Projekten durch Mietwucher der Garaus gemacht werden soll. Wir wollen zusammen mit den gefährdeten Projekten und noch vielen anderen ein lebendiges Kiezzentrum in den Kindl-Sälen schaffen, mit Punkkonzerten, mit SeniorInnen-Tanz, mit Quitsch-Diskos, mit Bingoabenden und natürlich als Raum für den alltäglichen anti-rassistischen Kampf und andere politische Initiativen.

Ist doch ne tolle Idee!

Dafür brauchen wir Dich, Dich und Dich und Du da brauchst jetzt auch nicht weiterblättern. Damit dies nicht nur ne tolle Idee bleibt, zählen wir auf Euch: denkt Euch jetzt schon mal was aus, wir Ihr uns unterstützen könnt. Bis demnächst an, um und in den Kindl-Sälen.

Krümel bleibt, wir auch, und du !!?

P.S. Die Demo hat trotzdem Spaß gemacht, bäh!
P.P.S. Wenn die Interim unser Flugblatt (stehen echt viele tolle Infos drin) abgedruckt hätte, könnten wir uns langweilige Wiederholungen sparen.

MAGDEBURG

Einiges zum Trauermarsch am 23.5. in Magdeburg

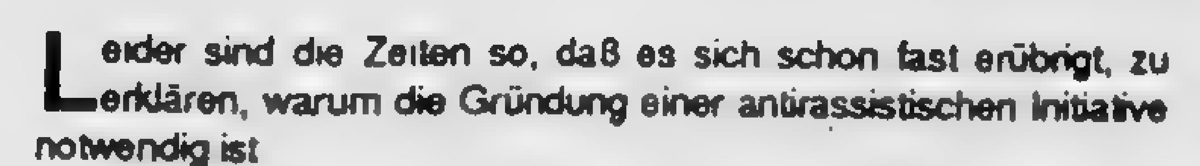
Eigentlich fehlt mir ja jegliche Berechtigung zu einer Kritik an dem oben genannten Trauermarsch, zumindest dann, will ich Ignoranz mit Nichtexistenz ins Verhältnis setzen.
Durch die Männerorientierte Sprache, die durch den Lauti tönte,durften sich eh nur TeilnehmeR vorhanden und registriert fühlen. Daß sich an der Trauerdemo, an deren Vor- und Nachbereitung auch Frauen beteil-ig(t)en, wurde mit der allzu bekannten Arr oganz schlichtweg "vergessen". Wodurch wiedereinmal mehr zum Ausdruck kam, wie sehr unsere geliebte Scene von den patriachalen Gesellschaftsnormen geprägt ist.
Ein Thema womit mann u./frau sich jeden Tag auf´s neue auseinandersetzen müßte, um damit fertig zu werden. Aber es scheint doch dermaßen tabuisiert zu sein, daß ♀ und ♂ lieber einmal mehr noch darüber (miteinander) schlafen, in der Hoffnung der Konflikt löse sich von alleine.
Aber nicht nur als Frau, sondern auch als Demonstrantin mit politischem Anspruch gerate ich voll ins Niemansland des Trauermarsches.
Denn laut letzten Mobilisierungsbrief und Lautsprecherwagen, sollten möglichst alle politischen Zusammenhänge mit dem Mord außer Acht gelassen werden. Es bleibt da nur ein völliges Rätsel, ob die ganzen 4000-5000 Leute, die zur Trauerdemo kamen, "Lampe" alle gekannt haben, so daß sie um ihn persönlich trauern konnten. Ich denke mir, sie kamen, weil "Lampe" ein Opfer des faschistischen Terrors geworden ist, der in Deutschland HERRscht. (Oder will mir etwa jemand erzählen, er wurde ermordet, weil er Torsten hieß ?)
Es kann und wird jederzeit neue Tote geben, wenn wir die politischen Zusammenhänge verdrängen wollen. Wenn wir unfähig sind, aus ihnen die Schlußfolgerung zu ziehen, machen wir uns selber zu Opfern und zu Mitschuldigen.

SCHLAGT ZURÜCK !
WEHRET (EUCH) DEN ANFÄNGEN !
WANDELT WUT UND TRAUER IN MUT UND POWER !

Grüße aus Erfurt

WER WIR SIND: DAS ANTIRASSISTISCHE TELEFON OSTBERLIN




Leider sind die Zeiten so, daß es sich schon fast erübrigt, zu erklären, warum die Gründung einer antirassistischen Initiative notwendig ist

- Die Serie der rassistischen Morde und Überfälle reißt nicht ab.
- Die PolitikerInnen beweisen durch ihre Gesetze und Beschlüsse tagtäglich, daß ihre "Ausländerfreundlichkeit" aufgesetzt und verlogen ist.
- Deutsche BürgerInnen demonstrieren offen ihren Haß gegen und ihre Verachtung für alle "Nicht-Deutschen".

Bereits bestehende Pläne, ein antirassistisches Infotelefon auch in Ostberlin aufzubauen, scheiterten bisher daran, daß kein geeignetes Telefon zur Verfügung stand.

Nach längerer Wartezeit erhielt der Baobab-Infoladen endlich seinen Telefonanschluß. Leider hat die Telekom auch gelegent- liche Störungen mitgeliefert: Manchmal kommen Anrufe nicht an, obwohl die AnruferInnen das Freizeichen hören.

Seit Mitte Februar betreiben wir, eine noch kleine Gruppe von Menschen, das Antirassistische Telefon Ostberlin im Baobab -Infoladen

Die beiden Antirassistischen Telefone in Ost- und Westberlin und das Antifa-Info-Telefon sind keine "Konkurenzunternehmen". Sie arbeiten zusammen und ergänzen sich. Wir betrachten den Ostteil der Stadt als unser Hauptarbeitsgebiet, interessieren uns aber auch für rassistische und antirassistische Aktivitäten im Umland von Berlin.

Durch das Sammeln von Informationen, eigenen Nachforschungen aufgrund der bei uns eingegangenen Meldungen, gezielte Öffentlichkeitsarbeit und Beteiligung an Aktionen wollen wir dazu beitragen:

- den gewalttätigen Terror gegen "Nicht-Deutsche" zu stoppen.
- rassistische Diskriminierungen aufzudecken und ihnen ein Ende zu setzen.
- die Gegenwehr der Betroffen zu unterstützen.

Wenn Ihr von rassistischen Übergriffen oder Diskriminierungen betroffen seid oder von solchen erfahrt: Ruft uns an - oder schreibt. Wir überlegen dann gemeinsam mit Euch, was im konkreten Fall gemacht werden kann. Allerdings sind wir entgegen gelegentlich geäußerter Erwartungen keine antirassistische "Feuerwehr". Das heißt, in den wenigsten Fällen werden wir aufgrund eines Alarmanrufes unverzüglich an den Ort eines aktuellen Geschehens eilen und eingriffen können.


Unsere Adresse:

- **AntirassistischesT elefon;**

Ostberlin: 42 694 51
Winsstr.53
Dienstag bis Donnerstag von 12.00 bis 22.00 Uhr

Spenden zur Unterstützung unserer Arbeit bitte auf das Konto:

- **Baobab-Infoladen e.V., Winsstr. 53,**

0-1055 Berlin
Berliner Sparkasse
Bankleitzahl: 100 500 00
Girokonto : 411 352 0297
Stichwort: Antirassistisches Telefon

Bei einer Auseinandersetzung in einem China-Restaurant in Neukölln, wo sich führende Personen der Naziorganisation "Deutsche Liga für Volk und Heimat" befanden, kam der Nazifunktionär G. Kaindl ums Leben und zwei weitere Nazis wurden verletzt. Über diesen Vorgang braucht man nichts weiteres zu sagen, denn wer Rassismus und Faschismus sät, erntet Gegengewalt.

ANTIFA

Am 12.5. wurden 12 Wohnungen von türkischen Antifaschisten und Antifaschistinnen durchsucht und zwei Personen zum Verhör mitgenommen. Diese Aktion, bei der sich hunderte von Bullen beteiligten, begründeteten sie mit dem Verdacht der Beteiligung an der Auseinandersetzung im China-Restaurant und der Tötung von G. Kaindl. Bei den Durchsuchungen wurden die Wohnungen teilweise verwustet. Bei den Leuten, die nicht zu Hause waren, wurden die Türen aufgebrochen, Telefon- u. Notizhefte, Bücher und Zeitschriften und sogar schmutzige Wäsche wurden als Beweismittel verschleppt.

Die Leute, bei denen die Durchsuchungen stattfanden wurden von den Bullen bedroht. Mit psychologischen Druck versuchten sie die zum Verhör mitgenommene Person zum Geständnis zu zwingen, einem anderen boten sie 15.000 DM Belohnung für eine Aussage an.

Während im letzten Jahr mindestens 17 Menschen von Nazis umgebracht wurden, sahen die Bullen mehr oder weniger tatenlos zu. Aber in diesen Fall, bei dem ein Nazi umgekommen ist, setzen sie eine Sonderkomission von 20 Personen zusammen, stellen eine Belohnung von 15.000 DM zur Verfügung, observieren 24 Stunden am Tag Treffpunkte von türkischen Jugendlichen und Antifaschisten, teilweise auch Einzelpersonen, nehmen willkürlich Leute von der Straße mit zum Verhör und jetzt durchsuchen sie 12 Wohnungen. Bei dieser Tatsachen fällt auf, wie die Bullen mit zweierlei Maß messen: Einerseits die Tatenlosigkeit bei Naziangriffen und -aktionen und andererseits hier der Versuch, den sich immer weiter entwickelnden antifaschistischen Widerstand zu kriminalisieren, zu isolieren und zu zerschlagen.

Ein Beispiel liefern die Ereignisse in Magdeburg. Dort wurde ein Punk von Nazis ermordet und drei Leute schwer verletzt. Die Bullen, die bei dem Naziangriff vor Ort waren, sahen tatenlos zu. Obwohl die Bullen die Nazis sahen, wurden diese nicht festgenommen. Obwohl die Bullen wissen, welche Nazis diesen Angriff organisierten und ausführten, wird nicht wie im Kaindl Fall vorgegangen. Obwohl die Bullen genügend Informationen zu den verschiedensten Naziangriffen haben, behaupten sie immer, daß sie nicht genügend Beweise hätten, um direkt handeln zu können. Aber im Kaindl Fall, wo sie selber sagen, daß sie überhaupt keine Beweise in der Hand haben, werden türkische Antifaschisten wie Schuldige behandelt.

Und dies tun sie deswegen, weil sie natürlich nicht wollen, daß wir uns gegen den Naziterror organisieren. Die Herrschenden brauchen den Rassismus zu ihrer Herrschaftssicherung und sie brauchen die Nazis, die den Rassismus in die Gesellschaft verwurzeln. Die Herrschenden schützen ihre Handlanger vor denen, die gegen sie Widerstand leisten. Doch im eigentlichen Sinne schützen sie ihre eigenen Interessen.

Genau an diesem Punkt wird deutlich daß der antifaschistische Widerstand sich deutlich gegen die Interessen des Staates und der Herrschenden stellt. Aus diesem Grund sieht die staatliche Politik gegen den Widerstand so aus, daß Antifaschisten physisch und psychisch unter Druck gestzt werden, daß durch Hetzpropaganda, Kriminalisierung und Polizeiterror versucht wird, antifaschistische Gruppen aus der Gesellschaft zu isoliern und somit den Widerstand zu zerschlagen.

Freunde
täglich werden Menschen Opfer von Naziangriffen, täglich werden Läden, Wohnungen und Flüchtlingsheime angegriffen. Trotz diesen Tatsachen wird von uns erwartet, daß wir zu diesen Angriffen schweigen, daß wir uns nicht wehren, daß wir darauf warten die nächsten Opfer zu werden.

Ohne uns.

Zu schweigen und nicht gegen die menschenverachtenden Nazis Widerstand zu leisten, kann nicht von uns erwartet werden. Weder Nazi- noch Bullenterror kann uns von unserem Widerstand gegen Rassismus abbringen. Der Kampf gegen Rassismus, Naziterror und staatliche Unterdrückung ist ein gerechter Kampf, und keine Macht kann diesen Kampf aufhalten

Auch wenn der Feind uns einzuschüchtern versucht, dürfen wir nicht vergessen, daß der Angriff auf einzelne von uns ein Angriff auf uns alle ist. Es ist möglich und notwendig diesen Angriffen auf uns etwas entgegenzusetzen. Es ist notwendig unseren Kampf entschlossener und besser organisiert weiter zu führen.

Die Solidarität unter uns und die Verwirklichung eines aktiven Widerstandes ist und bleibt unsere einzige Waffe.

Wir sind im Recht und wir werden siegen!

Gemeinsam gehört uns die Zukunft!

Gegen Rassismus, Nazi- und Bullenterror!

ANTIFASCHIST GENCLIK





zentrale Infostelle :
über das Internationalismus-Ref.
des AStA der Uni Köln
Universitatsstr. 16
5ooo Köln 41
tel. nicht mehr erreichbar

EXPO lizei-Terror

Verhaftungen und Prügelorgien der spanischen Polizei gegen DemonstrantInnen und GegnerInnen der Weltausstellung 92 in Sevilla

INTERVIEW

Kannst du uns die Stimmung unter den Teilnehmerinnen und Teilnehmern des Kongresses in Sevilla schildern, angesichts der überraschend wenigen Teilnehmenden und der immer offensichtlicheren Entschlossenheit von Staat und Bullen, jeglichen Protest brutal zu verhindern?

Das sind zwei verschiedene Fragen. Der Kongreß "Eucuentro International de Solidaridad" war ursprünglich von einer großen Anzahl von Internationalismus-3.Welt- und solidaritätsgruppen geplant und vorbereitet worden. U.a. aufgrund von inhaltlichen und organisatorischen Querelen war im Vorfeld schon ein Großteil des linken und linksradikalen Spektrums abgesprungen. Als VeranstalterInnen tratgen nun v. a. die Grüne Partei, Ökopax-Gruppen etc. auf. Die meisten von uns waren weniger wegen der geringen TeilnehmerInnenzahl frustriert (statt der erwarteten 1000 - 2000 waren zwischen 70 und 200 Menschen anwesend) als aufgrund der autoritär durchgezogenen und inhaltlich gänzlich unbefriedigenden Podiumsveranstaltungen. Dazu kam das Verbot sämtlicher öffentlicher Veranstaltungen und die Verbannung hinter verschlossene Türen bzw. auf einen Campingplatz, 25 km vor Sevilla.

Jetzt komme ich zum zweiten Punkt. Das Jahr 1992 spielt für den spanischen Staat eine ganz besondere Rolle. Die Weltausstellung EXPO soll Spanien präsentieren als vollwertiges Mitglied des Großmachtraums EG, seine Eignung für High-Tech Investitionen. Darüberhinaus werden in einer gigantischen Propaganda-Show die 500 Jahre Eroberung und Kolonialismus uminterpretiert zur " Entdeckung Amerikas" und besonders zu einer "Begegnung zweier Welten". Und der spanische Staat ist wild entschlossen, diese ideologische Kulisse, hinter der es um die Durchsetzung handfester wirtschaftlicher und politischer Interessen geht, mit allen Mitteln aufrechtzuerhalten.

Wenn du mitkriegst, wie selbst dieser kleine Gegenkongreß dauernd mit Auflagen und Verboten schikaniert und halbwegs vereitelt wurde, KongreßteilnehmerInnen offen und verdeckt observiert wurden (z.B. daß Zivis vor den Telefonzellen stehen und sich Telefonnummern notieren und du beim Telefonieren gefilmt wirst, oder du schon so eingeschüchtert bist, daß du beim Sit-In vor der EXPO nicht mitmachst und dich hundert Meter entfernt aufhälst und trotzdem von Zivis fotografiert wirst mit der Bemerkung: "Du kommst hier nicht mehr weg"), dann ist es nachvollziehbar, daß einige TeilnehmerInnen aus Lateinamerika sich stark an die Zustände unter den diktatorischen Regimes ihrer Heimatländer erinnert fühlten.

Spendenaufruf
Für die Betreuung der noch Inhaftierten sind wir dringend auf Spenden angewiesen. Bitte überweist auf folgendes Konto:
Holger Recktenwald
Stadtsparkasse Köln BLZ 370 501 98
Kto. 5873 740 Stichwort "Sevilla"

Warum seid ihr auf den Campingplatz außerhalb Sevillas "umgezogen"? Welche Rolle spielt dabei der Bullenterror der ersten Tage in Sevilla?

Die scharfen Schüsse auf die kleine Spontandemo, die zuvor parolenrufend und -sprühend durch die Gassen gezogen waren und lediglich ein paar Mülleimer und ein Auto den anfahrenden Bullen in den Weg gestellt hatten, erzwugten ein Gefühl von Ohnmacht und Angst. Nachdem am Montag auch das kleine, wirklich niemand behindernde Sit-In vor einem EXPO-

Eingang von einer Anti-Terror-Einheit ohne Vorwarnung auseinandergeschlagen wurde und, ebenso wie nach der Demo am Vortag, im Anschluß daran wahllos Leute aus weit entfernten Bars und Kneipen gezerrt, verprügelt und verhaftet wurden, entstand bei vielen die blanke Panik. In der ganzen Stadt gabś keinen Platz, wo wir dieser brutalen und absolut willkürlichen Unterdrückung entgehen konnten. Auf den Straßen bewegten wir uns nur zu zweit oder zu dritt; wenn wir FreundInnen oder GenossInnen trafen, gingen wir wie an Unbekannten vorbei und tauschten höchstens ganz schnell zwei/drei Worte aus, um ja nicht als Teil einer Gruppe erkennbar zu sein.
In dieser Situation entschieden sich ca. 25 Menschen, wieder auf den Campingplatz in Mairena zu schlafen, dieser Terror des Staatsapparates war für uns nicht mehr auszuhalten. Wenigstens für eine Nacht wollten wir mal Ruhe haben, und die hatten wir ja auch bis zum Frühstück.

Wie spielte sich eure Verhaftung auf dem Campingplatz ab?

1) Die meisten von uns saßen grad auf dem Boden in einer Runde am Frühstücken, als wir draußen auf der Straße in 150m Entfernung lange Reihen von Polizeifahrzeugen auffahren sahen. "Ruhe, keine Panik, die kommen nicht wegen uns." Während wir noch auf die Wannen draußen starrten, kamen von verschiedenen Seiten mehrere Einsatz- und Zivilfahrzeuge zwischen den Bäumen auf und zugefahren. Ca. 20 - 30 vermummte Polizisten eines sonderkommandos (wahrscheinlich einer Anti-Terror-Einheit) trieben uns zusammen, glücklicherweise ohne von ihren Knarren und Stöcken Gebrauch zu machen, wie am Vortag.

2) Einige Autos und Polizisten schwirrten gleich sternenförmig wieder aus, um das restliche Gelände, Waschräume usw. zu durchkämmen. In 100m entfernung waren hinter vergitterten Fahrzeugen Beamte mit Maschinenpistolen in Deckung gegangen. Unsere Pässe wurden eingesammelt; danach wurden wir einzeln aufgerufen, uns auf einem Weg zu versammeln. Dabei wurden nicht nur unsere Gesichter, sondern auch Gang und Bewegung vom Dokumentations-Trupp festgehalten.

3) Einzelne Zelte wurden von leitenden Beamten (so Miami-Vice-Typen) durchwühlt und ihre Funde ebenfalls vom Doku-Trupp gefilmt. Die Zuordnung der Zelte geschah dann dadurch, daß wir - jeweils in Begleitung der nun unmaskierten Beamten - unsere Wertsachen aus den Zelten holen sollten, was ebenfalls akribisch auf Film gebannt wurde. Während der ganzen Zeit wechselten wir so gut wie kein Wort, weil das bedrohliche Auftreten des Sonderkommandos klar vermittelte, daß es bei der geringsten Aufmüpfigkeit mehr als nur auf die Glocke geben würde. Danach wurden wir durchsucht und abgetastet und dann mit 19 Leuten in einen Gefangenentransporter gesteckt. Auf einer Fläche von 1,5 x 2m und 1,50m Höhe waren wir über eine Stunde zusammengepfercht, bei einer Schattentemperatur von über 30 Grad. Im Fahrzeug wird es zwischen 60 und 70 Grad gehabt haben. Zwei waren bei der Ankunft auf dem Kommisariat fast ohnmächtig, mehrere andere hatten Kreislaufzusammenbrüche.
Das ganze vermittelte den Eindruck einer Übung des Kommandos für die Bekämpfung vermeintlicher ETA-Mitglieder und schien bis in die letzte Einzelheit perfekt.

4) Aber dann geben ein paar kleine Pannen im Nachhinein wieder Grund zum Schmunzeln;
- jedes kleine, noch so unbedeutende Papierschnipselchen wurde konfisziert, aber das dritte Reisverschlußfach einer Gürteltasche, mit etlichen schriftlichen Unterlagen und Adressen zum Kongreß (und genau darauf waren sie angeblich scharf) blieb unentdeckt.
- Der Fahrer unseres Busses war kurz vor unserer Verhaftung mit dem Fahrrad Richtung Sevilla aufgebrochen. Unterwegs begegnete er der Polizeikolonne, die ihn auch erkannte. Ein Fahrzeug wendete, um ihn zu packen. Er hatte sich aber geistesgegenwärtig mit seinem Zweirad ins Feld geschlagen und konnte entkommen!
Tragisch hingegen war der Morgen für einen anderen Deutschen. Am Morgen war Am Vorabend war er mit dem Zug aus Madrid angereist und aufgrund der repressiven Situation in Sevilla mit uns auf den Campingplatz gefahren. Da er uns nicht kannte, hat er die Nacht auch in Abstand zu uns übernachtet. Trotzdem wurde er mitverhaftet und auch seine Zugfahrkarte, die er vorweisen konnte, bewahrte ihn nicht davor, unser Schicksal zu teilen.

Unter welchen Bedingungen warst du und die anderen im Knast?

Es fällt mir schwer, diese Frage zu beantworten. So manche Minute der dort durchlebten Menschenverachtung, Brutalität und Erniedrigung war weit beklemmender als es eine faktische Beschreibung rüberbringen kann. Bei mir war es so, daß ich nach der Rechtsbelehrung und dem Verlesen des Vorwurfs 2 Tage lang in eine Einzelzelle geperrt wurde. Eine Übersetzung auf Deutsch gab es nicht, ebensowenig die Möglichkeit zu telefonieren. Nach 48 Stunden sah ich das erste Mal eine Anwältin, die ich aber nie vertraulich sprechen konnte, weil immer Bullen mitanwesend waren und zudem die angebliche Dolmetscherin (sie konnte mir noch nicht einmal den Anklagevorwurf auf deutsch übersetzen!) meine Fragen zuerst den Bullne sagte und nur mit deren Einverständnis die Anwälte befragte. Schlimmer ging es allerdings z.B. denen, die jetzt noch einsitzen. Sie hatten auch beim Untersuchungsrichter nur Pflichtverteidiger; einer von denen sagte, er wäre nur als Zeuge da, verteidigen und den Angeklagten helfen könne er nicht.

2 Tage einzelhaft; dann wieder eine Nacht mit drei Leuten auf einer Fläche von 1,6 x 1,7m bei 30-35 Grad und Dauerbeleuchtung. Zu essen gabs zwischen 14 und 16 Uhr sowie nachts um 11 je 1-2 belegte Brötchen. Flüssigkeitsaufnahme war nur an einem versifften Wasserhahn über einem Spülplatz möglich. Und auch das nur ca. 3-4 Mal pro Tag nach langen Schreien und Auffordern, in Kombination mit dem Gang zur Toilette. Mal kam ich auch länger als 15 Stunden nicht dazu. Die Leute von Sonntag sind fast alle bei ihrer Verhaftung mehrere Minuten auf alle Körperteile geschlagen worden und mußten Spießrutenlaufen. auch im Knast bekamen Leute den Schlagstock zu spüren, als sie mal lachten und sich freuten über ihren Freispruch, bevor sie in den Abschiebeknast kamen.

So wurde dauernd auf verschiedenen Ebenen eingemacht: Die körperlichen Angriffe, Vergewaltigungsdrohungen und sexistische Anmache gegen Frauen, die erniedrigende Behandlung wie z.B. die völlige Verweigerung hygienischer Bedürfnisse (Binden, Klopapier, Seife...), die völligeUnsicherheit und das Gefühl von Ausgeliefertsein (viele haben 5 Tage lang weder AnwältIn noch DolmetscherIn gesehen). Da gibts noch hunderte von haarsträubenden und erschreckenden Einzelheiten, die ich jetzt aber nicht weiter ausführen will, um noch Platz für weitere Fragen zu lassen.

Wie schätzt du/ihr die angriffe auf den Widerstand gegen die EXPO ein? Welches Kalkül könnte dahinterstecken, auch im Hinblick auf die Olympiade in Barcelona und dem WWG in München?

Ja, bei der politischen Einschätzung fällt mir gleich eine Zeitungsmeldung aus der FR vom 6.5 ein. Sevilla könnte ein Test gewesen sein, wieviel Aufsehen so ein Aufsehen des Staatsapparates unter den laufenden Kammeras der Weltpresse erzeugt. Und sie können sehr beruhigt sein: Die Zeitungen haben nicht viel geschrieben. Die empörung einiger Rundfunk-JournalistInnen können sie wohl verschmerzen. Ob das die europäische Linie wird, nicht nur jegliche Form von Widerstand zerschlagen zu wollen, sondern auch kleine Treffen von (noch nicht mal unbedingt system-) kritischen Stimmen mit einer gigantischen Repression zu überziehen, müssen wir aufmerksam beobachten.

Zurück nach Spanien: Der Verweis auf die franquistischen Kontinuitäten greift m.E. zu kurz. 15 Jahre "demokratische Öffnung" und 10 Jahre Sozialdemokratie unter Felipe Gonzales bestimmen die heutige politische Realität in Spanien. Anders als die Franco-Diktatur, die jede Regung von Protest sofort zu unterdrücken versuchte, haben die "Sozialisten" zunächst den Großteil des Widerstandpotentials integriert, um dann den Rest umso rücksichtsloser verfolgen zu könen. So erklärt sich, daß geggen die Weltausstellung mi ihren z.T. gravierenden Folgen für die Menschen in Andalusien (die Mieten haben sich in den letzten zwei Jahren mehr als vervierfacht. Wasserknappheit in einigen Regionen, da für die EXPO soviel benötigt wird; High-Tech-Ansiedlungen von IBM und Siemens, die den Großteil des über 200 ha großen Areals nach der EXPO übernehmen wollen, mit schwerwiegenden sozialen und kulturellen Veränderungen...) nur knapp 400 Menschen einmalig auf der Straße protestieren, aber täglich mehr als 200.000 Leute in die EXPO strömen. Und so erklärt sich auch, daß (außer im Baskenland) nur Menschenrechtsorganisationen und kleine Gruppierungen gegen die Vorgänge im April protestierten.

Wenn es der spanischen Regierung lediglich darum gegangen wäre, eine ungestörte Jubelfeier in Sevilla durchzuziehen, dann hätte sie besser gar nix unternommen. Erst die Polizeiaktionen, die mit Sicherheit politisch gewollt und geplant waren, brachten uns in die Presse. Insofern liegt die Vermutung nahe, daß Sevilla auch als "Warnung" an diejenigen zu verstehen ist, die Aktionen gegen das zweite Weltereignis 92 in Spanien, die Olympiade in Barcelona, vorhaben. Die Staatsmaschinerie hat gezeigt, daß sie nicht nur gegen die kleine Polítszene in Sevilla, sondern auch gegen die weit besseren Strukturen in Katalonien mit größter Härte vorgehen wird. Daß, die auch in bürgerlichen spanischen Medien anerkannten "faktischen Mächte", Militär, Kapital und Kirche diesen EXPOlizeiterror an den politisch Entscheidenden vorbei durchgezogen haben, glaube ich nicht. Dazu liegt er zusehr genau auf der Madrider Linie mit der Bekämpfung des baskischen Befreiungskampfes oder mit dem neuen, extrem verschärften Gesetz für öffentliche Sicherheit und Ordnung "Leg Corcuera".

REBELLION IN LOS ANGELES

– Interview von Radio Dreyeckland mit Aquinele von der New African People's Organisation –

Du benutzt nicht das Wort Rassenunruhen, sondern Rebellion und Reservate anstatt Ghetto. Warum diese Terminologie?

Das Wort Rassenunruhen ist vereinfachend, weil die Rebellionen einen sozio-ökonomischen Hintergrund haben und weil auch andere Leute, eben Nicht-Schwarze daran beteiligt waren. Außerdem wurde nicht willkürlich geplündert, sondern gezielt Alkoholgeschäfte zerstört, die einen schlechten Einfluß in den Black-Communities haben.

Die Jugendgangs, die sich vorher gegenseitig bekämpft haben, haben sich vereint und sagen, sie werden gegen die Polizei und die Unterdrückung kämpfen und die Black-Communities verteidigen. Einige von ihnen verglichen, als sie interviewt wurden, die Situation in Los Angeles mit der Intifada in den besetzten Gebieten von Palästina. Sie haben es öfters mit Soweto verglichen, mit dem Widerstand der Jugend in Soweto. Das zeigt, daß sie politisiert sind und nicht nur im Bezug zu den Ereignissen in LA, sondern auch zu den Dingen und Geschehnissen, die ihre Erfahrung ausmachen, in LA zu leben. Und sie vergleichen sich mit anderen kolonialisierten Menschen auf der ganzen Welt.
Du fragst, warum wir es Reservate nennen?
Wir nennen es, hier in Nordamerika, Reservate, um dadurch einen Vergleich mit der Situation der Indianer in unserem Land oder mit den Menschen in Südafrika, die unter der Apartheid leben, zu machen, daß es in den Köpfen der Menschen klar ist, daß das dasselbe ist. Sie sehen so die Ähnlichkeit des Leidens innerhalb der Grenzen Nordamerikas. Deswegen definieren wir es als Reservate, oder als besetzte Gebiete. Und wie die Polizei in unseren Communities handelt ist wie eine Besatzerarmee. Sie beschützt Eigentum, aber nicht unser Leben. Sie sieht und behandelt uns als ihren Feind.

Eine weitere Frage zur Terminologie. Es gibt eine Entwicklung der Begriffe Neger, Schwarze, Afro-Amerikaner und ihr benutzt jetzt Afrikaner in Amerika. Warum?

Oder New Africans. Wir benutzen diese Terminologie und definieren uns als solche, weil die afrikanischen Menschen in Amerika niemals die Wahl hatten, sich als amerikanische Bürger zu fühlen. Tatsache ist, daß wir nicht als Bürger behandelt werden, sondern als kolonialisiertes Volk. Und weil wir als kolonialisiertes Volk behandelt werden, nehmen sich viele von uns das Recht auf Selbtbestimmung und wir zeigen unser Streben nach einem eigenen Staat und eigener Regierung. Deshalb nennen wir uns New Africans - und das sind wir ja auch. Wir sind Nachfahren von verschiedenen afrikanischen Ethnien, woraus in der Zeit der Sklaverei in den USA ein Volk hervorgegangen ist. Wir entwickelten eine gemeinsame Identität, eine gemeinsame Kultur, ein gemeinsames Bewußtsein, wenn man das so sagen will. So können wir uns als New Afrikans sehen.

Wer war an der Rebellion in L.A. und den anderen US-Städten beteiligt? Arbeiter, Arbeiterinnen, Mittelschichtsleute oder wer und wie ist überhaupt die Situation, in diesem imperialistischen-kapitalistischen System zu leben?

Hauptsächlich waren die Leute, die auf der Straße waren, Leute aus der Arbeiterklasse, Studenten und Arbeitslose. Und vor allem Jugendliche, aber nicht nur. Jugendliche aus der Arbeiterklasse und der Mittelschicht, College-Studenten und auch ganze Arbeiterfamilien. Bei den Szenen, die man sehen konnte, wo Leute in Läden gegangen sind, die Waren mit nach Hause genommen haben, waren nicht nur Schwarze beteiligt. Schwarze, Menschen anderer Herkunft, und auch Weiße. Wie ich das analysiere, in einem System zu leben,

indem die US-Regierung in Geldbetrügereien verwickelt ist. Vielleicht hast du etwas vom Spar- und Lohnskandal gehört, der zeigt, daß die Reichen das System manipuliert haben und der Regierung Geld gestohlen haben. Und das einzige, was sie erhalten haben, war "slaps on a risk" und darin war auch George Bush`s Sohn verwickelt. Und wenn die Leute aus der Arbeiterklasse sowas sehen, sagen sie, wenn wir die Möglichkeit haben, umsonst Waren zu kriegen, warum nicht, denn die Regierung bestiehlt uns ja auch. So haben sie Chance wahrgenommen und Geräte, was zu essen, etc. genommen. In diesem Zusammenhang sind die Aktivitäten zu sehen.
Um die Frage zu beantworten, es waren verschiedene Klassen unserer Community, hauptsächlich aber Arbeiterklasse, Arme und Arbeitslose.
Intellektuelle, Studenten und auch die Arbeiter fordern einen organisierten Widerstand, wie er sich durch Boykotte und Streiks, wie z.b. in Atlanta, Washington DC und New York, entwickelt.

Warum haben die Leute ihre eigenen Ghettos angezündet, wie z.b. in South Central?

Malcolm X hat oft gesagt, daß die Schwarzen die Geschäfte in ihren eigenen Communities nicht kontrollieren und sie ihnen nicht gehören. Diese Geschäfte verkaufen ihnen minderwertige Ware zu hohen Preisen. Und letztendlich reinvestieren die Geschäftsleute ihre Gewinne nicht in den Black-Communities, sondern bringen sie woanders hin. Es zeigt sich in vielen Fällen, daß die Geschäfte mit einer guten Beziehung, d.h. die ihr Geld reinvestieren, Schwarze beschäftigen und gerecht behandeln, die Geschäfte, die qualitativ gute Waren verkaufen, etc, nicht angesteckt und geplündert wurden.

Gestern habe ich folgende Überschrift eines Artikels eines jüdischen Autors gelesen: Rap und Rassismus.
Entwickelt sich schwarzer Nationalismus zu schwarzem Rassismus gegen Koreaner, Juden, etc.?

Nein, auf keinen Fall. In einigen Fällen gibt es einige Schwarze, die wütend auf einige Koreaner und Juden sind, weil sie von ihnen keine Unterstützung bekommen und sie kein Verständnis für die Lage der schwarzen Bevölkerung erfahren haben. Deshalb sind einige wütend auf Koreaner und Juden. Aber insgesamt geht unser Kampf gegen Unterdrückung. Es ist kein rassistischer Kampf, kein Kampf gegen Koreaner und Juden, sondern ein Kampf gegen ein System, das uns als Volk unterdrückt. Die unter uns, die Revolutionäre sind, die unter uns, die unseren Kampf gegen Kolonialsimus und Imperialismus gerichtet sehen, organisieren sich und zeigen den Leuten den wahren Feind unseres Kampfes. Andererseits ist wichtig, daß einige ethnische Gruppen, wie Koreaner oder Juden, die Hauptnutznießer unseres Kampfes sind und ihm nicht im Weg stehen. Was ist damit sagen will ist, daß oft bestimmte ethnische Gruppen vom Imperialismus benutzt werden, um den Kampf unserer Leute zu stoppen und als Agenten der Unterdrückung handeln. Das ist ein wichtiger Aspekt.
Ein Punkt, der während der Ereignisse hervortrat, ist das Verhältnis der schwarzen und korenaischen Communities. Während in den letzten 10 Jahren koreanische Unternehmen in den schwarzen Communities eröffnet wurden, können Schwarze kein Kapital von US-Banken bekommen, um Unternehmen zu eröffnen.
Ich habe zwei Freunde, beide PH.d., mit guten Kreditreferenzen, aber als sie bei fünf verschiedenen US-Banken versuchten, einen Kredit zu beantragen, um ein Unternehmen zu eröffnen, haben sie nichts bekommen. Sie können Kapital bekommen, um ein Auto oder ein Haus zu kaufen, aber nicht, um ein Geschäft zu eröffnen. Viele Schwarze mußten gleichzeitig sehen, daß Koreaner von diesen Banken große Kredite bekamen, um Geschäfte in unseren Communities zu eröffnen , und daß einige dieser Händler uns schlechte Waren zu hohen Preisen verkaufen. Dies geht jetzt schon Jahre so. Koreaner reinvestieren den Profit, den sie aus unseren Communities ziehen, nicht hier und das hat

zu Spannungen geführt.
Außerdem ist da das grundlegende Gefühl der Machtstruktur und des Erziehungssystems, eben daß die schwarzen Menschen als ein minderwertiges Volk behandelt werden. Vielleicht haben die Koreaner, einige Koreaner, die Geschichte und der Propaganda der Medien geglaubt, so daß einige Händler anfingen, die Leute zu beschimpfen oder sogar tätlich anzugreifen. Im letzten Jahr gab es einen Fall, indem ein koreanischer Händler, nach einem Streit, einem dreizehnjährigen, schwarzen Kind in den Rücken schoß, als es den Laden verlassen wollte. Und obwohl eine Jury den Händler des Mordes überführte, befand der Richter nicht, daß er ins Gefängnis müsse. Er gab ihm Bewährung und Gemeindearbeit, aber kein Gefängnis. So etwas erniedrigt die Schwarzen und ruft Wut in der schwarzen Community hervor. Es gab vor der Revolte einige Versuche von einigen schwarzen Führern, sich mit koreansichen Führern zu treffen und eine Aussöhnung zu suchen, aber es wurde nicht angenommen. Viele koreansiche Führer zeigten keinen Wunsch nach Aussöhnung und Reue für die vorgefallenen Ereignisse. Seit den letzten Gewalttätigkeiten rufen jedoch viele koreanische Führer nach Aussöhnung und Frieden und das kann hoffentlich der Beginn eines neuen formalen Verhältnisses der Koreaner zu den New Afrikans sein, wenigsten in L.A., denn das Problem besteht auch in anderen US-Städten.

<u>Die nächste Frage betrifft die african-american Jugend. Wie organisieren sich die african-american Jugendlichen? Nur in Gangs, oder auch in politischen Organisationen?</u>

Nein, nicht nur in Gangs, sondern auch in politischen Organisationen. Am 4./5. Mai gab es in New York eine Koalition von verschiedenen schwarzen Jugendorganisationen. Die Malcolm-X-Jugendbewegung, eine Jugendbewegung der Malcolm X-Graswurzelbewegung, eine weitere Organisation, in der ich arbeite, die New African Panthers, welche der Jugendflügel unserer Bewegung ist. Diese Organisation und zwei Jugendgruppen, die Black Watch und die Schwarze Bewußtseinsbewegung, hatten einen Aktionstag in New York, einem "Tag der Auflehnung". Es gab auch einen "Tag der Auflehnung" der Malcolm X-Graswurzelbewegung, hauptsächlich für Jugendliche. Und eine andere Jugendorganisation, die Black Reinforce, die Schwarze Verstärkung, und andere Jugendorganisationen in Washingtion DC machten ebenfalls einen Aktionstag, wo sie den Verkehr und die Brücken am 4. Mai blockiert haben, eben am "Tag der Auflehnung". In Atlanta Georgia kamen die Malcolm X-Graswurzelbewegung und auch jugendliche, schwarze, nationalistische Organisationen von Colleges zusammen und stoppten den Verkehr und demonstierten in Atlanta, Georgia. Auch schon vor dem 4. Mai, aber hauptsächlich am 4. Mai, dem "Tag der Auflehnung", haben sie die Leute aufgefordert zu streiken, nichts zu kaufen und nicht zu arbeiten.
Also, der politische und organisierte Widerstand entwickelt sich und es wird versucht, den spontanen Widerstand zu lenken, im Verstehen, daß unsere Aktionen gelenkt werden müssen, um uns effektiv Gehör zu verschaffen.

<u>Welche Einstellung habt ihr zu Programmen wie NAACP (National Advancement for the Association of Coloured People) und zur affirmative (bejahenden) Action?</u>

Die NAACP ist eine Bürgerrechtsorganisation. Historisch gesehen denken wir, daß die NAACP eine politische Rolle gespielt hat, in der Bereitstellung von Rechtshilfe und bei der Herbeiführung von Entscheidungen. Wir denken aber, daß unser Kampf viel weiter gehen muß, als die NAACP bereit ist zu gehen. Die NAACP kämpft für Integration. Seit den Angriffen auf schwarze Nationalisten und anderen revolutionären Organisationen in den 60er und 70er Jahren war die Integration der NAACP in vorderster Reihe unseres Kampfes, in der Art, schwarze Bürgermeister zu wählen und affirmative Aktion zu erreichen. Wir haben dann gesehen, daß es nur einer priviligierten Gruppe der schwarzen

Communities geholfen hat, aber nicht der Masse.
Schwarze Männer machen ungefähr 6% der Gesamtbevölkerung aus, aber 45% der Gefängnisinsassen in den Vereinigten Staaten. In den USA sind mehr Schwarze im Gefängnis als in Südafrika. Die Antwort der Bush und Reagan Regierung auf soziale Probleme ist nicht affirmative action, sondern Gefängnis und Polizei. Wir sehen auch, daß durch affirmative action die Wahl von Bürgermeistern gefördert wurde, aber daß auch die Armut in den schwarzen Communities gewachsen ist. Man sagt schwarze Frauen und Männer machen 12% der US-Bevölkerung aus, aber auch mehr als 30% der Armen in Amerika. Wir sind zweimal so häufig arbeitslos wie Weiße. Wir verdienen weniger als die Hälfte als die Weißen verdienen. Und uns gehört nur 1/10 von dem, was Weiße in den USA besitzen.
Also, wir müssen unsere Situation betrachten und wie affirmative action und Integration für uns arbeiten. Wir sagen nein. Wir brauchen Selbstbestimmung. Wir brauchen die Kontrolle über unsere eigenen Angelegenheiten. Wir brauchen Land und wir brauchen Reparationen von der US-Regierung. Reparationen, die gezahlt werden müssen, nicht nur für die Zwangssklaverei, die unsere Vorfahren ohne Entschädigung geleistet haben, sondern für den Schaden an unserer Identität und unserem Leben, der auch nach dem Ende der Sklaverei in den USA passiert. Dazu gehört auch die uns angetane Gewalt, wie die Gewalt an Rodney King in Los Angeles California durch die Hände der Polizei in L.A.

Die letzte Rebellion im Hinterkopf, erwartest du einen "heißen Sommer" in diesem Jahr?

Das kann man nie sagen, aber es ist möglich. Und die Kommentare der Leute auf der Straße machen deutlich, daß sie nach wie vor unzufrieden sind. Unser Job ist es, die Leute zu organisieren und ihnen klarzumachen, daß es ein effektiver Widerstand sein muß. Wenn wir Widerstand leisten wollen, müssen wir uns organisieren und nicht nur für einen "heißen Sommer", sondern für Selbstbestimmung, Macht zu bekommen, für eine Revolution, für einen nationalen Befreiungskampf. Wir verurteilen keine Rebellion, aber sie sind nicht genug, nichtsdestotrotz werden sie passieren. Und wenn Rebellionen passieren, müssen wir die Möglichkeit ergreifen, die Leute weiter für Selbstbestimmung zu organisieren und versuchen sie bewußt zu machen, für die Taktiken, die man anwenden muß, um Selbstbestimmung zu erreichen.

Etwas was mich noch interessieren würde betrifft die Rap-Musik. Welchen Einfluß haben Sänger wie Chuck D. von Public Enemy in der schwarzen Community? Weißt du etwas darüber?

Sie haben eine Menge Einfluß in der schwarzen Community. Unsere Jugend hört eher Chuck D., Ice Cube, Sister Soaljah und 2 Pac Cha Koa zu, als Jesse Jackson, Colin Powell, Clarena Thomas oder George Bush, definitiv George Bush. Sie haben eine Menge Einfluß und sie werden zur Stimme unserer Jugend. Sie reflektieren die Meinung unserer Jugend. Man kann Zeilen aus rap-songs als Graffitti an den Wänden sehen, gesprüht, während der Rebellion. Ice Cube benutz oft "it's on". Und wenn du sagst "it's on", bedeutet das, gegen die Polizei zu kämpfen. Fight the power stand an den Wänden. Viele Zeilen standen an den Wänden. Amerika, geschrieben mit 3 K; Amerikkka, die 3 k's stehen für Ku-Klux-Klan, was durch Ice Cube und 2 Pac Cha Koa populär wurde. Es ist interessant, 2 Pac Cha Koa stammt aus einer Familie, in der seine Mutter zur Black Panther Party gehörte und sein Stiefvater im Moment als Kriegsgefangener in den USA sitzt. Viele dieser Jugendlichen stammen aus der schwarzen Bewegung. Chuch D. wurde durch die Black Panthers in den 60er Jahren beeinflußt. Also, sie haben einen großen Einfluß und spielen eine große Rolle im Ausdruck unseres kulturellen Aspekts unserer Bewegung.

Weißt du etwas über den Fall Dhoruba Bin Wahad?

Ja, wie du weißt ist Dhoruba Bin-Wahad, wie viele unserer politischen Gefangenen, über das COINTELPRO, das Counter Intelligence Prgramm, verhaftet und verurteilt worden. Die US-Regierung versucht über das Programm Konspirative aufzubauen, um führende schwarze Aktivisten und Aktivistinnen in den ganzen Staaten ins Gefängnis zu stecken. Aber nicht nur Dhoruba bin-Wahad, sondern auch Geronimo Pratt, der immer noch verhaftet ist und viele andere waren Opfer des COINTELPRO-Programms. Dhoruba wurde wegen des Drucks und der Offenlegung von Regierungsfehlern vor fast zwei Jahren freigelassen. Im Moment versucht die Regierung, das System dahin gehend zu manipulieren, Dhoruba wieder zu verhaften, weil Dhoruba konstant und konsequent zur Unterstützung anderer politischer Gefangener arbeitet und organisiert. Er organisiert gegen, und spricht über Polizeigewalt, wie er es auch schon vor seiner Verhaftung getan hat. Es ist wichtig, daß nicht nur die Bewegung in den USA, sondern auch Leute auf der ganzen Welt, hinter ihm stehen und versuchen, den Plan der US-Regierung, ihn wieder zu verhalften, zu bekämpfen, aber auch weiterkämpfen, andere politische Gefangene und Kriegsgefangene in den USA zu befreien. Viele Leute wissen gar nicht, daß es in den USA politische Gefangene gibt, daher ist es wichtig, es zu verbreiten, daß weit über 100 politische Gefangene und Kriegsgefangene in den US-Knästen sitzen.

Willst du noch etwas hinzufügen?

Ich würde gerne sagen, daß ich in der einen Woche, in der ich in Deutschland bin, sehr viel Ausdruck von Solidarität und Unterstützung bekommen habe, von Deutschen und anderen Leuten, die sich in Deutschland aufhalten, von anderen ethnischen Gruppen aus Afrika, Kurdistan und anderen Ländern, die eben hier in Deutschland sind. Wir haben eine Menge gelernt über den Kampf hier gegen Faschismus und Rassismus und wir werden diese Botschaft unserern Brüdern und Schwestern zu Hause mitteilen. Und wir wollen die Kontakte mit den Leuten in Deutschland aufrechterhalten, damit sie hier etwas tun können, um unseren Kampf für Selbstbestimmung zu unterstützen. Hoffentlich hören sie noch mehr über unseren Kampf für Unabhängigkeit. Und wenn der Kampf sich weiter entwickelt, sehen die Leute in Deutschland, daß es ein gerechter Kampf ist, daß es ein Kampf ums Überleben, gegen den Genocid ist. Es ist auch nicht nur ein Kampf für uns, sondern ein Kampf der unterdrückten Menschen dieser Welt, in dem wir im Bauch des US-Imperialismus kämpfen, im Bauch der Bestie. Wir hoffen große Solidarität für unseren Kampf zu erhalten, von den Leuten, die sich in Deutschland aufhalten und die in Deutschland kämpfen.

Danke für das Interview und ich wünsche Euch das Beste für euren Kampf!

Danke dir und wir sagen "fight the power and free the land"!

---

8. Juni: Video: Muevete - con todo el corazón
hommage an die cubanische revolution
(Lateinamerikanische Frauengruppe in Zusammenarbeit mit Nozizwe und Autofocus)
(Kaufhaus Kato, 18:00 Uhr)

8. Juni: "Aktive Weltmarktintegration"
Strategie im Weltmarkttango der 90er Jahre oder entwicklungstheoretische Sackgasse
(Kaufhaus Kato, 19:30 Uhr)

9. Juni: Video: "Daß alle sich erheben - Que todos se levanten"
Ein Video über Guatemala und die Kampagne "500 Jahre indígena, afro-amerikanischer und allgemeinerm Volkswiderstand. Von Ludger Pganz und Gülsel Özkan.
(Lateinamerikanische Frauengruppe in Zusammenarbeit mit Nozizwe und Autofocus)
(Kaufhaus Kato, 18:00 Uhr)

9. Juni: Mit dem Holzkopf gegen die Betonwand
Versuch einer gemeinsamen antirasisstischen Praxis, mit Flüchtlingen gegen den rassistischen Konsens. (Antirassistisches Zentrum)
(Kaufhaus Kato, 19:30)

9. Juni: "Rotes Gold" - die eroberte Urbevölkerung
Mit Juliana Ströbele-Gregor.
(VHS-Steglitz, im Rathaus Steglitz, 18:00 Uhr)

10. Juni: Antikörper gegen Schwangerschaft
In Indien wird ein neuer Impfstoff gegen Schwangerschaft an Frauen getestet, die über Nachteile und "Nebenwirkungen" nicht informiert werden. Die Angst vor der Ökokatastrophe hat der Überbevölkerungsparanoia neuen Auftrieb gegeben. Langzeitverhütungsmittel, die von den Frauen nicht selbst kontrolliert werden können, sind neue Versuche, um ein altes Vorhaben zu realisieren: Die Entwicklung von möglichst flexibel einsetzbaren Mitteln der Bevölkerungskontrolle. Film und Diskussion. (ASW-Frauengruppe)
(Kaufhaus Kato, 19:30)

11. Juni: 16mm Film: Simplemente Jenny
USA 1977, 30 min., OmU
Ein Dokumentarfilm über Frauen in Lateinamerika und über die kulturellen Werte, die ihr Leben beeinflussen.
16mm Film: Abschied vom Lachen
BRD 1981, 43 min., von Gordian Troeller/Claude Deffarge
Der Film zeigt eine sogenannte primitive Gesellschaft im peruanischen Amazonasgebiet und verfolgt den rapiden Abwertungsprozeß der Frau durch das Christentum und westliche Zivilisation über die vergangenen 500 Jahre. Nur für Frauen.
(El Locco, 20:00 Uhr)

11. Juni: "Demokratie mit Straffreiheit und Hunger ist eine Farce"
Zwei Mütter der Plaza de Mayo / Buenos Aires und Oswaldo Bayer - Vortrag und Diskussion. (Aktion Solidarische Welt, amnesty international)
(Passionskirche, Marheinekeplatz, 1/61, 19:30)

11. Juni: Das rebellische Eigentum: Schwarze Kultur - Schwarzer Widerstand
Mit Arturo Rodriguez (angefragt).
(VHS-Steglitz, im Rathaus Steglitz, 18:00 Uhr)

Schwarzes Radio - im Rauch

Bericht über die Sendungen von Radio KJLH während der riots jetzt.
Das Radio sendet direkt aus dem South Central District in Los Angeles.

Pamela Douglas, eine African Amerikan Mitarbeiterin, die in Los Angeles wohnt, berichtete über die Stimmen die nach hilfe schrien, beriet die Gemeinschaft durch KJLH.

Los Angelas -- Wenn Du sprichst, hören wir Dich --KJLH

Es ist der Sound der schwarzen Stimme der durch den Rauch dringt, zu seiner Community, zu den Leuten die zu Hause sitzen, die Straßen in Flammen draußen, bei abgeschaltetem Strom, die Telephonverbindungen gekappt.
Die Stimme ist unrüttelbar 24 Stunden in der mitte der "Los Angeles riots. Wir sind hier für Dich. Wir werden hier sein und wir sind genau hier, das versprechen wir den schwarzen Menschen".

Die Reaktionen zum Urteil, was die Polizisten welche Rodney King verprügelten freisprach, behandelten die ersten Anrufe, vor allem im Verhältnis zu einem Urteil einen Monat zuvor, wo eine koreanische Händlerin, die ein 13 jähriges unbewaffnetes schwarzes Mädchen erschossen hatte, nicht mal in den Knast kam.
Ein Anrufer: "Wenn die denken das King Urteil ist der Grund, dann freß ich nen Besen, das Urteil war nur der letzte Tropfen der das Faß zum überlaufen gebracht hat. Dies kommt von der vernachlässigten Innenstadt der letzten Jahre".

Vom Radio wird versucht einen erweiterten Kontext an die Leute zu vermitteln, "Wir müssen echte Gerechtigkeit und Hoffnung für unsere schwarze Jugend bekommen. Sie fühlen das es keine Gerechtigkeit gibt. Sie sehen wie ihre Freunde auf den eigenen Strassen gekillt werden. Sie sehen ihre Leute arbeitslos und ohne Hoffnung. Und dann sehen sie den Video. Es war kurz und trocken. Sie wissen, das die Bullen einen hilflosen schwarzen verprügelt haben".

Eine andere Stimme "Ich denke wir hätten auf die Straße gehen sollen, als Rodney King geschlagen wurde und als das Kind erschossen worden ist. Aber wir haben das dem System überlassen. Die Koreanerin konnte gehen und jetzt auch noch die Bullen die Rodney geschlagen haben. Das System hat uns kaputt gemacht".

Der Radiosprecher sagt. "Wir brauchen mehr Särge. Geht nach Hause", er gibt Notfallnummern durch, erste Hilfe, Schutzräume und Adressen von Läden die noch geöffnet sind.

Die Leute rufen weiter an, eine Frau weint am Telephon: "Ich ging auf die Straße mit meinem Freund um nach der Großmutter zu sehen. Plötzlich sahen wir die Polizei auf uns zukommen, alle weiß und bis an die Zähne bewaffnet. Sie zogen meinen Freund aus dem Wagen und schmissen ihn zu Boden. Diese drei schmissen auch mich herum und schlugen mich gegen den Wagen und legten mir Handschellen an, am Ende ließen sie uns laufen... wen hätten wir denn um Hilfe rufen können?"

Eine andere Frau rief an: "Ich telephonierte gerade mit meiner Arbeit um ihnen zu sagen, das ich nicht kommen könne, weil keine Busse fahren, sie sagten mir ich sei gefeuert".

Eine Frau ruft an: "Ich höre euch jetzt schon die ganze Nacht und den Tag und das ganze läuft vor meiner Haustür ab. Das muß aufhören!"

Die Sprecherin versteht:"Was denken sie über die schwangeren Frauen die nicht in die Krankenhäuser können und die alten Leute die nicht ihre Medizin bekommen und wenn sie raus könnten, das Crenshaw Hospital ist niedergebrannt."

Die AnruferInnen reagieren auf den schreienden Unterschied was sie aus den Fernsehern zu sehen bekommen und dem was sie sehen, wenn sie aus dem Fenster schauen. Anruferin nach Anrufer beschreiben, daß das Fernsehen alles beschränkt auf die Sicht der Polizei und auf die Flammen. "Die TV Sendungen stellen uns in übler Art und Weise dar. Die Wahrheit ist, das Schwarze, Mexicanerinnen und Weiße die Möglichkeit nutzen um Sachen aus den Geschäften zu holen. Die Fernsehnachrichten sind wie Haie. Sie benutzen Wörter für uns wie "diese Leute" oder "Schläger"".

Ein anderer Anrufer meint: "Es ist doch klar wie Klosbrühe die stehlen, nichts anderes". wieder ein anderer meint, "Die Geschäfte werden doch von innen angezündet damit die Besitzer nachher den Profit machen können, das waren nicht wir, wir waren nicht drin."

Ganzegal wer die tausende Feuer gelegt hat, die die es trifft sind die Menschen die hier leben, sagte einer: "Ich sah wie die Firestone Tankstelle niedergebrannt wurde und schwarze auf dem Bürgersteig in Firestone Anzügen, Arbeitslos jetzt."
Aber immer gibt es eine Wärme zwischen den Anrufenden, es wird immer gefragt wie es den anderen geht, es wird aufeinader geachtet.

Viele AnruferInnen erinnern sich an die Watts-Riots von 1965, einer gab die allgemeine Meinung wieder: "Ich war hier 1965. Diesmal ist es viel schlimmer, Watts war ein emotionaler Act, beschränkt auf eine kleine Zone, aber diesmal wurden mehr als 1000 Feuer in 18 Std gelegt".

Wieder andere bringen hervor, das die Lücken die vor 27 Jahren gerissen wurden noch heute da sind und daß niemand eine wirkliche Hoffnung auf einen Wiederaufbau und eine bessere Zeit danach hat. Viele AnruferInnen wüschen sich, daß es endlich aufhört.

" In meiner Nachbarschaft gibt es keinen Strom seit 1 Uhr gestern mittag, niemand weiß was wirklich los ist. Wir haben alte Leute hier, Kinder. Wie - auch immer es muß aufhören".

Ein anderer meint zynisch, "wir müssen uns nicht darüber wundern, wenn immer mehr gutbetuchte in unsere Viertel kommen. Wir brennen all unsere Geschäfte nieder und wenn sie wiederaufgebaut werden sollten, wird nicht eines mehr einem Schwarzen gehören".

Die ganze Nacht und über den Tag gibt die Station Warnungen ab :" Haut aus dieser und jener Straße ab, paßt auf eure Brüder und Schwestern auf, auf eure Familie oder auf alle anderen Menschen. Sagt den anderen das die Nationalgarde da ist, unter Ausnahmerecht und ihr keinerlei Rechte mehr habt, Die Schatten werden lang, bewegt eure Ärsche nach Hause, ich möchte nicht das meine Leute verletzt werden, es ist ein großes Risiko eine Trophäe zu bekommen. Wir brauchen keine Märthyrer, bitte".

P.S. Als Anhang eine Kurze aber richtige Kritik der Internationalismus Redaktion von Radio Dreyeckland an uns:

Der Text der in der Interim vom 7 Mai drin ist, geht mit den vielen Aufzählungen von Aktionen leider viel zu wenig auf Schwierigkeiten und Hintergründe der Rebellion ein.

Am Ende dann ein lapidarer Satz, "in den USA ist es erstmal wieder ruhiger geworden, aber die Menschen da überlegen, wie sie sich weiter gegen Rassismus und Bullenterror organisieren können, außerdem ist die Einschätzung, daß es jederzeit wieder ziemlich schnell abgehen kann....".

Wer schätzt hier was ein, was geht ab, wo sind die Perspektiven des abgehens, alles Fragen auf die Antworten gefunden werden sollten, vor allem von den Leuten dort. Aber natürlich auch für uns wenn weggekommen werden soll von der Rebellion zur sozialen Revolution.



Die anderen Stimmen

Frauen aus der Opposition in Jugoslawien berichten über ihr Engagement früher und heute

• Sonntag, 7.6., 15.00 - 17.00 Uhr, Raum 107

Lidija Runko, Ökonomin, Demokratisches Forum, Rijeka, **Biljana Jovanović**, Schriftstellerin, Civil Resistance Movement, Belgrad, **Nataša Kandić**, Soziologin, Civil Resistance Movement, Belgrad

Seit einem Jahr sieht man jugoslawisches Blut über deutsche Bildschirme fließen, sieht man, wie im Namen von Demokratie und Selbstbestimmung gemordet wird. Kaum jemand aber spricht von den Menschen, die nicht hinter neuen Mauern des Nationalismus leben wollen, die in einem Krieg geschaffen werden. Kaum jemand spricht von den vielen Frauen, unter ihnen Künstlerinnen, Dichterinnen, Wissenschaftlerinnen, aus allen Teilen des Landes, die sich gewehrt haben gegen FreundInnen und KollegInnen, die die Liebe zu Heimat und Sprache mit der Liebe zu Staaten verwechselt haben. Die Veranstaltung bietet eine Gelegenheit, nicht nur von, sondern mit einigen dieser Frauen zu sprechen.

Literaturempfehlungen: Das europäische Jugoslawien. Constructiv extra 1991. Dorothea Gräfin Razumovky, 1991: Chaos Jugoslawien. München/Zürich.

SOLIPARTY

DER AFRIKAN. FLÜCHTLINGE (EX-HOYERSWERDA)



SAMSTAG

6.6.'92

SFE

GNEISENAUSTR.
(MEHRINGHOF)

22^{00}h

mit afrikanischem Essen

FÜR ANWALTSKOHLE